Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. Ausgabe D. 1946-1950
1949

22 (3.6.1949)

Visual Library

Hauptthema: Demontage

WIRTSCHAFTSREVUE

KURZFASSUNGEN IN FRANZÖSISCHER UND ENGLISCHER SPRACHE: L'ECONOMIE CONTINENTALE CONTINENTAL ECONOMIC REVIEW

UNABHÄNGIGE EUROPÄISCHE WOCHENSCHRIFT

Nr. 22 / 4. Jahrgang | Liz.-Nr. 1122 DG AA/Inf.-Pr. | Konstanz/Bodensee, 3. Juni 1949 | Ausg. D. Preis 50 D-Pfennige

Der Geschäftsführer des Vereins deutscher Eisenhüttenleute, Direktor Dipl.-Ing. Harten, im Gespräch mit dem bekannten deutschen Nationalökonom Dr. Fritz Baade, der gerade von einem längeren Amerikaaufenthalt zurückgekehrt ist, über Demontagefragen. Beide Persönlichkeiten sind als mutige Vorkämpfer für eine wirtschaftsvernünftige Lösung des Demontageproblems bekannt. Harten ist u. a. Verfasser der von der britischen Militärregierung verbotenen Demontage-Fibel, und Prof. Baade hat eine in Amerika von dem früheren Präsidenten Hoover eingeleitete sehr wirkungsvolle Schrift unter dem Titel verfaßt: „Destruction at our expense" (Zerstörung auf unsere Kosten).

Spät kommt ihr, doch ihr kommt . . .

Geld viel billiger, aber knapp — Investitionskreditpläne — Steigt der Brotpreis? Lohnerhöhung im Bergbau — Bäckerstreik in Hamburg — Proteste gegen Demontage

Diese Woche stand unter drei Themen, die eigentlich immer die Hauptthemen der Wirtschaft sind: Geld, Lohn und Preis.

Beginnen wir mit dem Geld, weil uns da der Schuh am meisten drückt. Unser Aufsatz in der vorigen Ausgabe „eine Minute vor zwölf" hat uns zahlreiche begeisterte Zuschriften insbesondere aus Bank- und Sparkassenkreisen gebracht. Wir wollen aber loyal erwähnen, daß am gleichen Tag, an dem unsere letzte Ausgabe erschien, nämlich am Freitag, der Zentralbankrat der Bank Deutscher Länder den Wechseldiskontsatz von 5 auf 4½% und den Lombardsatz der Landeszentralbanken von 6 auf 5½% herabsetzte (mit Wirkung vom 27. Mai ab). In klassischen oder in normalen Zeiten hätte man eine derartige Maßnahme als Erleichterung betrachtet. Heute ist sie ein Tropfen auf den heißen Stein. Wir schließen uns der Ansicht eines anderen Blattes an, das zu dieser Maßnahme schrieb: „Die Berge kreißten und eine Maus ward geboren". Es war doch längst bekannt, daß mit Diskontpolitik heute keine Kreditpolitik mehr gemacht werden kann, vielleicht später einmal wieder. Erkennen wir wenigstens an, daß man mit dieser Diskontherabsetzung eingestanden hat, wie falsch die bisherige Kreditpolitik gewesen ist. Ein weiteres Eingeständnis der Bank Deutscher Länder liegt in dem Beschluß des Zentralbankrates, die Mindestreserven, die die Geldinstitute bei den Landeszentralbanken zu unterhalten haben, zu senken und zwar für Geldinstitute an Bankplätzen von 15 auf 12 und für Geldinstitute an Nichtbankplätzen von 10 auf 9½%. Eine weitere Erleichterung bringt der Beschluß, die Guthaben auf sogenannten Anlagekonten als Sichteinlagen gelten zu lassen.

Zu spät

Mit dieser eben erwähnten Maßnahme ist zweifellos eine gewisse Erleichterung eingetreten. Die Banken haben mit Recht immer wieder die Haltung einer so hohen Mindestreserve kritisiert. Jetzt aber ist es schon so weit, daß die Banken ohne die Sicherheit zu gefährden, kaum mehr neue Kredite geben können, auch wenn sie ihre Mindestreserve bei den Landeszentralbanken herabsetzen würden. Drei Zahlen, die für sich sprechen: Die Zahl der Konkurs- und Vergleichsverfahren betrug im Dezember 1948 noch 58, im Januar und Februar zusammen bereits 298, im Monat März und April zusammen schon 645.

Wieder einmal hat die Bürokratie zu spät gehandelt und nicht ausreichend.

Das gleiche gilt für den langfristigen Kredit. Jetzt, da die Krise sogar die übliche Frühjahrsbelebung zerstört hat, ist man endlich soweit, wenigstens einmal 2 Mrd. DM aus den Mitteln zu erbitten, die sich durch die Marshallplan-Hilfe angesammelt haben. Unseres Wissens allerdings sind diese Mittel noch keineswegs so hoch, aber durch altgeübte Finanzkonstruktionen ist ohne Schwierigkeiten daraus ein Betrag von 2 Mrd. DM zu machen. Mit einer gewissen Genugtuung nehmen wir aus den Ausführungen Oberdirektor Pünders zur Kenntnis, daß vom Juni 1948 bis Ende März 1949 6 Mrd. DM im Wege der Selbstfinanzierung oder durch die Banken, die Wirtschaft und die öffentliche Hand den Investitionen zugeflossen sind. Man denke, was man bei vernünftiger Steuerpolitik zusätzlich hätte erreichen können! Ein ausgezeichnetes Barometer für die Geldmengen, die tatsächlich für Kapitalanlagen zur Verfügung stehen, wird die Reichsbahnanleihe sein, die wir in der vorigen Ausgabe ankündigten und über die der Leser heute in der Anzeige auf S. 7 näheres erfährt. Sehr bald wird wahrscheinlich auch eine Anleihe der Wiederaufbaubank aufgelegt werden.

Ungenutzte Möglichkeiten

Wie groß unsere Krise ist und wie seltsam unser Kreditgefüge, mag aus der Tatsache hervorgehen, daß rund 250 Mill. Dollar Marshallgelder noch nicht ausgenutzt sind. Prof. Erhard hat darüber in diesen Tagen eine lange Rede gehalten. Wir wollen nicht genau untersuchen, woran es liegt, daß Mittel, die uns devisenmäßig kostenlos zur Verfügung gestellt werden, von der deutschen Wirtschaft in DM nicht gekauft werden können. Wir wollen nur die Tatsache feststellen. Zweifellos hebt sich aber ein Grund aus den vielen hervor: Das Fehlen des kurzfristigen Kredits. Die erwähnten Auflockerungen werden auch hier nicht ausreichen. Dabei haben wir über 1 Million Arbeitslose! Oder liegt es etwa bereits an der Arbeitslosigkeit, daß wir die Marshallplangelder nicht ausnutzen können? Dann ist es zu verstehen, daß jetzt ein Landtag die Beträge für die wirtschaftsfördernde Arbeitslosenhilfe von 2 auf 12 Mill. DM erhöhte.

Brotpreis

Oder liegt es an der allgemeinen Zurückhaltung bei Käufen, weil man weitere Preissenkungen vermutet? Damit sind wir beim Preisproblem angekommen. Zweifellos werden durch die neuen Umrechnungsmethoden, jedenfalls für importierte Waren, keine Preissenkungen mehr zu erwarten sein, ja mit Sicherheit sogar Preiserhöhungen. Wahrscheinlich wird sogar dadurch auch eine Erhöhung des allgemeinen Preisniveaus in Deutschland langsam aber sicher zustandekommen. Nach der psychologischen Seite bedeutet also zweifellos diese neue Maßnahme den Beginn des Stopps für Preisherabsetzungen. Auf der andern Seite stehen bereits Preiserhöhungswünsche. Man hat ausgerechnet, daß eine Subvention von 400 Mill. DM nötig sei, wenn der Brotpreis unverändert bleiben soll. Eine andere Berechnung sagt, daß, selbst wenn Deutschland, was anzunehmen ist, in den Genuß der Preise des internationalen Weizenabkommens käme, immer noch 200 Mill. DM Subventionen nötig seien, aber trotzdem der inländische Brotpreis um 7,3 Pfennig je kg erhöht werden müsse. (Über den Hamburger Bäckerstreik später).

Schweinepreise

Auch die Schweinepreise waren Gegenstand erheblicher Diskussionen. Die Militärgouverneure haben am Dienstag die Freigabe der Schweine- und Schafpreise verweigert. (Ebenso wie sie die Zuckersteuervorlage abgelehnt haben, dagegen ist das Energienotgesetz von ihnen genehmigt worden). Nun ist diese Ablehnung in der Praxis ziemlich wirkungslos, denn Schweinefleisch ist ohnehin nicht zu den legalen Preisen verkauft worden — und so wird es nun auch weiter bleiben. Durch die Verweigerung der Freigabe macht man nur alle die, die ehrlich verkaufen wollen, zu unehrlichen Menschen — und die Käufer auch. Es ist schade, daß wir damit wieder an einer Stelle völlig unnötig daran gehindert werden, auch wirtschaftsrechtlich zu einem Rechtsstaat zu werden.

Streiks und Lohnerhöhungen

Kein Wunder, daß die Löhne weiter in Bewegung nach oben bleiben und die Arbeiter doch nicht zufrieden sind. Anfang dieser Woche ist ein neues Lohnabkommen für den Steinkohlenbergbau getroffen worden, das in den meisten Gruppen eine Lohnerhöhung von 10% vorsieht. Durch Herabsetzung der Altersgrenze wurde eine Lohnerhöhung auch für die Jugend erzielt. Die Industriegewerkschaft Bergbau teilte mit, daß sie ihre Forderung nach allgemeiner Lohnerhöhung solange aufrecht erhalte, wie die große Spanne zwischen Preisen und Löhnen besteht.

Anfang dieser Woche sind die Bäcker in Hamburg in den Streik getreten; sie verlangen eine Lohnerhöhung um 30%. Die Bäckereien gehören zu den lebenswichtigen Betrieben. Zweifellos ist es also bitter, wenn gerade Bäcker streiken — und doch muß man prinzipiell das Streikrecht einräumen, was gerade sozialistische Regierungen nicht mehr wahr haben wollen. Dafür 2 Beispiele aus der allerjüngsten Vergangenheit. 1. In England streiken zur Zeit die Eisenbahner verschiedener Strecken im Osten des Landes. Nicht nur die Labour-Regierung ist darüber böse, was wir gar nicht verstehen können, denn eine Labour-Regierung muß doch ein Land so führen, daß gerade die Arbeiter zufrieden sind. Auch die Gewerkschaften sind böse, denn sie sagen, die Arbeiter hätten sich erst einmal mit ihnen und den staatlichen Behörden ins Benehmen setzen sollen, so einfach dürfe man keinen Streik vom Zaun brechen. Man sieht daraus, daß in einem sozialistischen Regime die Bürokratie herrschen will und der Arbeiter nur noch unfreier wird. 2. Die Kommunisten, die doch sonst nicht genug für das Streikrecht eintreten können, wenn es in ihre Politik paßt, haben im Berliner Eisenbahnerstreik zu Streikbrecherarbeit aufgefordert. Das ist ein Witz der Weltgeschichte, der festgehalten werden muß. Die sowjetisch geleitete Eisenbahndirektion Berlins hat sogar Todesstrafe für die Streikenden in Aussicht gestellt. Das wird aus einem freien Arbeiter, der sein Streikrecht in Anspruch nimmt, in einem sozialistischen

(Fortsetzung auf Seite 2)

In dieser Nummer:

Die deutsche Knopfindustrie
Leistungen der Lebensversicherung
Schwarze Wertstoffe aus Teer
Finanzielle und moralische Hypotheken
Nord-Ostsee-Kanal
Afrika-Kupfer holt auf
Finnlands passive Handelsbilanz
West-östliches Kräftepotential
Störungen des britischen Arbeitsfriedens

Textile Kapazitätsklemme

Deutschland — Westzonen

Die deutsche Textilindustrie stand 1936 im Gebiet der jetzigen vier Besatzungszonen mit einer Produktion im Nettowerte von 2659 Millionen RM = 8 Prozent des gesamten deutschen Nettoproduktionswertes hinter der Lebens- und Genußmittelindustrie an zweiter Stelle. Davon kamen die Hälfte auf das Gebiet der Doppelzone, vier Zehntel auf das Gebiet der sowjetischen Besatzungszone und ein Zehntel auf die heutige französische Zone.

Die westdeutsche Textil-Wirtschaft konnte sich nach dem Kriege nur langsam erholen; erst seit Januar 1947 besserte sich ihre Produktionslage wesentlich. Der allgemeine Produktionsindex der Industrie in der Doppelzone (1936 = 100), stieg von 47 im Januar 1948 auf 80 im Januar 1949, der Index der Textil- und Bekleidungsindustrie in der gleichen Zeit von 32 auf 75. In der Doppelzone wurden im vorigen Jahre 190 000 t Garn erzeugt, gegenüber 106 000 t im Jahr 1947.

Diese Entwicklung ist nach Ansicht westdeutscher Fachleute hauptsächlich den verbesserten Spinnstoffzufuhren zu verdanken. 1947 wurden zum Beispiel 179 501 Ballen Rohbaumwolle in die Doppelzone eingeführt, 1948 aber schon 366 229 Ballen. Für das Wirtschaftsjahr 1948/49 (Juli—Juni) ist die Spinnstoffeinfuhr für die Westzonen wie folgt festgesetzt:

	Mill. $	t
Baumwolle, Baumwollabfälle	81,4	98 000
Wolle	34,7	18 000
Hanf	8,8	21 000
Jute	11,1	56 000
Flachs, Manila, Sisal	3,5	13 700
Woll- und Baumwollumpen	3,8	17 000
Tierhaare	1,8	1 000
Kokosfasern	1,0	4 000

In westdeutschen Textilkreisen rechnet man mit einer Gesamtversorgung von 430 000 t Spinnstoffen in diesem Jahre; das wären etwa 10 kg je Einwohner.

Schwierigkeiten entstehen der westdeutschen Textilindustrie hauptsächlich aus der beschränkten Produktionskapazität. Am 1. 1. 1948 verfügten die Spinnereien über 4,73 Millionen einsatzfähige Spindeln; davon waren 3,2 Millionen in Betrieb. Seitdem dürfte die Zahl der betriebsfähigen Spindeln kaum erheblich zugenommen haben. Die Kapazität kann vielleicht durch Reparaturen etwas wachsen, den Stand von 1938 kann sie jedoch in absehbarer Zeit nicht erreichen. Infolgedessen können die Spinnereien mit den weiterverarbeitenden Zweigen nicht Schritt halten; sie arbeiten gegenwärtig bereits mit 81 Prozent ihrer Kapazität, während die Leistungsfähigkeit der weiterverarbeitenden Industrien nur zu 66% ausgenutzt ist. Überdies sind die Textilmaschinen in Westdeutschland wegen ungenügender Erneuerung während des Krieges vielfach sehr veraltet.

Nach Angaben des Statistischen Amts der Doppelzone entwickelte sich die Textilindustrie wie folgt:

1948	Zahl d. Beschäftigten	Produktionsindex (1936 = 100)	Arbeitsstunden (Arbeiter und Beschäftigte)
April	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Mai	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Juni	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Juli	[illegible]	[illegible]	[illegible]
August	[illegible]	[illegible]	[illegible]
September	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Oktober	[illegible]	[illegible]	[illegible]
November	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Dezember	[illegible]	[illegible]	[illegible]

Die Industrie- und Handelskammer Bielefeld berichtet, daß die Nachfrage nach Leinengarn bei den Flachsspinnereien des Bielefelder Bezirks etwas nachgelassen hat, aber noch immer lebhaft ist. Die Preisentwicklung sei noch nicht abzusehen, da die eingeführten Leinengarne um ein Zehntel billiger sind als die deutschen. Die Versorgung mit Leinengarn sei ausreichend, die Baumwollgarnversorgung noch schlecht. Die Nachfrage nach Haushalt- und Bettwäsche könne nicht gedeckt werden. Hochwertige Leinenwaren seien dagegen kaum noch abzusetzen. Zunehmende Absatzschwierigkeiten in den Flachsspinnereien zwingen zu schärferer Kalkulation; in einzelnen Fällen werde zu Unterpreisen verkauft. Bezahlt werde meist mit Dreimonatswechseln. In der Bielefelder Herrenwäscheindustrie werde ebenfalls vorsichtiger gekauft.

Einfuhr von Wolle und Baumwolle

Der gemischte Einfuhrausschuß für die Doppelzone hat 16,9 Mill. $ zum Kauf von Rohwolle in Ländern des Sterlingblocks freigegeben. Die Verschiffungen sollen in den nächsten Monaten anlaufen.

Für amerikanische Baumwolle wurden weitere 2 Mill. $ aus JEIA-Mitteln freigegeben. Die Einfuhr besorgt auf Wunsch der Spinnereien der Baumwollhandel. Mit dem Eintreffen wird Anfang Juli gerechnet.

Textilwareneinfuhr

Die Doppelzone wird in Kürze außerhalb der laufenden Handelsverträge für 5,5 Mill. $ Textilwaren aus Belgien, Großbritannien, Italien und der Schweiz beziehen, davon aus Belgien allein für 3,3 Mill. $. Die deutschen Bestellungen werden von der belgischen Textilindustrie angesichts ihrer Absatzschwierigkeiten begrüßt.

In der Mitte Dr. Barich, der Vorsitzende der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie, der sich auf der Tagung der eisenschaffenden Industrie energisch gegen die Begrenzung der deutschen Stahlproduktion auf 11,1 Millionen Tonnen aussprach und eine Produktion von mindestens 14 Millionen Tonnen forderte und der darüber hinaus zur Abwendung der Konkurrenzunfähigkeit der deutschen Stahlindustrie sogar im Inland Investitionen in Höhe von 3 Milliarden DM für notwendig erachtete, um Reparaturen durchzuführen und Technisierungen und Modernisierungen zu verwirklichen. Links von ihm Prof. Erhard, ganz links Direktor Bruns (Oberhausen). Rechts von Barich steht Direktor Dinkelbach, der Leiter der Treuhandverwaltung im Auftrage der North German Iron and Steel Control. Ganz rechts Roland Risse (Frankfurt). (Über den Vortrag Dr. Barichs haben wir bereits in unserer Nummer 21 vom 27. Mai 1949 ausführlich berichtet.)

Das westliche Manganerz

ADN verbreitet eine Meldung, wonach sich die britischen Besatzungsbehörden weigern, die seit dem 1. März 1948 gesperrten Manganerzlieferungen an die Industrie der sowjetischen Besatzungszone wieder aufzunehmen. 22 Lastkähne aus der Ostzone, die dieses Erz holen sollten, seien seit über zehn Monaten von den Engländern in der britischen Besatzungszone zurückgehalten worden.

Besser als mit dieser Meldung konnte man die Rohstoffnot der ostzonalen Stahlindustrie seit dem Beginn der Blockade nicht kennzeichnen. Wenn auch in der „Märkischen Volksstimme", Potsdam, in einem Aufsatz „Wir stehen nicht allein", der sich mit den Handelspartnern der sowjetischen Besatzungszone beschäftigt, gesagt wird: „Wir haben feststellen können, daß die Sowjetunion und die Volksrepubliken in der Lage und auch gewillt sind, uns die erforderlichen Rohstoffe zu liefern", so trifft dies offenbar doch nicht auf Manganerz zu, obwohl die Sowjetunion der größte Manganerzerzeuger der Welt ist, der bei einer Förderung von 1,23 Mill. t im Jahre 1913 rund 87% der gewonnenen Erze exportierte, und der bei steigendem Eigenverbrauch aber auch steigender Erzeugung im Jahre 1937 von einer Förderung von 2,75 Mill. t immerhin noch rund 1 Mill. t oder 36% exportierte. Es ist aber nicht nur die Ostzone, die das sowjetische Manganerz vermißt, kürzlich hat die Tschechoslowakei mit Indien ein Warenaustauschabkommen geschlossen, das die Lieferung indischer Manganerze vorsah, und eine polnische Delegation befand sich auf dem Wege nach Neu-Delhi, um ebenfalls wegen der Lieferung von Manganerzen zu verhandeln.

Der Manganerzbedarf der deutschen Stahlindustrie wurde vor dem Krieg in steigendem Maße durch südafrikanische Lieferungen gedeckt, die auf Grund von zweiseitigen Tauschabkommen geliefert wurden. Damals gingen die Lieferungen aus der Sowjetunion, die seit dem Ende des ersten Weltkrieges an erster Stelle standen, zugunsten des südafrikanischen Erzes von Postmasburg erheblich zurück. Die Entwicklung der südafrikanischen Vorkommen war hauptsächlich auf die wachsenden deutschen Bezüge zurückzuführen. Die Sowjetunion lieferte beispielsweise 1907 186 000 t (50,5% der Gesamteinfuhr), 1913 447 000 t (65,5%), 1929 179 000 t (46%), 1938 jedoch nur noch 61 000 t (14,3%). Dafür betrugen die Einfuhren aus Südafrika im Jahre 1938 268 000 t oder 63% der deutschen Gesamteinfuhr.

Nach Ausbruch des Krieges fielen natürlich die südafrikanischen Lieferungen für die deutsche Industrie fort. Es wäre aber verfehlt, anzunehmen, daß die Sowjetunion nicht in die entstandene Lücke gesprungen wäre. Es ist wahrscheinlich ein Treppenwitz der Weltgeschichte, daß das nazistische Deutschland unter dem mit der Sowjetunion abgeschlossenen Handelsvertrag im Jahre 1940, während des Krieges mit den Westmächten, immerhin noch 155 000 t Manganerz trotz der Blockade einführen konnte, von denen 64 000 t oder 41% aus der Sowjetunion, 41 560 t oder 26,7% aus der Slowakei und 23 920 t oder 15,4% aus Ungarn stammten. Was wäre naheliegender, als daß die Sowjetunion der von ihr „betreuten" ostzonalen Industrie das erforderliche Manganerz lieferte. Offenbar ist das aber nicht der Fall, denn sonst könnte die ostzonale Industrie nicht so bewegliche Klage darüber führen, daß die britischen Besatzungsbehörden, aus Gründen, die wahrscheinlich stichhaltig sind, die Manganerzlieferungen an die ostdeutsche Industrie bisher noch nicht wieder aufgenommen haben.

BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Wachsende Export-Schwierigkeiten

Das Wirtschaftsministerium von Württemberg-Baden weist im Monatsbericht für April darauf hin, daß bei den Bemühungen um eine Steigerung der Ausfuhr mit immer größeren Schwierigkeiten infolge zunehmenden Wettbewerbs auf den ausländischen Märkten gerechnet werden müsse. Die Aufnahmeländer hätten teilweise eigene Industrien entwickelt und könnten dank neuer, rationell arbeitender Maschinen oft billiger liefern. Außer den Einfuhrbeschränkungen und dem Dollarmangel mache sich auch die durch den Wegfall des Patentschutzes begünstigte Nachahmung deutscher Erzeugnisse nachteilig bemerkbar.

Nach einem Bericht des Hessischen Wirtschaftsministeriums ist die Ausfuhr Hessens nach Belgien, den Niederlanden und der Schweiz gegenwärtig noch befriedigend. Dagegen scheitere die Hereinnahme größerer Aufträge aus anderen Ländern, insbesondere aus den lateinamerikanischen, obwohl Anfragen in größerer Zahl vorlägen, meist an der Dollarklausel.

Außenhandelsbesprechungen

Wie verlautet, soll die OEEC nach Pfingsten über die strittigen Punkte verhandeln, die zum Abbruch der deutsch-französischen Handelsbesprechungen geführt haben. Auf Grund der bisherigen Verhandlungen soll Frankreich im 2. Marshall-Plan-Jahr deutsche Erzeugnisse im Werte von 350 Mill. Dollar kaufen, während Deutschland nur Waren im Werte von 175 bis 180 Mill. Dollar von Frankreich beziehen will, so daß sich für Frankreich ein Passivsaldo von rund 70 Mill. Dollar ergeben würde.

Zwischen Westdeutschland und Portugal wurde ein neues Handels- und Zahlungsabkommen abgeschlossen, das Lieferungen in beiden Richtungen im Werte von je 16 Mill. Dollar vorsieht. Es gilt vorläufig für ein Jahr und verlängert sich dann automatisch. Westdeutschland soll Maschinen, Elektromaterial, Gießereierzeugnisse, Fahrzeuge, Erzeugnisse aus NE-Metallen, feinmechanische und optische Geräte, Lederwaren, Hopfen und Malz liefern und erhält dafür aus Portugal Kork, Hülsenfrüchte, Ölsaaten, Sardinen, Sisal, Wolframkonzentrate, Eisen- und Manganerz, Harze und Wein. Als Zahlungsgrundlage dient der US-Dollar.

Außerdem finden zur Zeit zwischen Westdeutschland und Polen Handelsbesprechungen auf der Grundlage des Ende Dezember 1948 paraphierten, aber noch nicht ratifizierten Handels- und Zahlungsabkommens statt.

Weiter sollen Mitte Juni Handelsbesprechungen mit Indien, Pakistan, Irland und Großbritannien beginnen. Die Regierungen von Indien und Pakistan haben sich bereits bereit erklärt, einen geringen Exportüberschuß aus Deutschland in Dollar zu begleichen. Der Großteil der deutschen Importe soll jedoch durch Gegenlieferungen ausgeglichen werden.

Auch Südafrika ist an der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Deutschland stark interessiert. Die südafrikanische Union will nicht nur Waren an Deutschland liefern, sondern auch deutsche Fertigwaren, insbesondere Werkzeugmaschinen, aus Deutschland einführen.

Einfuhr

Nach einer Verlautbarung des gemischten Einfuhrausschusses werden für die Einfuhr von Rohstoffen und Fertigerzeugnissen für die Industrie 8 147 000 Dollar zur Verfügung gestellt. Anträge auf Devisenzuteilung sind sofort einzureichen. Von diesem Betrag entfallen 1,5 Mill. Dollar auf Chemikalien aus Ländern der westlichen Hemisphäre mit Ausnahme der USA und Kanada, 1 Mill. auf Bau- und Bergbaumaschinen aus den USA, 450 000 Dollar auf Baumwollabfälle aus den USA, 595 000 auf Holz- und Holzwaren aus den USA und 300 000 Dollar auf metallische Erze und Konzentrate aus der westlichen Hemisphäre ausschließlich USA und Kanada.

In der nächsten Zeit sollen ferner Textilien und Strickwaren im Werte von rund 3,2 Mill. Dollar aus Belgien, Italien, Großbritannien und der Schweiz in die Doppelzone eingeführt werden. Auf Belgien allein entfallen von diesem Betrag 2 355 000 Dollar. Außerdem plant die Doppelzone weitere Textileinfuhren in Höhe von 14 Mill. Dollar.

Wirtschaftsbeziehungen zu Berlin

Ministerialdirektor Dr. Raemisch von der Verwaltung für Wirtschaft erklärte vor Vertretern der Berliner Wirtschaft, Berlin müsse wieder ein Teil des westdeutschen Wirtschaftsgebietes werden. Der Westen müsse Aufträge an die Berliner Industrie vergeben und der Berliner Kaufmann müsse wieder unbeschränkt in den Westzonen einkaufen können. Um dies zu erreichen, müsse vor allem die unterschiedliche Behandlung Berlins und der Doppelzone, namentlich beim Export, aufhören und Berlin müsse dem Westen in jeder Hinsicht gleichgeschaltet werden. Dazu erklärte der Leiter der Berliner Vertretung der Verwaltung für Wirtschaft, daß das Anlaufen der Berliner Wirtschaft und der Absatz ihrer Erzeugnisse in Westdeutschland in erster Linie von einer vernünftigen Kreditpolitik abhänge.

In diesem Zusammenhang sind die Feststellungen des Leiters der Berliner Abteilung für Bau- und Wohnungswesen interessant, der erklärte, es müßten täglich 600 t Baustoffe aus Westdeutschland eingeführt werden, um die Existenz der Westberliner Bauwirtschaft zu sichern. Die westdeutsche Baustoffindustrie sei auch in der Lage, den Bedarf der Westsektoren vollständig zu decken. Vorläufig sei aber die Finanzierung der Lieferungen, die monatlich rund 2,3—2,7 Mill. Westmark erfordert, noch nicht gesichert, da zur Zeit nur ein Zwischenkredit von etwa 500 000 Westmark zur Verfügung stehe, doch werde die Berliner Zentralbank einen weiteren größeren Betrag zur Verfügung stellen. Seit der Aufhebung der Blockade wurden u. a. aus der Doppelzone bisher 30 000 qm Glas bezogen, doch könnten monatlich rund 250 000 qm Fensterglas und 135 000 qm Gußglas geliefert werden.

Förderung des Wohnungsbaues

Frankfurt. Der vom Gewerkschaftsrat ausgearbeitete Gesetzentwurf zur Förderung des Wohnungsbaues sieht einen Zuschlag zur Umsatzsteuer in Höhe ein Fünftel der ab 1. Juni 1949 geschuldeten Steuerbeträge vor. Das Aufkommen aus dem Umsatzsteuerzuschlag soll von den Ländern verwaltet und nur für Zwecke des sozialen Wohnungsbaues verwendet werden.

Ausgleichsfonds für Stahleinfuhren

Frankfurt. Durch die von deutscher Seite vorgeschlagene Errichtung eines Ausgleichsfonds für Stahleinfuhren sollen die Preise für Einfuhrstahl, vor allem aus dem Saarland, den niedrigen deutschen Stahlpreisen angeglichen werden. Die Stahlverbraucher sollen Coupons erhalten, die zum Bezug zusätzlicher Stahlmengen gegen Zahlung einer Prämie berechtigen, die auf dem Unterschied zwischen Saar- und Ruhrstahlpreis basiert. Bei der gegenwärtigen Preislage würden Optionen für zusätzliche Einkäufe rund 40 DM je Tonne erfordern. Von dem neuen Verfahren, das den Verbrauchern den Bezug von Stahl aus dem Ruhr- oder Saargebiet ermöglicht, erwartet man eine Normalisierung der Stahleinfuhr aus dem Saargebiet in die französische Zone, die seit der Einbeziehung des Saargebietes in die französische Wirtschaft unterbrochen war.

Genügender Transportraum

Die bisherige günstige Verkehrslage dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach auch im Juni anhalten und Eisenbahn und Schiffahrt werden genügenden Transportraum zur Verfügung stellen können. Im Juni dürften per Schiff 300 000 t Getreide und Mehl, 3000 t Trockenfrüchte und 6000 t Zucker und per Eisenbahn 3000 t Zucker, 20 000 t Obst und Gemüse aus Holland, 15 000 Tonnen Obst und Gemüse aus Italien, 20 000 t Thomasphosphat aus Belgien, 36 000 t Thomasphosphat aus Luxemburg und 60 000 t Braunkohle aus der Tschechoslowakei eintreffen. Aus Übersee werden außerdem u. a. 320 000 t Erz, 30 000 t Saatgut, 9300 t Baumwolle und 3000 t Naturkautschuk erwartet. Schließlich dürften im Juni noch 1,9 Mill. t Kohle ausgeführt werden.

Steigende Konkurszahlen

Frankfurt. Die Zahl der eingeleiteten Konkurs- und Ausgleichsverfahren betrug Ende April 943. Im Januar und Februar 1949 wurden 298 und im März und April 645 Verfahren eingeleitet. In den beiden letzten Monaten 1948 betrug ihre Zahl nur 58.

Wachsender Schweinebestand

Der Schweinebestand in den drei Westzonen beträgt zur Zeit nach einer amtlichen Mitteilung etwa 6,2 Mill. Stück, was einen Zuwachs gegenüber dem Vorjahr um 44 % bedeutet. 1948 wurden rund 2,63 Mill. Schweine geschlachtet, wovon 2,45 Mill. auf Hausschlachtungen entfallen. Infolge der günstigen Futtermittelversorgung ist mit einem weiteren Ansteigen der Bestände zu rechnen.

Für das Schweinemastprogramm ist während der ersten Hälfte dieses Jahres eine Einfuhr von 800 000 t Futtergetreide in die Doppelzone vorgesehen. Zum gleichen Zweck (von Juli 1949 bis Juli 1950) sollen 1,5 Mill. t Mais eingeführt werden.

Saatkartoffel-Ausfuhr

Die Westzonen konnten in diesem Jahr zum erstenmal Saatkartoffeln ausführen. Es wurden insgesamt 4856 t ausgeführt und zwar 3070 t nach Spanien, 1951 t nach der Schweiz, 196 t nach Italien und kleinere Mengen nach Österreich und den Niederlanden.

⚒ RUHR- ⚒ KOHLENFÖRDERUNG

(einschließlich Aachener und Ibbenbürener Revier)

Tagesdurchschnitt in 1000 t

250 000 t — 350 000 t

1. Halbjahr 1948	265,2 t
2. Halbjahr 1948	297,5 t
1. Vierteljahr 1949	328,6 t
Monat April	311,5 t
1. Maiwoche	330,9 t
2. Maiwoche	333,5 t
3. Maiwoche	335,9 t
4. Maiwoche	281,9 t
31. Mai	334,3 t

Leistungen der Lebensversicherung

132 Mill. DM Leistungen — 613 Mill. DM Neuzugänge

Auf der Tagung des Verbandes der Lebensversicherungsunternehmen, die am Montag, dem 30. 5. in Bad Neuenahr eröffnet wurde, gab der 1. Vorsitzende, Generaldirektor Möller, einen instruktiven Bericht über das abgelaufene 1. Geschäftsjahr, das in der Geschichte der deutschen Lebensversicherungsunternehmen bisher wohl die größten Anforderungen an die Organisation des Innen- und Außendienstes gestellt hat. Der gesamte Bestand jedes Unternehmens mußte auf Grund des Währungsgesetzes überprüft werden; rund ⅘ des Gesamtbestandes mußten umgestellt, d. h. praktisch neu berechnet und dem Versicherten die neue Versicherungssumme mitgeteilt werden.

Darüber hinaus machten die Umstellungen vor allem im Hinblick auf die zu erstellenden Bilanzen eine eingehende Überprüfung der den Lebensversicherungsunternehmen verbliebenen Werte erforderlich. Möller wies in diesem Zusammenhang u. a. darauf hin, daß über 2 Mrd. DM sogenannte Schuldnergewinne, davon ungefähr 1 Mrd. DM an Hypotheken, die nach dem Gesetz zur Sicherung von Forderungen für den Lastenausgleich vom 2. 9. 1948 öffentliche Grundschulden geworden sind, an den Lastenausgleichsfonds und die Länder abgetreten werden mußten. Diese Schuldnergewinne liegen erheblich über dem Betrag, den die Lebensversicherungsunternehmen ihrerseits an Ausgleichsforderungen erhalten. Es sei daher nicht nur aus sozialen, sondern auch aus finanziellen und wirtschaftlichen Gründen durchaus gerechtfertigt, daß die Empfänger von Renten aus privaten Versicherungsverträgen, die ebenfalls der gesetzlichen Umstellung 10:1 unterlagen, nicht nur an dem „Gesetz zur Milderung dringender sozialer Notstände" teilhaben, sondern eine weitere Besserstellung erhalten.

In seinem Tätigkeitsbericht über das abgelaufene Geschäftsjahr referierte Möller auch über seine Berliner Reise (Anfang Januar 1949) und würdigte in diesem Zusammenhang besonders die schweren Aufgaben, denen sich die Westberliner Lebensversicherung gegenüber sieht und deren zufriedenstellende Lösung für die gesamte deutsche Individualversicherung von hoher Bedeutung sei.

Besonders eindrucksvoll waren die Zahlenangaben über die Leistungen der deutschen Lebensversicherung seit der Währungsreform. Nachdem im 2. Halbjahr 1948 bereits 77 Mill. DM Versicherungsleistungen an die Versicherten gezahlt worden sind, ist im 1. Quartal 1949 eine Steigerung um 55 Mill. DM zu verzeichnen, so daß sich die Gesamtleistungen seit der Währungsreform bis zum 31. März 1949 auf insgesamt 132 Mill. DM belaufen. Diesen beachtlichen Leistungen steht ein entsprechend großes Neugeschäft gegenüber, in dem das ungebrochene Vertrauen zur Lebensversicherung eindeutig zum Ausdruck kommt.

Die Neuzugänge in den ersten 3 Monaten des Jahres 1949 belaufen sich auf rd. 613 Mill. DM Versicherungssumme; davon entfallen allein auf den März 231 Mill. Neuabschlüsse gegenüber 188 Mill. als höchster monatlicher Neuzugang im 2. Halbjahr 1948 für Dezember. Insgesamt sind seit der Währungsreform 1 350 000 neue Versicherungsverträge über rd. 1,4 Mrd. DM bis zum 31. März 1949 abgeschlossen worden; das dürfte unter Berücksichtigung der Schwierigkeiten in den ersten Monaten nach der Währungsreform einer Jahresneuproduktion von rd. 2 Mrd. DM entsprechen. Die Versicherungssummen liegen im Durchschnitt für das 1. Quartal 1949 etwas über 1100.— DM, während sie im letzten Halbjahr 1948 nicht ganz 1000.— DM erreicht haben. Es ist also nicht nur eine quantitative Ausdehnung, die sich aus der höheren Stückzahl ergibt, sondern auch eine qualitative Verbesserung im Sinne eines höheren Versicherungsschutzes zu verzeichnen.

Die deutsche Knopfindustrie

Notwendige Zubehöre der Bekleidungsindustrie und des Schneiderhandwerkes sind Knöpfe. Die deutsche Knopfindustrie war in der Herstellung modischer Knöpfe führend und exportierte etwa 25% ihrer Erzeugnisse. Nach dem Stande von 1939 zählte sie 400 Betriebe mit 20 000 Beschäftigten, die jährlich für 55 Mill. Mark Knöpfe fabrizierten. Der Schwerpunkt dieses Industriezweiges liegt in der Ostzone. Rund 50% der einschlägigen Fabriken haben dort und in Groß-Berlin ihren Sitz. Vor dem Kriege war in Berlin eine größere Knopfindustrie ansässig, die durch Demontagen fast restlos vernichtet wurde. In den Berliner Ost- und Westsektoren sind jetzt noch 29 kleinere Knopffabriken, die durchschnittlich 20—25 Leute beschäftigen, tätig und Knöpfe aus Kunstmasse und Holz fertigen. Die Zentren der Knopfindustrie in der sowjetischen Besatzungszone befinden sich in Thüringen und Sachsen.

Die thüringische Stadt Schmölln hatte eine Schlüsselstellung in der Knopfindustrie inne. 15 Betriebe mit etwa 2000 Leuten stellten die bekannten Steinnuß-, Büffelhorn-, Kunstharz- und Kunsthornknöpfe her. Bereits im Kriege mußte sich dieser Industriezweig infolge Materialmangels auf Holzknopfproduktion umstellen. Am besten eignen sich Weißbuche und Ahorn. Da diese jedoch verknappt sind, wird zunächst Rotbuche verarbeitet. Auch Igelit-Knöpfe werden in Schmölln gefertigt. In erhöhtem Umfange sind nach dem Kriege in der Ostzone Glasknöpfe hergestellt worden, die hauptsächlich in Lauscha und von Gablonzer Umsiedlern im Raume von Arnstadt und Gotha gemacht werden. Am Kyffhäuser, in Bad Frankenhausen, Kelbra und Berga ist eine Spezialindustrie für Perlmuttknöpfe heimisch, die auf eine hundertjährige Tradition zurückblicken kann. Über 60 Betriebe mit 1500 Arbeitern produzierten bis 1939 monatlich zirka 15 000 Groß-Perlmuttknöpfe aller Größen. Nach dem Kriege stellten die Fabriken aus Plexiglas, das aus alten Wehrmachtsbeständen stammte, Knöpfe her. Nach Aufarbeitung dieser Posten produzieren die Unternehmer Knöpfe aus Igelit und teilweise auch aus Dezilith, einer Igelit ähnlichen Masse, die die Zelluloid-Werke in Eilenburg in Sachsen liefern. Die Trokas-Knopffabrik GmbH. in Bad Frankenhausen, ein Spezialwerk für Trokasknöpfe, ist nach dem Kriege, da die aus dem Ausland notwendigen Rohstoffe nicht erhältlich sind, zur Fabrikation von Holzknöpfen übergegangen. Augenblicklich werden im Kyffhäusergebiet in kleinen Mengen wieder Perlmuttknöpfe, die aus alten Restlagerbeständen stammen, für Reparations- und Exportzwecke gemacht. Die Produktion dieser Warengattung beträgt etwa 10% des Vorkriegsstandes. Die thüringische Knopfindustrie in Schmölln und Bad Frankenhausen hat große Reparationsverpflichtungen. Galalith-, Kunstharz- und Kunsthornknöpfe konnten die thüringer Fabriken während der westlichen Gegenblockade nicht erzeugen, da die Rohstoffzufuhren aus Westdeutschland unterbunden waren. Facharbeitermangel, das Fehlen von Ersatzteilen für Drehbänke und Präzmaschinen, sowie ungenügendes Verpackungsmaterial und Rohstoffschwierigkeiten haben sich sehr hemmend ausgewirkt und vielfach zu Fabrikationsstockungen in der Knopfindustrie geführt. In Sachsen ist die Knopfindustrie in Plauen und Umgebung ansässig. Vulkanfiber-, Metall-, Zwirn- und Stoffknöpfe werden dort gemacht. Da die für diese Knopfsorten notwendigen Metallteile aus dem Westen aus Stolberg im Harz und dem Ruhrgebiet bezogen wurden, lag dieser Wirtschaftszweig während der Blockade fast brach.

In Westdeutschland hat die Knopfindustrie nach der Währungsreform einen ziemlichen Aufschwung genommen. In Troisdorf bei Köln ist in den ehemaligen Sprengstoffwerken eine große Knopffabrik aufgebaut, die Kunstmasseknöpfe erzeugt. Eine weitere größere Fabrik fertigt in Celle bei Hannover Galalith- und Metallknöpfe. Metallknöpfe werden auch in der britischen Zone neben Druckknöpfen, Haken, Ösen und Reißverschlüssen in größerem Umfange fabriziert. Einen wertvollen Zuwachs hat die westdeutsche Knopfindustrie durch Umsiedlung der sudetendeutschen Knopfmacher aus der Gegend von Tetschen-Bodenbach, die in Bayern, Württemberg und Hannover angesiedelt wurden, und viele kleine Betriebe neu gründeten, erhalten. Dieser Industriezweig fertigte Qualitätswaren aus Steinnuß, Büffelhorn und Galalith. Heute sind die Unternehmen auf die Erzeugung von Galalith und Kunstmasseprodukten eingestellt. Steinnuß und Büffelhorn wurden ehemals aus Italien und Übersee bezogen. Perlmutt kam aus Japan und China. Da Devisen zur Einfuhr dieser Rohstoffe noch nicht freigegeben und anderweitig dringend gebraucht werden, fabriziert man diese hochwertigen Knopferzeugnisse in Westdeutschland noch nicht.

Zur Lage der Knopfindustrie in Ost- und Westdeutschland ist festzustellen, daß Qualitätswaren in der Ostzone nach dem Kriege für den zivilen Bedarf nicht angefertigt wurden. Soweit gute Knöpfe in der sowjetischen Besatzungszone heute noch greifbar sind, stammen sie aus alten Lagerbeständen.

Die Knopfwirtschaft des Ostens ist in Qualitätswaren auf die letzten alten Substanzreserven angewiesen. Westdeutschland und die Berliner Westsektoren werden seit der Währungsreform mit verhältnismäßig guten Qualitäten beliefert. Die westdeutsche Knopfindustrie kann den anfallenden Bedarf decken. Auch nach Aufhebung der Blockade wird die Knopfindustrie Ostdeutschlands den westlichen Fabriken keine nennenswerte Konkurrenz in Qualitätswaren machen können, so lange die Einfuhrsperren für Steinnuß, Büffelhorn und Perlmuttrohstoffe nicht aufgehoben oder gelockert werden. Auch das Exportgeschäft, das vornehmlich früher auf diesen Produkten beruhte, kann noch nicht anlaufen. Die Knopfpreise liegen im Westen teilweise bis 50% über dem Friedensstand, während im Osten die Stoppreise von 1944 eingehalten werden müssen. Trotz dieser an sich bemerkenswerten Tatsache wird die Ostzone infolge ihrer augenblicklich minderwertigen Warengattungen im künftigen Interzonengeschäft keine Chancen haben.

Schwarze Wertstoffe aus Teer

Von Prof. Dr. Mallison

Betrachtet man den schwarzen Steinkohlenteer im Mikroskop, so sieht man ein dunkelgelbes Öl, in dem schwarze rußartige Flöckchen schwimmen. Der Teer ist ein Kolloidsystem aus Harzen und Teerölen. Destilliert man den Teer aus der Retorte ab, so geht etwa die Hälfte als flüchtiges Teeröl über; der Rest bleibt undestillierbar zurück. Diesen Rückstand, ein Gemisch von rußartigen Stoffen, Teerharzen und hochsiedenden Ölen, nennt man Pech.

Der Teerdestillateur hat zwei Aufgaben. Aus den Teerölen muß er alle die Stoffe zu gewinnen suchen, die als Reinprodukte für die chemische Industrie wertvoll sind. Im ganzen sind bisher aus dem Teer etwa 200 solche Stoffe in reiner Form isoliert worden, aber nur wenige haben technische Bedeutung gewonnen. Genannt seien Benzol und seine Homologen, Karbolsäure, Pyridin, Naphthalin und Anthracen. Der tatsächliche Gehalt des Teers an diesen Stoffen ist an sich gering und macht im ganzen nur etwa 10% aus. Daher ist es eine zweite Aufgabe, für das Pech und die Teeröle günstige technische Verwendungen zu finden. Das Pech ist eine schwarze, harte Masse, die man zerschlagen und pulvern kann. Läßt man es aber, z. B. in Blockform, längere Zeit liegen, so sinkt es allmählich zusammen und fließt träge dahin. Der schnelle Schlag löst den inneren Zusammenhang; die langsame Einwirkung der Schwerkraft läßt das Pech fließen. Mit steigender Temperatur wird das Pech zunehmend weicher und bei etwa 150° ist es dünnflüssig; beim Abkühlen wird es dann wieder zähe bis hart. Daher dient das Pech in größtem Ausmaße als Klebemittel. Steinkohlenbriketts bestehen aus Kohle, zusammengeklebt mit rund 7% Pech. Zu dieser Verwendung als Brikettpech bringt das Pech wertvolle Eigenschaften mit. Es enthält keine Asche, verbrennt daher mit den Briketts vollständig und ist wasserunlöslich und wetterbeständig. Diese Klebefähigkeit und Beständigkeit des Pechs wird auch in der Dachpappenindustrie ausgenützt. Teerdachpappe ist eine mit Weichpech getränkte und überzogene Pappe, und mit Pech werden die einzelnen Dachpappenschichten auf dem Dache zusammengeklebt. Neuerdings sind für diese Zwecke und zur Isolierung von Bauwerken auch Sonderpeche, z. B. Plastix, im Handel, die das gewöhnliche Pech noch an Geschmeidigkeit bei wechselnden, auch tiefen Temperaturen übertreffen.

Für ein anderes, wirtschaftlich sehr bedeutendes Gebiet, wird das Pech nicht als solches, sondern in passendem Gemisch mit Teerölen, also in gelöster Form verwendet: den Teerstraßenbau. Auf der früheren Landstraße waren die Steine und Steinchen mit Lehm und Sand verkittet, daher staubte die Straße bei trockenem Wetter und verschmutzte bei Regen. Im Teerstraßenbau dient aber Teer als Bindemittel, und es entsteht eine wasserdichte, nicht staubende und dem Verkehr geschmeidig widerstehende Fläche. Für den Straßenbau wurde eine Skala verschiedener, genormter Straßenteere geschaffen, mit denen alle Anforderungen der Verkehrsbeanspruchung zu erfüllen sind. Oberflächenteerungen, Teer-Makadamstraßen und Teerbetonstraßen zeugen in aller Welt für die heute erreichte Vollkommenheit dieser Bauweise. Teerstraßen sind griffig und werden im Regen nicht glatt und schlüpfrig.

Ähnliche aus Pech und Teeröl präparierte Teere spielen auf vielen sonstigen Gebieten eine große Rolle. Genannt seien der Dachteer zur Dachpflege, der Stahlwerksteer als Kitt der Konverterböden und der Anodenteer. Gußeiserne und stählerne Rohre werden zum Rostschutz mit Tauchteer überzogen. Besonders elastische und widerstandsfähige Pechmischungen sind die sogenannten Rohrwickelmassen, und aus Pech, Teeröl und Füllstoffen werden Pflasterverguß- und Kabelvergußmassen hergestellt. Als isolierende Mittel dienen zahlreiche Spezialteere im Bautenschutz. Den Kleinsteinteer verwendet die Reichsbahn zum Eindrehen der Schrauben in die Holzschwellen. Mischungen von Pech mit leichtflüchtigen Lösungsmitteln, z. B. mit Schwerbenzol, sind die schwarzen Eisenlacke und Anstrichmittel, mit denen Eisenteile aller Art wirksam gegen Rost geschützt werden. Das Steinkohlenteeröl selbst dient nicht nur als Heizöl und Treiböl, sondern auch als Imprägnieröl und Karbolineum zum Holzschutz.

Die deutsche Vorkriegsproduktion an Steinkohlenteererzeugnissen war so groß, daß nach Deckung des Inlandsbedarfs auch beträchtliche Mengen an Pech, Teerölen, Mischprodukten und Naphthalin exportiert werden konnten. Nach Beendigung des Krieges lief die Produktion zunächst nur langsam an, um sich dann in der Folgezeit wieder beträchtlich zu erholen. Das zunächst geringe Aufkommen an Teerprodukten machte eine scharfe Bewirtschaftung notwendig, die aber seit etwa einem Jahr wieder aufgehoben werden konnte. Die gegenwärtige deutsche Erzeugung an Steinkohlenteerprodukten kann den Inlandsbedarf jetzt wieder voll decken. Darüberhinaus stehen auch wieder gewisse Mengen zur Ausfuhr zur Verfügung.

Spät kommt ihr, doch ihr kommt . . .

(Fortsetzung von Seite 1)

Staat! Parallelen zum Dritten Reich drängen sich hier direkt auf.

Protest gegen Demontage

In diesem Zusammenhang gehört schließlich auch die Protestkundgebung in Gelsenkirchen gegen die Demontage zweier Fabriken für synthetisches Benzin, die 3200 Arbeiter brotlos machen würde. 8000 Personen haben an dieser Protestversammlung teilgenommen, die Geschäfte schlossen an diesem Nachmittag aus Sympathie und die Bergleute bezeugten ihre innere Verbundenheit durch einen Streik von kurzer Dauer. Auf die soziologische Gefahr, die aus der Demontage und den daraus folgenden Kundgebungen wie die eben beschriebene, entstehen, haben wir in unserem Blatt schon mehrfach, u. a. in Nr. 2, hingewiesen. Wenn man den Neo-Nationalismus in den Arbeitern entfachen will, dann soll man nur so weiter machen, aber nicht die Schuld bei den andern suchen, sondern bei sich selbst! Vor 2000 Jahren hat einmal jemand gesagt: Man sehe nicht den Splitter im Auge des Andern, sondern den Balken im eigenen.

Erwähnen wir zum Schluß noch einen Punkt, in dem auch keine Einigung zustande kam: In der Frage der Dekartellisierung des Zündholzmonopols und der Brown Boveri Mannheim konnte zwischen den Militärgouverneuren und den zuständigen deutschen Stellen keine Einigung erzielt werden.

Ostzonen-Etat 1949

Auf einer Vollsitzung der Deutschen Wirtschaftskommission wurde der Haushaltsplan der Länder und der Zonenverwaltungen für das Haushaltsjahr 1949 (vom 1. April bis 31. Dezember 1949) behandelt. Der stellvertretende Vorsitzende der DWK, Professor Kastner, erklärte, der Geldumlauf in der Zone sei auf 4,112 Milliarden DM vermindert worden. Es sei eine Übergangserscheinung, daß das umlaufende Geld noch nicht in das richtige Verhältnis zu dem auf Bank- und Sparkonten angelegten gebracht werden konnte. Alle Bemühungen der Finanzpolitik in der sowjetischen Besatzungszone seien auf dieses Ziel abgestellt. Die Steuernovelle habe eine Senkung der Steuereinnahmen bewirkt, die ohne Vorbild in der deutschen Geschichte sei. Als besonderer Erfolg in einer Zeit wirtschaftlicher Schwierigkeiten müsse bezeichnet werden, daß man auf Steuereinnahmen von 500 Millionen bis eine Milliarde DM habe verzichten können. Im Haushalt für das Jahr 1948 wurden nach Angaben Kastners 13,254 Millionen DM eingenommen und 12,890 Millionen DM ausgegeben. Der überplanmäßige Einnahmenüberschuß habe eine Rücklage von 364 Millionen DM ermöglicht.

Im Haushaltsplan für 1949 (vom 1. 4. bis 31. 12.) sind Einnahmen von 11,985 Millionen und Ausgaben von 10,810 Millionen DM vorgesehen. Darin, daß die Einnahmen 1,175 Millionen DM höher angesetzt sind als die Ausgaben, dokumentiere sich, so sagte Dr. Kastner, die weitere Stabilisierung der Wirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone. Sie sei zugleich ein Beweis für die Stabilität der Mark der Deutschen Notenbank. Insbesondere beruhe der neue Haushaltsplan auf einer bedeutenden Erhöhung der Einkünfte aus der Wirtschaft. Die Steuerreform werde eine Senkung der Steuerleistungen der Bevölkerung um über 30 Prozent ermöglichen. Die volkseigenen Betriebe, einschließlich der volkseigenen Verkehrs-, Post- und Fernmeldebetriebe, sollen an den Zonenhaushalt rund 1,25 Mill. DM in Form von Gewinnen, Körperschafts- und sonstigen Steuern abführen. Der neue Haushaltsplan unterscheide sich nach seiner gesamten Struktur wesentlich von der früheren Finanzgebarung. Der Geldbegriff habe einen neuen Sinn und Inhalt bekommen. Für die Selbständigkeit der deutschen Wirtschaft in der Zone sei von besonderer Bedeutung, daß ihr Haushaltsplan nicht von der Bestätigung der zuständigen Besatzungsmacht abhänge.

WIRTSCHAFTSREVUE - VERLAG G.m.b.H., Rastatt a. B., Postfach 58. Chefredakteur: Oskar Kraemer. Frankfurter Redaktion: Dr. E. Hoffmann, A. d. Kirchwiese 12. Satz und Druck: Badendruck GmbH. Jede mit Namen des Verfassers versehene Veröffentlichung stellt lediglich dessen Privatmeinung dar. Nachdruck oder sonstige Veröffentlichung nur mit Genehmigung der Redaktion; wissenschaftliche Verwertung nur mit Quellenangabe. — Bezugspreis monatlich DM 1.— zuzügl. Zustellgebühr oder Porto, Postbezug nur vierteljährlich. Zuständiges Verlagspostamt: Ettlingen/Baden. Annahme von Bezugs- und Anzeigenbestellung beim Verlag, oder bei der „Wirtschaftsrevue"-Anzeigenabteilung, Karlsruhe, Veilchenstraße 21. Anzeigenpreis für die 22 mm breite Millimeterzeile 25 Dpfg., Klein(Kamerad)-Anzeigen 40 Dpfg., Stellengesuche 15 Dpfg. Textanzeigen: die 58 mm breite Millimeterzeile DM 1.—. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 1 gültig.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Veränderungen im Transit des Nord-Ostsee-Kanals

13,4 Mill. t Güter im Jahre 1948

Die 1948 eingetretenen Veränderungen im Durchgangsverkehr des Nord-Ostsee-Kanals sind vor allem auf die zunehmende polnisch-britische Kohlenkonkurrenz zurückzuführen. Das noch 1947 sichtbare Übergewicht des westöstlichen Kohlenstroms wurde 1948 durch wesentlich größere Verschiffungen polnischer Kohle nach Westen abgelöst. Während die Kohlenverfrachtungen durch den Kanal in den Ostseeraum um eine Mill. t zunahmen, erhöhten sie sich in der Gegenrichtung um 1,9 Mill. t. Der Kohlendurchgang in beiden Richtungen nahm gegenüber 1947 um fast 3 Mill. t zu. Anteilmäßig stieg damit die Kohlenbeförderung von 30 % des Gesamtdurchgangs 1947 auf 43 % 1948. Gegenüber dieser erheblichen Verkehrssteigerung gingen die ausschließlich aus dem Ostseeraum nach Westen gerichteten Holztransporte um 31 % zurück. Diese Entwicklung erklärt sich teilweise durch die Einstellung der deutschen Holzausfuhr, die in erheblichem Umfange über Lübeck durch den Nord-Ostsee-Kanal nach Großbritannien geleitet worden ist. Aber auch der finnische Holztransport nahm nicht unbeträchtlich ab. Demgegenüber hat sich der Getreidedurchgang insofern normalen Verhältnissen anzupassen begonnen, als sich die Vorkriegstendenz stärkeren Ost-West-Durchganges 1948 erstmalig wieder zeigte. Die in den ersten Nachkriegsjahren stärkeren Getreideverschiffungen in den Ostseeraum spiegelten die ungesunde Nahrungsmittellage wider, die die Einfuhr amerikanischen Getreides in den agrarischen Ostseeraum notwendig machten. Die ausschließlich westwärts gerichtete Erzdurchfuhr aus den nordschwedischen Häfen nahm um 63 % zu.

Bei einem Gesamtdurchgang von 13,4 Mill. t Gütern stieg der Ost-West-Verkehr um 46 % und der West-Ost-Verkehr um fast 50 % gegenüber 1947 an. Trotz der erheblichen Zunahme des Durchgangsvolumens wurden 1948 jedoch nur 63 % der Durchgangsmengen des Jahres 1938 erreicht. Die Zahl der durchgeschleusten Schiffe nahm jedoch um 49 % auf 47 100 oder fast 90 % des Schiffsdurchganges von 1938 zu.

Der Durchgangsverkehr durch den Nord-Ostsee-Kanal betrug im ersten Vierteljahr 3,6 Mill. t; er übertraf damit den Verkehr in der entsprechenden Zeit des Vorjahres um 9 und den im ersten Viertel 1947 um 56 Prozent. Auf den Verkehr in der Ost-West-Richtung kamen 2,2 auf den West-Ost-Verkehr 1,4 Mill. t.

Nach wie vor stellt die Kohle mit 1,7 Mill. t den Hauptteil der beförderten Güter; hierbei überwogen Verschiffungen polnischer Kohle nach dem Westen.

Der Holzverkehr, der im vorigen Jahr noch gut ein Zehntel des Gesamtverkehrs ausmachte, ging auf 7 Prozent zurück.

Durchgangsverkehr 1948

In 1000 t

	Gesamtverkehr			Ost-West			West-Ost		
	1947	1948	%	1947	1948	%	1947	1948	%
Ges.-Durchg.	9108	13 427	47,3	5474	7863	46,6	3633	5642	49,8
davon									
Kohlen	2731	5 747	110,6	1198	3073	176,2	1577	2674	71,8
Steine	198	168	—15,5	122	100	—18,9	76	68	—11,1
Eisen	146	358	131,4	73	227	202,7	62	97	40,3
Holz	2111	1 443	—31,2	2088	1424	—32,3	23	21	—8,7
Getreide	481	871	87,5	136	361	238,2	365	310	[illegible]
Erze	397	571	43,2	338	566	14,5	19	5	—47,3
Andere Massengüter	2979	4 201	41,0	1369	1809	29,4	1609	2371	[illegible]

Deutscher Schiffsraum 1938: 10,2 Mill. NRT — 1948 nur 3,2 Mill. NRT

Der Anteil des beladenen Schiffsraumes von rund 32 % der Netto-Register-Tonnage hat sich gegenüber 1947 kaum verändert. Gemessen am letzten Vorkriegsjahr, in dem 45 % des Schiffsraumes beladen waren, ist die Auslastung der Schiffe jedoch stark zurückgegangen. Die stärksten Veränderungen ergaben sich naturgemäß im Durchgangsverkehr deutscher Schiffe, deren Zahl sich gegenüber 1947 um 46 % erhöht hat. Mit 23 322 Durchschleusungen liegt der Durchgang deutscher Schiffe um 500 unter dem des Jahres 1938. Aber die Höhe des Tonnageraumes läßt die durch Kriegs- und Nachkriegszeit bedingten Veränderungen der deutschen Handelsflotte besonders eindringlich erkennen. Umfaßte der deutsche Schiffsraum 1938 10,2 Mill. NRT, so belief er sich bei fast unveränderter Schiffszahl 1948 auf nur 3,2 Mill. NRT.

Ein Viertel des gesamten Tonnageraumes entfiel 1948 auf die deutsche Flagge, 11,6 % auf die schwedische, 9,3 Prozent auf die finnische, 8,8 % auf die dänische, 8,3 % auf die britische, 7,5 % auf die niederländische, 6,2 % auf die sowjetische und 5,8 % auf die norwegische. Die polnische Flagge erhöhte mit 565 Durchgängen ihren Anteil auf 4,7 %. Die USA-Flagge führten nur 73 Schiffe mit 2,3 % des Raumgehaltes. Mit einer mittleren Tonnage von 4160 NRT waren die amerikanischen Schiffe die größten, denen die 92 italienischen Schiffe mit 3 625 mittleren NRT nicht viel nachstanden. Aber auch die unter der Panamaflagge fahrenden Schiffe (3400 mittlere NRT) und die griechischen Schiffe (2300 mittlere NRT) wiesen ebenfalls erhebliche Größen auf. Nächst der deutschen war die niederländische Flagge am meisten vertreten, doch handelt es sich hierbei um kleinere Motor- und Küstenschiffe, deren mittlere Tonnage nur 236 NRT erreichte.

Ein Vergleich des internationalen Schiffsverkehrs in den deutschen Häfen mit dem Durchgangsverkehr durch den Nord-Ostsee-Kanal läßt erkennen, daß die USA-Schiffahrt mit 1338 Schiffseingängen in den deutschen Häfen im wesentlichen in der Deutschen Bucht endete. Nur in Ausnahmefällen setzten die Schiffe ihre Fahrt in die Ostsee fort. Die britische Seefahrt, die 15,5 % der in die deutschen Häfen eingelaufenen Tonnage stellte, ist bereits wesentlich stärker in den Ostseeverkehr eingespannt. Die niederländische Flotte ist besonders stark am Ostseeverkehr interessiert. Eine wesentlich größere Zahl von Schiffen geht durch den Nord-Ostseekanal nach den deutschen Nordseehäfen. Die sowjetischen, finnischen und polnischen Schiffe laufen deutsche Häfen nur in geringem Umfange an und benutzen den Kanal lediglich als Durchgangswasserstraße. Schwedische und dänische Schiffe steuern zu 30 bis 40 % ihres Durchganges durch den Kanal deutsche Häfen an.

Ausbau der Wasserstraßen

Nach dem im Februar 1949 von der Verwaltung für Verkehr ausgearbeiteten Bauplan für die Binnenwasserstraßen wird der Kredit- und Geldbedarf für die Jahre 1949 bis 1954 auf 256 Mill. DM (Beseitigung von Kriegsschäden) und 438 Mill. DM (für Neubauten) beziffert. Man rechnet mit einem Bedarf von 270 000 t Stahl und 120 000 cbm Holz.

Nach vorläufigen Ermittlungen umfaßte die Binnenflotte der Doppelzone am 31. März insgesamt 3 451 249 t Güterfahrzeuge (ohne Hafenfahrzeuge) und 298 004 PS Schleppkraft. Davon sind rund 22 Prozent in Reparatur oder schadhaft.

Seehafenverkehr

Der Seegüterverkehr im Hamburger Hafen war im April mit 839 876 t um 6,1 Prozent größer als im Vormonat, er erreichte damit 41,6 Prozent seines Umfangs vor dem Kriege. Die Verkehrsverbindungen mit Afrika erweiterten sich im April gegenüber dem Vormonat um das Sechsfache. Außerdem war im Verkehr mit Asien und Südamerika eine Zunahme festzustellen.

Im Lübecker Hafen wurden im April 34 000 t umgeschlagen, 24 000 t weniger als im März. Dieser Rückgang ist auf die Abnahme im Küstenverkehr zurückzuführen. Allein die Verlagerung der Kohlentransporte auf den Schienenweg verursachte einen Ausfall von rund 20 000 t.

Für Erneuerungen und Reparaturen im Hafen bewilligte die Stadt 320 000 DM.

Der Neckarkanal 1949

Nachdem der Bauabschnitt Mannheim—Heilbronn des Neckarkanals im Jahre 1935 fertiggestellt wurde, hat jetzt die Neckar-Aktiengesellschaft, Stuttgart, zusammenfassende Angaben über die Weiterführung der Arbeiten zur Vollendung des Gesamtprojektes veröffentlicht. Danach waren nach dem Stand vom 1. April 1949 von der insgesamt 202 km langen Kanalstrecke zwischen Mannheim und Plochingen rund (25 km oberhalb Stuttgart) 167 km ausgebaut. Auf dem zweiten 80 km langen Bauabschnitt Heilbronn—Plochingen sind also nur noch 35 km auszubauen, und außerdem die 7 Staustufen, Heilbronn, Besigheim, Hessigheim, Pleidelsheim, Poppenweiler, Obertürkheim und Altbach zu errichten, um das wichtigste Ziel des Planes zu verwirklichen, den Neckar für 1200-t-Schiffe bis ins Zentrum der württembergischen Industrie um Stuttgart-Eßlingen für das ganze Jahr schiffbar zu machen.

Nunmehr sollen die durch den Krieg und seine Folgen verzögerten Arbeiten beschleunigt weitergeführt werden. So wurde die Errichtung der für die Staustufe Besigheim und Hessigheim vorgesehenen Kraftwerke mit einer durchschnittlichen Jahreserzeugung von zusammen 33 Mill. kWh in das Energie-Notprogramm 1948/49 einbezogen. Die Verwaltung für Verkehr des Vereinigten Wirtschaftsgebietes hat für 1949 bereits 4,46 Mill. DM bewilligt, und im Staatshaushalt von Württemberg-Baden für das laufende Jahr, über den der Landtag demnächst zu beschließen hat, ist ein Betrag von 2,23 Mill. DM für die Bauvorhaben der Neckar-AG. bestimmt. Mit dem Bau der letzten beiden Neckarkraftwerke Obertürkheim und Altbach mit einer durchschnittlichen Jahreserzeugung von zusammen 27 Mill. kWh hofft die Neckar-AG. im kommenden Jahr beginnen zu können. Die Zielsetzung des Neckarkanalprojektes erschöpft sich aber nicht allein mit der Schaffung der Großwasserstraße. Von gleicher Wichtigkeit ist die Gewinnung billiger elektrischer Energie in den Wasserkraftwerken der Staustufen. Das dritte Teilziel, das mit der Regulierung des Flusses angestrebt wird, ist der Schutz der Gebiete vor Hochwasserschäden.

Die Aufgaben der Neckar-AG. sind in dem zwischen ihr und dem damaligen Deutschen Reich und den Ländern Württemberg, Baden und Hessen abgeschlossenen Konzessions- und Bauvertrag vom 3. März 1922 festgelegt. Gegen die Überlassung des Rechtes zur Ausnutzung der Wasserkräfte des Neckar ist die Gesellschaft verpflichtet, die von ihr errichteten Anlagen unentgeltlich und lastenfrei auf das Reich zu übertragen — die Anlagen der Schiffahrtsstraße nach Fertigstellung größerer Bauabschnitte, die Kraftwerke am 1. Januar 2035. Die Finanzierung sollte durch das Aktienkapital der Gesellschaft, mit den Überschüssen aus den Kraftwerken und vor allem durch die Aufnahme von Anleihen erfolgen. Es zeigte sich jedoch bald, daß durch Anleihen ausreichende Mittel nicht zu beschaffen waren. Das Reich und die Uferstaaten, gleichzeitig die Aktionäre der Gesellschaft, haben sich daher im Jahre 1925 verpflichtet, die Mittel, die nicht durch Anleihen aufgebracht werden konnten, bereitzustellen. Das Reich erklärte sich bereit, zwei Drittel der erforderlichen Summen beizutragen. Der Rest wurde zum größten Teil von Württemberg übernommen. An Stelle des Reiches ist im April 1948 vom Zweimächte-Kontrollamt als Treuhänder bestellt, die Verwaltung für Verkehr in die Verträge eingetreten.

Die Bedenken, die nach Kriegsende von den Städten Mannheim und Karlsruhe gegen die Verwendung öffentlicher Mittel und knapper Baustoffe zur Vollendung des zweiten Bauabschnittes Heilbronn—Plochingen unter Hinweis auf den dringlicheren Wiederaufbau ihrer Rheinhäfen erhoben wurden, dürften kaum schwerer wiegen als das unbestreitbare Bedürfnis für einen wirtschaftlichen Transportweg in das Zentrum der württembergischen Industrie. Ein Teil des Güterumschlages wird sich zwar zwangsläufig zuungunsten der Rheinhäfen auf die Verladeplätze des oberen Neckartals verlagern. Untragbare Einbußen werden dadurch für Mannheim und Karlsruhe jedoch wohl kaum entstehen.

Die überraschend schnelle Entwicklung des Verkehrs auf der Teilstrecke Mannheim—Heilbronn hat überdies die große Bedeutung des Neckar als Transportweg bewiesen. In den Jahren 1939, 1940 und 1941 wurden auf dieser Strecke jeweils über 2 Mill. t Güter befördert. Unter dem Druck der Notwendigkeit wurden auch die schweren Kriegsschäden, die 1945 zur Einstellung der Schiffahrt zwangen, verhältnismäßig rasch beseitigt. Schon 1946 wurden wieder 466 743 t Güter auf dem Neckar verschifft und 1948 waren es nahezu 1,5 Mill. t. Diese Zahlen werden sich zweifellos ganz erheblich erhöhen, wenn der Anschluß mit dem württembergischen Industriezentrum hergestellt ist.

Die 26 Staustufen des Neckarkanals werden voll ausgebaut im Jahresdurchschnitt 462,79 Mill. kWh elektrischer Energie abgeben.

Zur Zeit werden in 19 von der Neckar-AG errichteten Kraftwerken im Jahresdurchschnitt 350 Mill. kWh erzeugt. Anlagen mit einer Kapazität von weiteren 60 bis 61 Mill. kWh sind vorhanden. Um die geplante volle Jahresleistung zu erreichen, bleiben demnach nur noch rund 52 Mill. kWh auszubauen. Somit ist der weitaus größere Teil des Projektes bereits verwirklicht.

Gleichzeitig mit dem Neckarkanal wird man auch dem weiter gesteckten Ziel, der großen europäischen Wasserstraße Rhein—Neckar—Donau einen bedeutenden Schritt näher gekommen sein. Von Plochingen aus ist die Donau bei Ulm mit einem Überland-Kanal von nur 60 km Länge zu erreichen. Die technischen Schwierigkeiten sind nicht unüberwindlich. Angesichts der derzeitigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, die noch einer langen Periode der Konsolidierung bedürfen, wird es jedoch wohl noch geraume Zeit dauern, bis man daran gehen kann, das noch fehlende Bindeglied der Wasserstraße zwischen West- und Osteuropa zu schaffen.

Finanzielle und moralische Hypotheken

Skeptisches Auslandskapital — Nicht allein „politische Rückversicherungen" erforderlich

Seit dem Anlaufen des Marshall-Planes bemühen sich die zuständigen amerikanischen Regierungsstellen, das Privatkapital ihres Landes für Investitionen in den Marshall-Plan-Ländern zu gewinnen. Bisher waren die Erfolge dieser Bemühungen nur bescheiden. Selbst die Garantie der ECA, die Erträgnisse solcher Investitionen in US-Dollar zu konvertieren, haben nicht den erwünschten Anreiz geboten. Gewisse einladende Gesten gegenüber dem privaten Auslandskapital haben dieses Thema wieder aktuell gemacht. Man registriert vor allem, daß die kapitalsuchenden Länder nicht einmal ihre Ungeduld und Verärgerung über das Zögern dieses Kapitals zu verbergen trachten.

Die Kurssteigerungen verschiedener deutscher Wertpapiere, vor allem der Auslandsanleihen, auf den Auslandsbörsen, haben das Problem der Kapitalanlagen in Europa im allgemeinen und die in Deutschland im besonderen wieder aufgerollt, und man kann es nicht verhehlen, es fallen, teils zu Recht und teils zu Unrecht, recht bittere Worte. Allen voran in der Schweiz, deren Sparer nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa enorme Summen eingebüßt haben. Die Gewährung von Krediten „nach Deutschland und Österreich und anderen Ländern mit ruinierten Währungen" wird als „Glückspiel" bezeichnet, bei dem mehr zu verlieren als zu gewinnen sei.

Kurz nach seiner USA-Reise konnte Prof. Dr. Erhard mitteilen, daß man in den Vereinigten Staaten weniger einen Mangel an Vertrauen gegenüber der europäischen Wirtschaft finde als vielmehr Skepsis gegenüber der politischen Zukunft. Daher wolle man neben den Transfergaranten auch eine politische Rückversicherung. Betrachtet man jedoch die Frage der Kreditgewährung vom Standpunkt des ausländischen privaten Kapitalgebers, so wird man feststellen, daß wohl Vertrauen in die Wirtschaft besteht, das Vertrauen gegenüber den ausländischen Kreditnehmern aber noch nicht wieder zurückgewonnen wurde und auch nicht sobald zurückgewonnen wird.

Was ist geschehen, daß nur Staatskredite nach Europa fließen, aber kaum Privatkredite, während nach dem ersten Weltkrieg Anleihen — man denke nur an die Dawes- und an die Österreichische Völkerbund-Anleihe — beim anlagesuchenden Publikum untergebracht werden konnten? Heute muß die USA-Regierung in kurzen Intervallen beim Kongreß um die Bewilligung von Milliarden von Dollars aus der amerikanischen Staatskasse für Kredite und Zuschüsse an europäische Länder ansuchen. Die Antwort auf die Frage, warum das private Auslandskapital sich so zugeknöpft zeigt, gibt ein Rückblick auf die Entwicklung nach dem ersten Weltkrieg. Dem Vertrauen, der Grundlage des internationalen Kreditgeschäftes, ist nach 1929 der Garaus gemacht worden. Daß ein im Geschäftsleben verloren gegangenes Vertrauen nur schwer, sehr schwer wiederzugewinnen ist, wird uns nun allenthalben vor Augen geführt. Dem Konjunkturhöhepunkt 1929 folgte ein Rückschlag. Einige Länder in Europa, die soviel Kredite hereingenommen hatten, namentlich Deutschland, das aus ihnen seine Reparationszahlungen leistete, sahen sich plötzlich vor unüberwindlichen Schwierigkeiten. Den wachsenden Zinsen- und Amortisationsverpflichtungen standen schrumpfende Gold- und Devisenbestände gegenüber. Die Regierungen glaubten, dieses Problem nur durch Moratorien lösen zu können. Sie verkündeten also Moratorien, um eine Stundung der Fälligkeiten zu erreichen, stellten aber dann den Zinsen- und Amortisationsdienst vollkommen ein.

Man kann nicht bestreiten, daß es sich hierbei um einen Rechtsbruch handelt, auch wenn die Regierungen behaupten, zur Aufhebung der vertraglich übernommenen Verpflichtungen berechtigt zu sein, wenn die Einhaltung dieser Verpflichtungen ihrem Lande Schaden bringen würde. Dieses Verfahren, das sei hier betont, hat keineswegs Deutschland allein angewandt. Eine ganze Reihe von Ländern stellten unter diesen oder ähnlich lautenden Begründungen ihren Anleihedienst ein und verhinderten darüber hinaus ihre Staatsbürger, ihren vertraglichen Auslandsverpflichtungen nachzukommen. Und so kam es, daß z. B. Finnland, das unter schwersten Opfern seinem Auslandsdienst nachkam, sogar als „Kuriosum" hingestellt wurde.

Es ist verständlich, daß das Anlagepublikum keine große Lust verspürt, sein Geld wieder Kreditnehmern anzuvertrauen, die, wenn sie Regierungen sind, sich hinterher für berechtigt halten mögen, ihr eigenes Wohl vor das der Gläubigers zu stellen und die Zahlung der Schulden, wenn es ihnen gerade zusagt, zu verweigern. Und die, wenn sie private Kreditnehmer sind, jederzeit von ihrer Regierung durch Gesetze und Verordnungen an der Erfüllung ihrer Verpflichtungen verhindert werden können, auch wenn sie sonst in jeder Weise anständig und kreditfähig wären.

Es braucht also niemand überrascht zu sein über die scharfe Sprache, die z. B. die schweizerische „Finanz und Wirtschaft" in diesem Zusammenhange führt: „Die Erfahrungen der Vergangenheit", schreibt das Blatt, „müssen wegleitend sein für das Handeln in der Zukunft. Schöne Versprechen wird man uns zweifellos bei eventueller Kreditgewährung in Hülle und Fülle machen. Doch schon der Name Schacht warnt davor, uns auf schönklingende Versprechen zu verlassen. Die Lage ist heute in Deutschland derartig, daß wir uns auf Versprechen weniger denn je verlassen können. Auch wenn der Friede erhalten bleibt, ist das Risiko deutscher Kapitalanlagen unabsehbar." Das Blatt geht dann auf den deutschen Kreditbedarf ein und fährt fort: „Und selbst für weit geringere Kredite kann die deutsche Wirtschaft heute weder die sachlichen noch die moralischen Garantien liefern, die die schweizerischen Kreditgeber beruhigen könnten. Man wird uns natürlich hohe Zinsen offerieren, man wird sie wohl auch für eine Weile zahlen. Doch wenn auch die privaten deutschen Schuldner den guten Willen haben, die hohen Zinsen dauernd zu entrichten und das Kapital bei Fälligkeit zurückzuzahlen, so bieten die heutigen deutschen Politiker nicht die mindeste Gewähr gegen die Wiederholung der Prellerei der Auslandsgläubiger durch die Machtmittel eines Staates, der auch in seiner größten Schwäche noch immer stark genug bleiben wird, um das Recht unbeliebter Ausländer mißachten zu können."

Früher überlegten mehr oder minder die Länder, ob sie fremdes Kapital, das bei ihnen eine Anlage suchte, aufnehmen sollten oder nicht. Heute ist es umgekehrt: das Kapital überlegt sehr reiflich, ob es im Ausland investieren soll, vor allem in „gefährdeten Gebieten", wobei man „gefährdet" nicht nur auf die außenpolitische Lage bezieht. Sind etwa die Verstaatlichungs- oder Nationalisierungsmaßnahmen in den einzelnen Ländern für das fremde Kapital verlockend? Hier helfen die schönsten Sirenenklänge wenig, auch wenn man „Entschädigungsmöglichkeiten" gesetzlich verankert. Dem anlagesuchenden Auslandskapital wird mit den Artikeln 14 und 15 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland, die sich mit der Enteignung und Vergesellschaftung befassen, ebenfalls kein besonderer Anreiz geboten, sich bei uns zu engagieren. Das ausländische Privatkapital, das sichere Anlagen sucht, wird naturgemäß dorthin tendieren, wo es solche findet. Z. B. bieten sich dem US-Kapital Chancen mit dem bekannten „Artikel vier", der die Entwicklung rückständiger Gebiete zum Ziele hat. Wenn diese Maßnahmen auf lange Sicht letzten Endes auch Europa zugutekommen, so kann eine forcierte Industrialisierung in diesen Ländern sich u. U. als scharfe Konkurrenz für die europäische Industrie auswirken, je nachdem, ob dieses Kapital in den betreffenden Ländern an einen ertragreichen Abbau von Rohstoffen oder zugleich an die Entwicklung von Industrien an Ort und Stelle schreitet.

Wenn man in absehbarer Zeit das Vertrauen des privaten Auslandskapitals zurückgewinnen will, so muß das Recht wieder an die Spitze aller Werte gestellt werden, d. h., hier angewendet, der Schuldner muß entschlossen sein, seine Verpflichtungen auch dann zu erfüllen, wenn es ihm Schwierigkeiten bereitet und Schaden bringt. Erst wenn dieser Beweis erbracht wird, wird allmählich das Vertrauen zurückkehren und erst dann wird sich die Welt aller Kontrollen, Sicherheits- und Bewilligungssysteme entledigen können, die jeden Handel und Wandel über Grenzen hinweg hemmen und gar unmöglich machen.

Abschließend wollen wir darauf hinweisen, daß Deutschland nach diesem Kriege alle Vermögenswerte im Ausland verloren hat, so daß das neue Deutschland, auch wenn es wollte, nicht in der Lage ist, den früheren Verpflichtungen nachzukommen. Daß die Sieger danach trachten, alle irgendwie im Ausland befindlichen deutschen Werte für die Bezahlung ihrer Kriegsausgaben heranzuziehen, ist nur natürlich. Aus den laufenden Ausfuhrerlösen kann Deutschland aber nur notdürftig seine Wirtschaft in Gang halten. Es lebt also derzeit „von der Hand in den Mund." Aber die diesem Lande und seiner Bevölkerung innewohnende Kraft, die sich nach der Währungsreform wieder offenbarte, wird ohne Zweifel allmählich zu einer wirtschaftlichen Erholung führen. Damit leistet es auch einen Beitrag zur Gesundung Gesamteuropas. Es wird dann gewiß danach trachten, nicht nur die moralische, sondern auch die finanzielle Hypothek abzutragen. Die ihm gestellte Aufgabe ist schwer zu lösen. Man erleichtert sie aber nicht, wenn man die auf der Gegenseite begreiflicherweise bestehenden Imponderabilien nicht mit in Rechnung stellt.

Am Ausguck: „Wenn wir es erleben, werden wir es sehen"

Die Hoffnungen, die man von deutscher Seite auf eine Gesamtlösung der deutschen Frage in Paris zu knüpfen wagte, können, soviel scheint heute schon festzustehen, begraben werden. In den bisherigen acht Sitzungen der vier Außenminister ist man über theoretische Fragen nicht hinausgekommen. Die Vertreter der Westmächte sind keineswegs mehr irgendwie optimistisch und meinen, daß, bei einigem guten Willen der Russen und Konzessionen ihrerseits ein Abkommen über Berlin und über die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der West- und Ostzone zustandekommen und bestenfalls der österreichische Staatsvertrag abgeschlossen werden könnte. Daß man hier ebenfalls den Russen entgegenkommen müßte, scheint den Amerikanern bereits klar geworden zu sein. Nach einem Reuter-Bericht sollen die Vereinigten Staaten nach 160 ergebnislosen Sitzungen der Außenminister-Stellvertreter „einen vollständig revidierten Entwurf" des österreichischen Staatsvertrages ausgearbeitet haben, mit dem sie hoffen, schneller ans Ziel zu gelangen.

Im wesentlichen soll der neue Plan darauf beruhen, daß die russischen Ansprüche auf die früheren deutschen Vermögenswerte in Österreich anerkannt werden als Gegenleistung für Konzessionen politischer Art, wie Grenzansprüche Jugoslawiens usw. Die USA wollen andererseits Österreich behilflich sein, die wirtschaftlichen Lasten zu tragen. Eine Ausnahme, gegen die sich die USA stellen, bilden die russischen Ansprüche auf die Ölproduktion Österreichs. Ob die neuen Vorschläge, die in Paris unterbreitet werden sollen — bekanntlich steht der österreichische Staatsvertrag an vierter Stelle der Traktandenliste —, von Moskau angenommen werden, ist noch sehr fraglich.

In den Kreisen der westlichen Alliierten herrscht ziemliche Skepsis. Außenminister Schuman erklärte vor dem Kongreß der MRP, daß sich die Außenministerkonferenz bemühe, eine Regelung der deutschen Frage zu finden. Frankreich suche die Lösung für Deutschland als solches, nicht aber für ein Deutschland als Funktion irgendeiner anderen Macht. „Wir wissen, äußerte Schuman, wenn uns eine Lösung des deutschen Problems gelingt, so wird damit zugleich auch das russische Problem gelöst. Alle diejenigen, die in der letzten Zeit soviel von Rapallo gesprochen haben, kann ich beruhigen: die sowjetischen Vorschläge scheinen kein Anlaß zu einem neuen Rapallo-Vertrag zu sein." Währenddessen wird auf den Pressekonferenzen der Sowjetdelegation betont, daß man russischerseits mit einem guten Fortgang der Konferenz rechne. Entweder hält Außenminister Wyschinski noch beachtenswerte Vorschläge bereit, oder will man russischerseits schon heute leise andeuten, daß die Westmächte an einem etwaigen Scheitern der Konferenz schuld seien. Während die Westalliierten von der bisher erreichten politischen und wirtschaftlichen Basis in Westdeutschland ausgehend an die Lösung herangehen, will Wyschinski „zurück zu Potsdam". Das Organ der KP der Sowjetunion, die „Prawda" schreibt in diesem Zusammenhang u. a.: „Es ist naiv, die Probleme der Einheit Deutschlands in ein oder zwei Augenblicken lösen zu wollen. Sie erfordern eine gründliche Prüfung. Eine Lösung ist allerdings möglich, die müsse aber auf der Grundlage der in Potsdam gefaßten Beschlüsse erfolgen. Der Erfolg wird von dem guten Willen der Konferenzteilnehmer abhängen, ein Übereinkommen zu erzielen. Was die Sowjet-Delegation anbelangt, so hat diese bereits in der ersten Sitzung die Bereitschaft zu einem Übereinkommen auf der Grundlage der Potsdamer Beschlüsse unter Beweis gestellt. Werden auch die anderen Delegationen diesen guten Willen zeigen? Wie es im Sprichwort heißt: ‚Wenn wir es erleben, werden wir es sehen'!"

Während man in Paris auf der Stelle tritt, finden allerlei nicht uninteressante Meldungen ihren Weg in die Presse. So werden die großen Sommermanöver der russischen Besatzungstruppen angekündigt und eine andere Route der Luftbrücke gewünscht. Aus London kommt die Meldung, daß die tschechoslowakische Armee unter Aufsicht russischer Offiziere Befestigungen im westböhmischen Grenzgebiet errichte. Ferner werde das polnische Heer mit modernen russischen Waffen ausgerüstet. Die Sowjets hätten den Polen auch den schweren Kampfwagen vom Typ „Stalin" überlassen. Ebenso baue Polen seine Ostseeflotte wieder auf. Gleichzeitig meldet man neue Fortschritte der russischen Marinerüstung. Eine neue Seemine sei entwickelt worden, die U-Boote seien durchweg mit Schnorcheln versehen worden und hätten modernste Radar- und Antiradargeräte an Bord. Der US-amerikanische Journalist Hanson Baldwin befaßt sich mit all diesen Meldungen und stellt, wahrscheinlich nicht von ungefähr, fest, daß die sowjetischen Streitkräfte heute immer noch 4,5 Mill. Mann betragen, davon entfielen 3 Mill. auf die Armee. Der Ausbau der Panzerwaffe mache große Fortschritte und die amerikanischen Fachleute seien der Ansicht, daß der Panzer „Stalin III" der stärkste Panzer der Welt sei. Man schätze die direkten und indirekten russischen Rüstungsausgaben auf rund 160 Mrd. Rubel. Man kann solche Meldungen allerdings nicht kontrollieren, sie verfolgen meist nur einen gewissen Zweck. Wahrscheinlich sollen sie dem US-Steuerzahler etwas weicher stimmen.

Ein Beispiel, daß sich der Kreml nirgends in die Karten sehen läßt, zeigt die Meldung, daß das russische Konsulat in Schanghai geschlossen wurde unter der Begründung, daß das neue Regime — Schanghai wurde vor einigen Tagen von den kommunistischen Truppen besetzt — von Moskau offiziell nicht anerkannt worden sei. Die Amerikaner haben demgegenüber erklärt, daß sie die diplomatischen Beziehungen zum neuen chinesischen Regime aufnehmen werden und daß die Handelsbeziehungen etwa denen mit den europäischen Staaten entsprechen werden.

Weil wir schon den Bau von Befestigungen längs der tschechoslowakischen Westgrenze erwähnten, wollen wir auch auf die Erklärungen des Vorsitzenden der SED, Wilhelm Pieck, vor dem Kongreß der tschechoslowakischen kommunistischen Partei hinweisen. Pieck äußerte, daß „die Schaffung eines westdeutschen Staates eine schwere Gefahr bedeute. Seine Partei übernehme die Aufgabe, das deutsche Volk neu zu erziehen. Damit werde eine unzerstörbare Freundschaft mit dem tschechoslowakischen Volk entstehen können". Gleichzeitig wird von einem ungewöhnlich starken Zustrom sudetendeutscher Flüchtlinge berichtet, die ohne Papiere aus der Tschechoslowakei abgeschoben würden. Um diesen Zustrom zu unterbinden, sei der Grenzschutz — also wohl deutsche Polizei — bei Hof und Marktredwitz verstärkt worden. Man kann verstehen, daß zum Beispiel Bayern, das enorm viele Flüchtlinge beherbergt, sich gegen ihre Aufnahme wehrt. Man kann aber die jetzt aus der Tschechoslowakei abgeschobenen Sudetendeutschen als „politische" Flüchtlinge betrachten, auch wenn sich keine IRO um sie kümmert. Oder sollen in Deutschland nur die heute noch aus dem Osten flüchtenden Polen, Tschechen, Ungarn usw., Aufenthalt nehmen können?

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Wir greifen auf:

Der Segen der Erde

Wir berichteten in unserer letzten Ausgabe, daß Dänemark gezwungen [illegible] seine Butter den USA anzubieten, weil seine bisherigen Abnehmer, allen voran Deutschland, nicht in der Lage sind, die Butter zu übernehmen. Die Norweger lassen die gefangenen Fische wieder ins Meer plumpsen, weil der deutsche Markt sie nicht aufnehmen kann. In Brasilien wird der Kaffee verbrannt oder ins Meer geschüttet, Italien hat Schwierigkeiten mit dem Absatz von Zitronen und Apfelsinen, Bulgarien weiß nicht, wer seine Erdbeeren abnehmen wird. Und als ganz neue Meldung: In der holländischen Grenzstadt Venlo wurden 80 000 kg Gemüse vernichtet, weil dafür kein Absatz auf dem deutschen Markt zu finden war. Hier lautet die Begründung, daß Deutschland seinen Gemüsebedarf zunehmend aus eigener Produktion decken kann . . .

Es ist geradezu erstaunlich, was die Währungsreform innerhalb von 10 Monaten zuwegegebracht hat: die deutsche Gemüseautarkie! Vor der Geldreform hat die deutsche Erde gestreikt. Die deutschen Normalverbraucher mußten stundenlang Schlange stehen, um ein Büschel rote Rüben zu ergattern. Inzwischen wurden in Erwartung der Geldreform in Tag- und Nachtschichten Spinat, Bohnen, Rote Beete usw. konserviert. Nach der Reform tauchten die Gemüsekonserven in Riesenmengen auf. Sie werden auch heute noch, allerdings zum halben Preis, angeboten und die Kaufleute, die sich in Erwartung des Andrangs kaufwütiger Kunden zu stark eingedeckt hatten, werden die Gemüsekonserven allmählich zum Selbstkostenpreis abgeben, denn sie sind nicht unbegrenzt haltbar.

Es ist aber sehr zweifelhaft, ob die deutsche Produktion an Frischgemüse schon heute den Bedarf decken kann, insbesondere, wenn das Gemüse zu erschwinglichen Preisen angeboten würde. Man braucht nur der deutschen Hausfrau auf den Markt zu folgen, dann sieht man, daß das Wirtschaftsgeld nicht ausreicht, um Blumenkohl zu kaufen (holländischer, kleine Köpfe je 1.70 DM, französischer, große Köpfe 4.50 DM). Es müssen schon andere Gründe für die Verschärfung der Gemüse an der holländischen Grenze angeführt werden, als die ausreichende deutsche Produktion. Es sind Uniformen, Zollparagraphen und eine bestimmte Klausel, die den Segen der Erde an der deutschen Grenze vernichten.

Spielbank — den Schweizern unerwünscht

Was für eine ganz andere Sache wäre es doch gewesen, wenn es das eine oder andere der jetzt wie Pilze aus dem Boden schießenden Spielkasinos schon in der RM-Zeit gegeben hätte! Um Zuspruch hätte es sich nicht bemühen müssen, an Einnahmen hätte es nicht gefehlt. Und dann: Den Verlierern wären wundervolle Möglichkeiten geboten gewesen, sich wieder aufzurichten. Gab es damals doch einen blühenden schwarzen Markt, an dem sie sich wieder hätten emporranken können, wenn sie sich allzu sehr hatten gehen lassen.

In der nun bald schon ein Jahr bestehenden DM-Zeit sind die Auspizien für die Spielkasinos und die Spieler bei weitem nicht mehr die gleichen. Es scheint heute sogar nicht völlig ausgeschlossen zu sein, daß die Rechnung, die bei Errichtung der einen und anderen Spielbank aufgestellt wurde, nicht so aufgeht, wie das gedacht worden war. Betürchtungen solcher Art regen sich zunehmend auch in einer Stadt am „Schwäbischen Meer", an der Schweizer Grenze. Ihre Bevölkerung, vorweggenommen gegen jede Neuerung, vor allem aber gegen solche, die moralisch zu beanstanden sind, hatte sich nur schwer für den Spielbank-Gedanken erwärmen lassen. Als die Frage zur Debatte gestellt worden war, entschied sich die Mehrheit der Stadtväter aber doch für die Zulassung der Spielbank.

Die Stadt kann mit erheblichen Vorteilen rechnen: 30 % der Bruttoeinnahmen aus dem Roulettspiel nach täglich genauer Abrechnung, je 15 D-Pf. nach dem Eintrittspreis von 1 DM und 20 % Vergnügungssteuer aus dem Ecartéspiel. Zur Sicherstellung dieser Abgaben 20 000 DM auf ein Sperrkonto, das der Stadt zur Verfügung stehen soll, wenn ihr Gewinnanteil innerhalb eines Vierteljahres diesen Betrag nicht erreichen sollte. Das alles überduftet einigermaßen den üblen Geruch, in dem Spielkasinos nun einmal stehen. Um auch der letzten Bedrohung der Gewissensruhe zu begegnen, sah man noch ein Spielverbot für Beamte und Angestellte öffentlicher Betriebe, die mit Kassengeldern zu tun haben und eine Überwachung des Spielbetriebes durch besonders dafür eingesetzte Kontrollpersonen vor.

Auf solche Weise wurde man mit den moralischen Bedenken fertig. Blieben noch die rein materiellen, mehr die Inhaber der Spielbank angehenden. Im Hessischen und in der Pfalz bestehen in eleganten Rahmen bereits Konkurrenzunternehmen, die dem eigenen Abbruch tun könnten. Aber den Nachteil, daß die Stadt am Schwäbischen Meer in der äußersten Ecke Deutschlands liegt, gleicht die Nähe der Schweiz etwas aus. Die Spielbank könnte durch sie zu einem internationalen Treffpunkt werden und Besucher um die Spieltische versammeln, die den Weg ins Hessische und in die Pfalz zu weit finden würden. Vorausgesetzt ist hierbei allerdings, daß auch die Schwierigkeiten der Devisenein- und -ausfuhr irgendwie behoben werden können. Es würden sich da indessen auch noch Mittel und Wege finden lassen . . .

Was die Rechnung mit Besuchern aus der Schweiz anbelangt, scheint aber eine gewisse Unsicherheit platzgreifen zu müssen. Es hat in der Eidgenossenschaft — so erfährt man jetzt — unliebsames Aufsehen erregt und bereits zu einer Interpellation im Großen Rat des Kantons Thurgau geführt, daß, jenseits der Grenze zwar, aber nur hundert oder wenige hundert Meter von ihr entfernt, ein Spielkasino errichtet werden soll. Der Interpellant meinte, die Errichtung eines Spielkasinos in Konstanz stehe „im Widerspruch zu den bisherigen freundschaftlichen Beziehungen" und sei daher als „unerwünscht" zu bezeichnen.

So gibt es völlig überraschend eine Unstimmigkeit von einer Seite her, von der sie kaum erwartet worden war. Wird sie zu einem Notenwechsel zwischen dem schweizerischen Großen Rat des Kantons Thurgau und der deutschen Stadt am Bodensee führen, oder bleibt es bei dem Banknotenwechsel in den Räumen der Spielbank, wie es um vieles lieber gesehen würde? Man hofft auf der einen Seite, sich lediglich einer Überempfindlichkeit auf der anderen gegenüber zu befinden. Und wundert sich ein wenig auch über das geringe Vertrauen, das der Thurgauer Interpellant in die Moral seiner Mitbürger setzt.

Beiderseits notwendig

Die Internationale Wiederaufbaubank hat 4 Mill. Dollar bereitgestellt, die an die Tschechoslowakei, Finnland, Jugoslawien und wahrscheinlich auch an Österreich als Darlehen vergeben werden. Das Geld dient für den Ankauf von Sägewerk-Material, damit diese Länder, wie es seinerzeit auf der Genfer Konferenz beschlossen worden war, ihre Holzexporte nach Westeuropa steigern können. Die Rückzahlung soll von den Holzimportländern durchgeführt werden. Gleichzeitig wird gemeldet, daß die BIR sich mit der Gewährung eines Kredits von 50 Mill. Dollar befaßt, der an Jugoslawien vergeben werden soll, um es dem Land zu ermöglichen, eine Beschleunigung der Mechanisierung seiner Landwirtschaft und die Erschließung seiner Rohstoffquellen durchzuführen.

Der ERP-Verwalter Paul G. Hoffman wies im „Foreign Commerce Weekly" auf die Notwendigkeit eines verstärkten Ost-West-Handels hin, um den amerikanischen Steuerzahler zu entlasten. Die ECA wünsche nicht, eine Wirtschaftsmauer in Europa zu errichten, denn damit würde sie eine der Quellen für die Wiedergesundung Europas verstopfen. Die freien Länder würden von ihren traditionellen Märkten im Osten abgeschnitten, sie könnten dort weder kaufen noch verkaufen, was wieder nur Erhöhung der Kosten für das Wiederaufbauprogramm führen würde. Hoffman wies auf die Möglichkeit hin, im Rahmen der Marshall-Hilfe auch außerhalb des amerikanischen Marktes kaufen zu können, die verschiedentlich bereits zur Steigerung des Handelsvolumens führte und bezeugte, daß kein Staat und auch keine Staatengruppe wohlhabend und friedlich leben könne, wenn seine Nachbarn in Armut und Unzufriedenheit lebten. Das habe die Erfahrung der letzten Jahrzehnte gezeigt.

In diesem Zusammenhang ist ein Artikel der Belgrader „Politika" sehr aufschlußreich, der sich mit dem Ost-West-Handel befaßt und sozusagen eine Verteidigung der Wirtschaftsbeziehungen Jugoslawiens zu den westeuropäischen Ländern darstellt. Das Blatt schreibt u. a.: „Die Begrenzung des Handels zwischen den kapitalistischen Ländern und den Planwirtschaftsländern hat nicht nur die wirtschaftlich schwachen Länder schwer betroffen, sondern auch England, das heute in den USA und anderwärts für Dollar einkaufen muß, was es früher billiger gegen englische Pfunde im Osten kaufen konnte. Ebenso beziehen Frankreich und Italien für hohe Preise ihre Kohle aus den USA, obwohl polnische Kohlen praktisch vor ihrer Türe liegen. Diese Kohle können sie gegen Lieferung eigener Waren billig haben. Auch die Länder der Planwirtschaft hängen von dem Bezug vieler Verbrauchsgüter von den kapitalistischen Ländern ab, die Tschechoslowakei, Bulgarien, Ungarn und Rumänien können gar nicht anders, als sich um einen intensiven Handel mit dem Westen bemühen. Jugoslawien ist in der gleichen Lage und weist deshalb alle Vorwürfe des Kominform im Zusammenhang mit der Wiederaufnahme des Handels mit den kapitalistischen Ländern zurück."

Aus der deutschen Wirtschaft

Französische Zone

Der Preisrat der Länder der französischen Besatzungszone beschloß, im Einvernehmen mit der Militärregierung, die Preisbildung für sämtliche Erzeugnisse und Leistungen der Chemiewirtschaft freizugeben. Ausgenommen sind Alzatron, Düngemittel für die Landwirtschaft (aus Phosphor, Stickstoff, Kali und Kalk sowie deren Nebenprodukte), Harnstoff, Haut- und Knochenleim, Insulin, Methanol, Nitrozellulose, Penicillin, Rauchstoffe, Schwefel, Schwefelsäure, Seife und synthetische Waschmittel (soweit bewirtschaftet), Streichhölzer und Zündhölzer.

Nach einer Erklärung des Fachverbandes Leder in Rheinland-Pfalz, sind die gegenwärtigen deutschen Erzeugerpreise für Gerbrinde zu hoch. Angemessen und tragbar seien für Eichengerbrinde diesjähriger Ernte 16 bis 18 DM und für Fichtenrinde 5.50 bis 6 DM je Doppelzentner. Falls die Erzeuger ihre Preise nicht entsprechend senkten, müßten die Gerbereien auf günstigere Auslandsangebote eingehen.

Den Ländern der französischen Zone wurden für das zweite Vierteljahr insgesamt 337 000 t Stahl zugeteilt. Zentrale Kontingentträger sind Landwirtschaft, Verkehr, Post, Energie, Bergbau, stromschaffende Industrie und Ausfuhr, die übrige Industrie und das Handwerk sind teils auf die Kontingente der Verbraucher angewiesen, teils erhalten sie Fertigungskontingente. Die französische Zone erhält Einbeziehungsscheine, die sie in der Doppelzone zum Kauf von Stabeisen, Fertigwaren oder Maschinen verwenden kann. Die Verwaltung für Wirtschaft beabsichtigt, die Lieferungen an die französische Zone durch Einfuhr aus Frankreich oder dem Saargebiet auszugleichen. Den Kontingentträgern der Doppelzone dürften daher keine Einschränkungen auferlegt werden. Da die Saareisen-Lieferungen vorzugsweise in die französische Zone gehen werden, die Preise jedoch erheblich über den deutschen Inlandspreisen liegen, ist beabsichtigt, den Unterschiedsbetrag zwischen dem deutschen und dem französischen Eisenpreis auch der verarbeitenden Industrie der Doppelzone zu belasten, selbst wenn das Eisen wegen der räumlichen Nähe ausschließlich in die französische Zone geliefert wird. Über weitere Möglichkeiten des Ausgleichs der Eisenpreise wird noch mit französischen Stellen verhandelt.

Wie gering der heutige Energieverbrauch je Einwohner in Südwestdeutschland, gemessen am Verbrauch des benachbarten Auslandes ist, geht aus einer Erklärung des Generaldirektors Pirrung von der Elektrizitätsversorgung Schwabens in Lindau hervor. Danach beträgt der Kopfverbrauch in Südbaden 108 und in Südwürttemberg 130 kWh im Jahr, dagegen in der Schweiz 680 und in Vorarlberg 430 kWh. Da innerhalb der nächsten zehn Jahre mit einer Verdoppelung des deutschen Verbrauchs gerechnet werden müsse, ist der Ausbau der Kraftwerke am Hochrhein zwischen Basel und Konstanz und der Bau des Argenwerkes bei Isny im Allgäu, in dem 313 Mill. kWh gespeichert werden sollen, vordringlich.

Die Lage der nach Süddeutschland eingewanderten Gablonzer Schmuckwarenindustrie hat sich auch im April nicht gebessert. Die Absatzschwierigkeiten halten an. Aus Schwäbisch-Gmünd wird berichtet, daß von 340 nach der Währungsreform gemeldeten Unternehmen der Glas- und Schmuckwarenindustrie nur noch 130 im Betrieb sind. Im Metallgewerbe arbeiten drei Betriebe verkürzt. Die Silberwarenfabriken seien noch einigermaßen befriedigend beschäftigt, allerdings auch nur mit 42 Wochenstunden. Die Hohlglasbetriebe haben zwar auch Kurzarbeit eingeführt, stehen aber verhältnismäßig noch am günstigsten da. Die kleinen Betriebe sind zum Erliegen gekommen. Die Messen in Hannover, Frankfurt, Mailand und New York haben die geringen Erwartungen nicht erfüllt; Schmuckwaren sind so gut wie nicht verkauft worden.

Fast sämtl. Betriebe der Schmuckwarenindustrie in Pforzheim arbeiten nur noch drei Tage in der Woche. Von den Schwierigkeiten sind hauptsächlich kleinere und mittlere Betriebe betroffen; doch mußte auch ein Großbetrieb mit 1400 Beschäftigten über 300 Arbeitskräfte entlassen. Die Industrie klagt insbesondere über die hemmenden deutschen Ausfuhrbestimmungen.

Amerikanische Zone

Die Militärregierung hat den Antrag der Bayernwerk A. G. auf Aufnahme einer Anleihe in Höhe von 101,5 Mill. DM für die Finanzierung des Baues neuer Wasserkraftwerke genehmigt.

Die Entdeckung eines Kaolinvorkommens bei Bergnersreuth, das sich über mehrere hundert Hektar erstreckt, wird aus Schirding gemeldet. Versuche ergaben im Schlämmverfahren etwa 60 % reines Kaolin.

Die Bergnersreuther Tonerde soll die gleiche chemische Zusammensetzung wie der besonders geschätzte Kaolin von Zettlitz in der Tschechoslowakei aufweisen. Die Brennfarbe ist rein weiß, die Standfestigkeit sehr gut. Fachleute halten die Bergnersreuther Porzellanerde für die beste, die bisher in Deutschland gefunden worden ist.

Die Durchschnittsmächtigkeit beträgt zwischen 4 und 5 m. Die früher als Kapselerde bezeichneten Vorkommen erweisen sich nach neuesten Untersuchungen als außerordentlich ergiebige Porzellanerde. Der sogenannte Glagerit, der in Nestern auftritt, kann bei Aufbereitung in der Naßtrommelmühle gleichfalls für die Herstellung von Porzellan, insbesondere von Isolatoren und Wandplatten, verwendet werden.

Für die bayerische Porzellanindustrie ist die Bergnersreuther Lagerstätte von beträchtlichem Interesse, denn sie liegt sehr frachtgünstig, außerdem könnte sie die jetzige Abhängigkeit von tschechoslowakischen Kaolinlieferungen erheblich mildern.

Die im Handelsabkommen vorgesehenen tschechoslowakischen Kaolinlieferungen für die bayerische Porzellanindustrie, die unterbrochen waren, sollen wieder aufgenommen werden. Von den im Vertrag vorgesehenen 20 000 t kamen bisher 1400 t herein. Bis Ende dieses Jahres soll die Gesamtlieferung abgewickelt sein.

Laut Mitteilung des Verbandes der Glasindustrie in Hessen bestehen dort gegenwärtig sieben Hohlglashütten, 30 Glasveredelungsbetriebe und 50 Glas-Instrumentenfabriken (hauptsächlich aus dem Sudetenland zugewandert). Der Gesamtumsatz der Industrie, die erst nach dem Kriege in Hessen Fuß faßte, wird mit jährlich etwa 50 Mill. DM, die Zahl ihrer Arbeiter mit rund 9000 angegeben.

Gelegentlich der Ende Mai stattfindenden Tagung der „Deutschen Glastechnischen Gesellschaft" in München, sollen die Glasindustrieverbände der drei Länder der amerikanischen Zone zusammengeschlossen werden.

Die Firma Zitra in Nürnberg hat einen 500-ccm-Motor entwickelt; sie gedenkt ihn bis Mitte des Jahres als Heckmotor in einem Kleinwagen, der höchstens 3000 DM kosten soll, auf den Markt zu bringen.

Der 4-PS-Personenwagen der Renault-Werke soll in etwa drei Monaten auf den westdeutschen Markt kommen. Der Wagen wird zwischen 3000 bis 4000 DM kosten.

In Bamberg wurden die Greiff-Werke, Fabrik für Berufs- und Sportkleidung, in Betrieb genommen. Die Fabrik wird 750 Arbeitskräfte beschäftigen. Die Leistung beläuft sich auf täglich 3000 Kleidungsstücke aller Art.

Das Werk Mannheim der Deutschen Sunlicht GmbH., das dieser Tage 50 Jahre bestand und vor dem Kriege eine Kapazität von monatlich 1000 t Waschmitteln und Seife hatte, ist gegenwärtig nur zur Hälfte beschäftigt. Außer der Sunlichtseife werden noch andere Seifen und Waschmittel in dem von Kriegsschäden verschont gebliebenen Werk hergestellt. Unter den zur Zeit beschäftigten 1000 Arbeitskräften (1937: 1300) befinden sich viele Sudetendeutsche, die bei der früher gleichfalls zum Unilever-Konzern gehörenden Schicht A.G. in Aussig gearbeitet hatten.

Die Mönchhof-Brauerei in Kulmbach hat mit amerikanischen Importeuren die Lieferung von 80 000 Kisten zu 24 Flaschen Kulmbacher Starkbier vereinbart. Am 11. Mai ist die erste Sendung von 54 000 Flaschen 14prozentigem Exportbier über Hamburg nach New York abgegangen. Das Bier wird im Einzelhandel etwa 30 Cents je Flasche kosten.

Die Pfeifenfabrik Werner Fleischwirth in Aalen erhielt aus der Schweiz einen Auftrag auf 120 000 Brycreepfeifen im Werte von 200 000 DM.

Die Zündholzfabrik „Alemann" in Kitzting (Bayr. Wald), die größte und modernste der vier bayerischen Zündholzfabriken mußte den Betrieb wegen Absatzmangel stillegen, wodurch 350 Arbeiter brotlos werden. Bei einem Jahresverbrauch von 4000 Festmeter Holz wurden täglich 400 000 Schachteln Streichhölzer hergestellt.

Als größtes Werk im Bremer und Weser-Emsgebiet verfügt die Bergedorf-Lack- und Farbenfabrik AG., Bremen-Blumenthal über eine monatliche Produktionskapazität von 500 t in Öl- und Ölsackfarben, Emaille-Lackfarben auf Öl- und Kunstharzbasis sowie Nitrozellulose-Lacken und Lackfarben. Infolge Knappheit wichtiger Rohstoffe wie Leinöl, Holzöl, Harze und Kopal kann zur Zeit nur eine Erzeugung von etwa 150 t im Monat erreicht werden. Das 1909 gegründete Werk, das 130 Arbeitskräfte beschäftigt, belieferte nach Ausfall der Großverbraucher Schiffbau, Schiffahrt und Hochseefischerei, die früher bis zu 50 Prozent der Erzeugung aufnahmen, in erster Linie die Landmaschinen-, Möbel-, Uhren-, Fahrrad-, Nähmaschinen- und Spielzeugindustrie in der Triizone.

Nach einem Fliegerangriff im Jahre 1944, dem ihre gesamten Fabrikanlagen in Stuttgart-Obertürkheim zum Opfer fielen, hat die Ältste süddeutsche Farbenfabrik Hetzel & Co. den Wiederaufbau in erfolgreicher Arbeit soweit vorgetrieben, daß heute wieder neue große Werkanlagen in Obertürkheim und ein Werk II in Alpirsbach/Schwarzwald bestehen. Die Wiederaufbauarbeiten sind damit noch nicht ganz abgeschlossen. Das Fabrikationsprogramm beider Werke umfaßt außer Farbbändern und den sonstigen Artikeln für den Bürobedarf — wie Tinten aller Art, Stempelfarben ohne Öl, Klebstoffen, Tuschen, Kreiden, Signierfarben, Füllhaltern, Drehstiften und dergl. auch Zellglas. Der fortschreitende Wiederaufbau macht eine laufende Produktionssteigerung möglich. So wurden letzthin Hetzel-Einnachhaut als Doppelpackungen mit und ohne Gummiringe in den Handel gebracht. Beide Werke liefern jetzt auch Zellglasbeutel als Flach- und Bodenbeutel.

Wie die amerikanische Militärregierung bekanntgab, sollen die gegenwärtig in Wiesbaden im Bau befindlichen Tonfilm-Ateliers der AFIFA, einer Tochtergesellschaft der ehemaligen UFA, nach einem Plan für die Entflechtung ehemaliger deutscher Filmmonopole an unabhängige Interessenten verkauft werden. Das erste der geplanten vier Ateliers wurde jetzt fertiggestellt. Die zweite Halle soll noch in diesem Jahr erstellt werden. Das Wiesbadener Gelände umfaßt alle Einrichtungen zur Herstellung von Spielfilmen. Neben Ateliers mit einer Grundfläche von 600 qm sind Büros, Garderoben, Werkstätten, Schneide- und Synchronisierräume vorhanden. Eine neue Kopieranstalt ist im Rohbau erstellt.

Englische Zone

Wie in Düsseldorf bekannt wird, kann Edelstahl, außer Baustahl und Kugellagerstahl, ohne Beibringung von Kontingenten bezogen werden.

Die Solinger Industrie leidet noch immer unter Mangel an rostfreiem Stahl. Die aus den Vereinigten Staaten bezogenen Sorten sind zwar rostfrei, jedoch in der Regel zu hart.

Infolge Auftragsrückgangs mußten verschiedene Betriebe der Wuppertaler Bandindustrie zu Kurzarbeit übergehen. Die Heimindustrie ist noch gut beschäftigt. Wenig gefragt sind vor allem breite Taftbänder sowie Satin- und Ottomanbänder; dagegen werden einfarbige Ripsbänder für Hutgarnituren und Schottenband noch gut verkauft. Die sowjetische Besatzungszone war früher ein guter Abnehmer von Wuppertaler Bändern; mit einer Wiederbelebung des Geschäfts wird in Kürze gerechnet.

Ein Konsortium von Eisenverarbeitern in den Handelskammerbezirken Hagen, Remscheid und Solingen beabsichtigt nach Mitteilung der Remscheider Kammer, ein neues Walzwerk auf dem Gelände der ehemaligen Krappchen Gußstahlfabrik zu errichten.

Der Ruhrbergbau hat Förderwagen im Ausland bestellt. Die Industrie für Feld- und Industriebahnen in Westdeutschland weist darauf hin, daß die Förderwagenhersteller bei rechtzeitiger Kontingentierung durchaus imstande gewesen wären, die benötigten Wagen zu liefern.

Die Schüchtermann & Kremer-Baum AG. in Dortmund erhielt aus Südfrankreich den Auftrag zur Lieferung einer Brikettierungsanlage neuester Konstruktion zum Preis von 300 000 $. Die Anlage soll täglich rund 16,5 Mill. Steinkohlenbriketts herstellen. Das Gesamtgewicht der Anlage beträgt rund 180 t; die Herstellung beträgt elf Monate. Das Dortmunder Unternehmen hat auch eine Anzahl kleinerer Aufträge aus den Niederlanden, dem Saargebiet, der Schweiz und einigen anderen Staaten ausgeführt.

Der fünfzigtausendste Volkswagen seit dem Kriege verließ Mitte Mai das Fließband des Volkswagenwerkes. Nach einer Erklärung des Generaldirektors ist beabsichtigt, in diesem Jahr noch 10 000 Volkswagen auszuführen. Bisher sind etwa 7000 Wagen nach der Schweiz, Schweden, Belgien, den Niederlanden und Luxemburg geliefert worden.

Die Büssing-Werke in Braunschweig haben seit dem Kriege 6000 Lastkraftwagen hergestellt. Das Unternehmen liefert jetzt monatlich 300 Lastkraftwagen. Die Ausfuhr ist wegen der 30-Cent-Klausel nur gering. Die Belegschaft beträgt 3000 Mann.

Nach jahrelanger Entwicklungsarbeit hat die Hanomag die Serienherstellung des neuen Diesel-Radschleppers R 28 aufgenommen. Durch zweckmäßige Abstimmung der Leistung des 4-Zylinder-Dieselmotors, des Adhäsionsgewichtes, der Getriebeausbildung und des Raddurchmessers ist die höchste Nutzleistung erreicht worden. Die Getriebebaustufungen ermöglichen die Wahl des wirtschaftlich günstigsten Arbeitstempos. Auf mittelschwerem Boden beträgt die Pflugleistung etwa ½ ha je Stunde. Auch für jede Art ortsfesten Antriebs und zum Mähen mit Anbaumähbalken ist die Maschine geeignet.

Der Auftragseingang in der Bielefelder Fahrradindustrie sichert bis auf weiteres eine Beschäftigung im jetzigen Umfang, der teilweise doppelt so hoch ist wie ein Jahr vorher. Es macht sich aber ein zunehmender Wettbewerb der Fahrradgroßhändler bemerkbar, die zum Teil zur Zusammensetzung der Räder in eigener Regie übergegangen sind und sich dabei hauptsächlich auf kleinere Rahmenfabriken stützen, deren Zahl, wie es schon nach dem ersten Weltkriege der Fall war, durch Neugründungen zugenommen hat.

Wie die Philips-Valvo-Werke in Hamburg mitteilen, ist die Produktion von Rundfunkröhren bereits so reichlich, daß kaum noch ein Mangel besteht. Die noch fehlenden Röhrentypen würden voraussichtlich bald ausreichend verfügbar sein.

Die Stickstoffanlage der Bergwerksgesellschaft Hibernia in Wanne-Eickel stellt täglich 210 t Stickstoff her, die laufend der Landwirtschaft zugeführt werden. Außerdem werden täglich 30 000 cbm Methangas, die bei der Stickstoff- und Wasserstoffgewinnung anfallen, als Treibstoff abgegeben.

Ostzone

Die brandenburgischen Industriebetriebe erhielten im April 28 769 t, die sächsischen Gaswerke 28 000 t polnische Steinkohle.

In Sachsen-Anhalt soll ein weiteres Großgaswerk auf Braunkohlenbasis errichtet werden.

Auf Anweisung der Deutschen Notenbank haben die Kreditinstitute im sowjetischen Besatzungsgebiet in vierteljährlichen Abständen Pläne über den kurzfristigen Kreditbedarf aufzustellen und der Deutschen Notenbank zuzuleiten. Zu diesen Plänen wird die Deutsche Wirtschaftskommission Stellung nehmen; die bestätigten Kreditplanzahlen bilden die Limite für das Planvierteljahr. Bei der Verteilung der Kredite sollen die Emissions- und Girobanken der Länder eine Kreditreserve von 5 Prozent der Gesamtsumme der Limite bilden, die dazu dient, auf begründete Anträge hin eine Erhöhung des Kreditlimits zu bewilligen. Nicht ausgenutzte Kreditlimite einer Kreditnehmergruppe dürfen nicht ohne Genehmigung zur Gewährung von Krediten an andere Gruppen benutzt werden.

Auf einer technischen Tagung des Kohlebergbaues und der Brennstoffindustrie der sowjetischen Besatzungszone teilte der Leiter der Hauptverwaltung Kohle mit, daß die Braunkohlenindustrie den Stand von 1936 überschritten habe. Im vergangenen Jahre erreichte die Förderung 94, die Brikettherstellung 101 Prozent und im ersten Vierteljahr 1949 103 und 111 Prozent des Umfangs von 1936. In einem Fachreferat wurde betont, die Rentabilität des Kohlenbergbaus könne allein durch die Entwicklung von Großtagebaugeräten gesichert werden. In Mitteldeutschland seien Großbagger mit einer Abraumleistung von täglich 50 000 cbm, Absetzeranlagen mit einer Verkippung von täglich 60 000 cbm und Abraumförderbrücken mit einer Tagesleistung von 120 000 cbm eingesetzt worden.

Das Sekretariat der Deutschen Wirtschafts-Kommission beschloß, eine Hauptverwaltung Bauwesen zu errichten, der in erster Linie die Planung und Kontrolle der Arbeiten zur Wiederherstellung und Erweiterung der Eisenhüttenwerke Riesa, Henningsdorf und Unterwellenborn und der übrigen großen Industriebetriebe in der sowjetischen Besatzungszone obliegen soll. Außerdem wird sie die Aufsicht über den Bau von Arbeitersiedlungen und ähnliche große Bauvorhaben führen.

Nach Angaben der „Lowa", der Vereinigung volkseigener Betriebe des Waggon- und Lokomotivbaues in der sowjetischen Besatzungszone, bestanden in der Zone und im sowjetischen Sektor von Groß-Berlin vor der Kapitulation neun Waggonfabriken, drei Lokomotivfabriken und ein Werk für Motorlokomotiven. Heute sind elf Waggonfabriken, von denen drei sowjetische Aktiengesellschaften und acht volkseigen sind, und zwei volkseigene Lokomotivfabriken, das ELW Henningsdorf und die Lokomotivfabrik Karl Marx in Potsdam-Babelsberg in Betrieb. Eine weitere Lokomotivfabrik wird in Wildau, dem Sitz der Lowa, gebaut. Zur Lowa gehören ferner zwei Konstruktionsbüros in Wildau und Görlitz.

Die erwähnten Werke beschäftigen 11 000 Arbeiter und Angestellte. Neu in das Herstellungsprogramm aufgenommen wurden Haldenzüge, an ihrer Herstellung sind alle Werke beteiligt.

Die Lederfabrik Blankenburg in Berlin-Buchholz, eine führende Gerberei im sowjetischen Besatzungsbereich, kann jetzt wieder wie vor dem Kriege jährlich 250 000 qm Oberleder, 60 000 qm Futterleder, 20 000 m² Galanterieleder und 150 000 kg Lederfaserstoff herstellen. Der Produktionswert betrug vor dem Kriege im Durchschnitt rund 5 Mill. RM, im vergangenen Jahre 2,5 Mill. Der Häutenfall war 1948 infolge der Viehaufkaufmaßnahmen in der sowjetischen Besatzungszone etwas geringer als im Vorjahr. In diesem Jahre wird mit zusätzlichen Häutelieferungen aus Dänemark und Südamerika gerechnet. Das Unternehmen wendet die Chromgerbung an, die den Gerbprozeß auf acht Stunden beschleunigt.

Die volkseigenen Jutespinnereien der sowjetischen Besatzungszone erzeugten im ersten Vierteljahr 1006 t Erntebindegarn aus Papier und 593 t aus Bastfasern. Die Auflage für das zweite Vierteljahr lautet über 1275 t Papiergarn und 110 t Bastfasergarn. Papierbindegarn wird in sieben, Bastfasergarn in fünf Betrieben hergestellt. Das Bastfaserbindegarn besteht zu vier Fünfteln aus Werg und zu einem Fünftel aus Langfasern. Es soll künftig feiner gesponnen und zwölfbis dreifach gezwirnt werden.

Ferner wurden im ersten Vierteljahr 1,83 Millionen Säcke hergestellt.

Die Lackwerke Hugo Lessen in Zeitz stellen jetzt monatlich 120 bis 140 t Lacke her. Die Kapazität ist damit fast völlig ausgenutzt. Das Unternehmen, das früher eine rege Ausfuhr nach Indien, Schweden, Ungarn u. Rumänien unterhielt, bemüht sich, das Auslandsgeschäft wieder in Gang zu bringen.

In der sowjetischen Besatzungszone wurde die Herstellung von Bleistiften aufgenommen: Die volkseigene Ultramarinfabrik in Sophienau liefert Bleistifte im Härtegrad 3 entsprechend den Markenfabrikaten Koh-i-noor, Faber und Schwan.

In der Farbenfabrik Wolfen bei Bitterfeld wurden am 30. April vier neue wichtige Produktionsstätten in Betrieb genommen: eine Beta-Naphtol-, eine Metamin-, eine Vanadin-Kontakt-Anlage und der vierte Ofen der Stickstoffabteilung.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Störungen des britischen Arbeitsfriedens

Von unserem Londoner Berichterstatter

Wir haben an dieser Stelle schon mehrfach davon gesprochen, daß die Bemühungen der britischen Regierung, einen Ausgleich ihrer Zahlungsbilanz zu erreichen und durch Wiederanschluß an die Weltmarktpreise mit den Produkten ihrer Industrie wieder konkurrenzfähig zu werden, nicht unwesentlich durch die hohen Produktionskosten, und im Zusammenhang damit der Lebenshaltungskosten und der Löhne, gehemmt sind. Die Erfolge der britischen Wirtschaft im Jahre 1948 waren nicht zuletzt durch die Tatsache beeinflußt, daß es mit loyaler Unterstützung der Gewerkschaften gelungen war, im Inlande Löhne und Preise einigermaßen stabil zu halten. Die wirtschaftspolitische Solidarität zwischen der Arbeiterschaft und ihrer gewerkschaftlichen Führung einerseits und der Regierung andererseits stützte die für die Masse der Bevölkerung nicht immer angenehme Politik der „austerity", eine Politik der sparsamen, kargen, ja spartanischen Lebensführung. Es gelang ferner, immer wieder aufflackernde legale und wilde Streiks in ihrer Auswirkung in erträglichen Grenzen zu halten. Bei Betrachtung der zu hohen und nicht mehr konkurrenzfähigen Exportpreise und der zu teuren Importpreise in unserer letzten Ausgabe Nr. 21 wiesen wir aber schon auf die Bedenken hin, ob diese Wirtschaftspolitik der Regierung auf die Dauer die Billigung der Gewerkschaften finden würde, die sich einerseits nicht gerne zu Lohnaktionen hergeben wollen, andererseits aber nicht an der Tatsache vorbei können, daß die Lebenshaltungskosten im Steigen begriffen sind, nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem Abbau der Subventionierung der Lebenshaltungskosten, ferner daß es unter den Arbeitern und Angestellten, auch den Staatsangestellten, rumort und die Gefahr von Spaltungen in den Gewerkschaften bedrohlich wird. Es war schon schwer genug, den Arbeitsfrieden zu bewahren, solange die Stabilität der Lebenshaltungskosten aufrechterhalten werden konnte. Unter dem Eindruck der neuen Maßnahmen und Tatsachen ist es aber noch schwieriger geworden. Damit hat sich die Gefahr von wilden Streiks und Spaltungen in den Gewerkschaften verschärft. Wenn die Gewerkschaften weiterhin die Führung in der Hand behalten, den Zusammenhang ihrer Organisation nicht gefährden und ihren Einfluß nicht verlieren wollen, so werden sie sich dem Drängen ihrer Mitglieder auf Verbesserung der Arbeitsbedingungen auf die Dauer nicht versagen können. Die Folge wäre, daß damit die offizielle Stabilisierungspolitik der Regierung selbst wieder gefährdet wäre und die Auswirkung auf die wirtschaftliche Zukunft unübersehbar würde.

Der Fels, an dem sich bisher die Wogen brachen, ist der Schatzkanzler Sir Stafford Cripps, der bisher immer bereit war, die ganze Verantwortung für die Wirtschaftspolitik der Regierung auf seine Schultern zu nehmen, mochten auch manche seiner Ministerkollegen noch so sehr ihre Sympathie mit den unzufriedenen Arbeitern zum Ausdruck bringen. Nun aber drohen überall neue Arbeitskonflikte, und es hat den Anschein, daß das sozialistische Regime der Labourregierung den Appetit seiner Schützlinge durch seine Reformen nicht gestillt, sondern nur noch weiter angeregt hat; eine schwierige Lage, der sich die Labourregierung jetzt gegenübersieht. Wird sie durchhalten können oder schließlich nicht doch gezwungen sein, den Unzufriedenen mehr Entgegenkommen zu zeigen?

So folgte die ganze Welle von Arbeitskonflikten, die Großbritannien in den letzten Wochen erlebte, wohl nicht zufällig dem in der Budgetrede vom 6. April angekündigten Abbau der Subventionierung der Lebenshaltungskosten. Die unmittelbaren Folgen sind eine Verteuerung von Fleisch, Käse, Butter und Margarine. Es ist daher nicht zu verwundern, wenn neue Lohnforderungen gestellt werden. Solche formulierten z. B. der Maschinenbau; die Arbeiter in der Landwirtschaft fordern einen Zuschlag von 4 Shilling in der Woche; die Staatsangestellten sind lebendig geworden; die Bergarbeiter in Lancashire streikten wochenlang wegen der Frage ihrer privilegierten Kohlenbezüge.

Ein lehrhaftes Beispiel ist der Konflikt mit den Eisenbahnern. Die Eisenbahnen sind verstaatlicht. Ihre Konkurrenzfähigkeit muß durch Höchstleistungen aufrechterhalten werden. Die Eisenbahnergewerkschaften fordern am lautesten einen vermehrten Anteil der Arbeiterschaft an der Leistung nationalisierter Betriebe. Auch heute schon ist die Eisenbahnverwaltung aber nicht in der Lage, mancherlei Verbesserungen einzuführen, weil Anstände mit dem Personal zu befürchten sind. Das zeigte sich kürzlich bei einem „wilden Streik" im Nordostgebiet des Eisenbahnnetzes. Er richtete sich gegen die Einführung einer größeren Zahl von Expreßzügen, deren Einführung das Personal wieder häufiger als bisher von der Familie fernhalten würde. Der Streik begann als eintägiger Streik an einem Sonntag und legte fast den gesamten Überlandverkehr zwischen London und Schottland lahm; eine Wiederholung an allen Sonntagen wurde angedroht, bis den Klagen der Lokomotivführer, Heizer und des übrigen Personals auf Änderung des Schnellzugfahrplans Rechnung getragen würde. Vor dem Kriege war selbstverständlich, daß das Schnellzugpersonal häufig die Nacht oder die Ruheperiode zwischen zwei Arbeitsschichten auswärts verbringen mußte. Gegenüber Vorschlägen auf Personalaustausch auf halbem Wege konnte die Eisenbahnverwaltung nur auf die entstehenden unnötigen Komplikationen, Zeitverluste und besonderen Kosten verweisen. Eine übertriebene Rücksichtnahme auf das Personal vermag sie sich aber nicht zu leisten, wenn sie gegenüber den anderen konkurrierenden Transportmitteln nicht ins Hintertreffen geraten will.

Das Gleiche gilt für die offizielle Lohnpolitik der Eisenbahnerverbände. Eine im Dezember 1948 geforderte Lohnerhöhung von 12,5 Shilling in der Woche für alle Arbeiterkategorien war schiedsgerichtlich und damit verbindlich zurückgewiesen worden. Trotzdem stellten die Gewerkschaften neue Lohnforderungen: 10 Shilling pro Woche und einen Zuschlag von 25% für die Arbeit am Samstag. Die Erfüllung dieser Forderung würde 28 Millionen Pfund Sterling im Jahre ausmachen. Praktisch ist dies die gleiche Forderung wie im Dezember, deren Ablehnung durch die Schlichtungsinstanz sich die Eisenbahner nicht fügen wollen. Ein Angebot der Eisenbahnverwaltung, über Lohnaufbesserung für die zwei untersten Arbeiterkategorien verhandeln zu wollen, wurde ausgeschlagen. Dieses Verhalten der verantwortlichen Gewerkschaftsführer, die sich mit dieser unerfüllbaren Forderung solidarisierten, hat zu mancherlei Bedenken Anlaß gegeben. Es beleuchtet die Schwierigkeiten der sozialistischen Staatsverwaltung besonders drastisch, läßt aber auch die Gefahren eines solch gefährlichen Spieles deutlich werden.

Nicht immer sind es unmittelbare Lohnforderungen, die Streiks irgendwelcher Art hervorrufen und der Volkswirtschaft großen Schaden zufügen. So weigern sich z. B. seit Wochen die Dockarbeiter der westenglischen und schottischen Häfen, kanadische Schiffe zu löschen, weil gewisse kanadische Seeleutegewerkschaften in einem Streik begriffen sind. Darum entschloß sich die Regierung, sicherlich nur schweren Herzens, zur Löschung einer verderblichen und wertvollen Fracht von Bananen, die das Land nur selten zu Gesicht bekommt, Truppen einzusetzen. Alles gute Zureden und ein Appell an die Freiwilligkeit im Hinblick auf die kostbare Fracht blieben unerfüllt. Was aber wäre erreicht, wenn nun auch die Eisenbahner aus falsch verstandenen Solidaritätsgründen die Weiterbeförderung der Bananen verweigerten? Verschiedene weitere Schiffe mit verderblichen Ladungen harren des Löschens. Andere warten auf Versorgung mit Kohlen, um ihre Lebensmittelladungen an den Bestimmungsort bringen zu können. Dieser Streik verursacht der Labourregierung schwere akute Sorgen, denn leidtragend wäre die Staatskasse, da in vielen Fällen das Ernährungsministerium der Besteller ist.

Schwedische Bankfachleute nach Pakistan

Die State Bank of Pakistan beabsichtigt neun schwedische Bankspezialisten einzustellen, die in der Hauptstadt Karachi ansässig werden sollen. Der Svenska Bankförreningen wurde ein entsprechendes Angebot gemacht.

Neues USA-Agrarprogramm

Die amerikanische Regierung hat dem Kongreß ein umfassendes Agrarprogramm unterbreitet. Der neue Plan soll das landwirtschaftliche Einkommen etwa auf der Durchschnittshöhe der letzten zehn Jahre halten und die Preisstützung auf eine ganze Reihe weiterer Erzeugnisse ausdehnen. Damit würde die bisherige Paritätspreisregelung aufgehoben werden, die dazu bestimmt war, den Farmern eine dem Stande von 1909 bis 1914 entsprechende Kaufkraft zu sichern.

Die amerikanische Landwirtschaft wird den Plan zweifellos begrüßen; sie hat zehn „fette" Jahre hinter sich mit ungewöhnlich großen Ernten, die zu hohen Preisen abgesetzt werden konnten; jetzt aber gehen die Preise auf den Weltmärkten nach unten. Ob der Plan den Verbrauchern und den übrigen Wirtschaftszweigen in gleicher Weise willkommen sein wird, hängt vor allem davon ab, ob sie von einer zusätzlichen Steuerlast betroffen werden. Nach Ansicht des amerikanischen Landwirtschaftsministers wird das neue Programm nicht kostspieliger sein als das bisherige.

Bisher hatte die Regierung versucht, die Preise der in Frage kommenden Erzeugnisse durch Käufe am offenen Markt oder durch Kredite an die Farmer (Beleihung eingelagerter Erzeugnisse) hochzuhalten. Das Ergebnis waren höhere Preise für die Verbraucher und häufig ein Anreiz zur Produktionssteigerung bei schon reichlich verfügbaren Erzeugnissen.

Die Parität nach dem geltenden Gesetz ergibt sich aus dem Verhältnis der Preise, die der Farmer für seine Erzeugnisse erzielt, zu den Preisen, die er für Güter seines Bedarfs anlegen muß. Nach dem neuen Plan soll als Einkommenstandard der Erlös gelten, der dem Durchschnitt der Kaufkraft der jährlichen Bareinnahmen aus dem Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse in den zehn Kalenderjahren 1939/48 entspricht. Ermittelt wird die Kaufkraft, indem die jährlichen Bareriöse durch den jeweiligen Preisindex für die von den Farmern bezahlten Güter und Leistungen, einschließlich der Zinsen und Steuern — dem bisher angewendeten Paritätsindex — dividiert werden. Nach den Durchschnittszahlen für 1939/48 würde dies eine Grundsumme von 18,22 Milliarden Dollar ergeben. Um nun auf den erwähnten Einkommenstandard zu kommen, müßte diese Grundzahl mit dem gegenwärtigen Paritätsindex multipliziert werden. Die am 15. März gegebene Indexzahl von 144 (1939/48 = 100) zugrundegelegt, würde sich so ein Einkommenstandard von 26,234 Milliarden Dollar ergeben. Nach Auffassung des Landwirtschaftsministers ist ein derart errechnetes Einkommen ein Mindesteinkommen. Die Erzeugnisse sollen nach dem neuen Plan entsprechend ihrer Haltbarkeit unterschiedlich behandelt werden. Für Mais, Weizen, Baumwolle und Tabak, die lagerfähig sind, sind Kredit- und Kaufvereinbarungen ähnlich den bisher üblichen vorgesehen. Für schnell verderbliche Güter, wie Milch, Eier und Fleisch, wird eine bestimmte Begrenzung der für die Preisstützung in Frage kommenden Mengen für jeden Betrieb vorgeschlagen. Nach einer nach Getreidewerten berechneten Warenliste, die den Wert auf je 10 Bushels Mais abstellt, sollen 1800 Produktionseinheiten für jeden landwirtschaftlichen Betrieb die oberste Grenze der Stützung darstellen. Dies bedeutete eine Beihilfe von annähernd 20 000 Dollar je Betrieb. Damit wird bezweckt, die Familienbetriebe mittlerer Größe zu fördern. Am stärksten bedacht werden sollen Mais, Baumwolle, Weizen, Tabak, Vollmilch, Eier, Hühner, Schweine, Rindvieh und Schafe.

Ausfuhrerleichterung für Eisen und Stahl

Angesichts der besseren Versorgung und des Rückgangs der Beschäftigung in der Eisen- und Stahlindustrie hat das Handelsdepartement die Ausfuhrbestimmungen für Eisen- und Stahlerzeugnisse gelockert. Für zahlreiche Erzeugnisse wurde die Ausfuhrkontrolle aufgehoben; jedoch sind für die Ausfuhr weiterhin Lizenzen erforderlich. Zu den Waren, die unter erleichterten Bedingungen ausgeführt werden dürfen, gehören u. a. Eisenbahnschwellen, Laschen, Rohrverbindungen, Fittings, Eisen- und Stahlstangen von 1 Zoll und darunter, Stahl- und Eisenschwarzbleche, Stahlschienen von 60 lb je Yard und darüber, Kesselrohre, Waggonachsen, Räder und Stacheldraht.

Strategische Rohstoff-Reserven

Präsident Truman dürfte, wie inzwischen in New York verlautet, in den nächsten Tagen dem Kongreß einen Gesetzentwurf unterbreiten, der die Bereitstellung von 525 Mill. $ für die Hortung strategischer Rohstoffe im Haushaltsjahr 1949/50 sowie von weiteren 250 Mill. für spätere Käufe vorsieht. Im Gesetzentwurf über den zweiten Nachtragshaushalt für das laufende Jahr, der zur Zeit vom Bewilligungs-Unterausschuß des Senats beraten wird, sind bereits 310 Millionen $ für diesen Zweck vorgesehen.

Beschäftigungsstand

Die Indexzahl für die allgemeine Geschäftstätigkeit in den Vereinigten Staaten stellte sich nach vorläufiger Berechnung der Guaranty-Trust Co für März auf 129,7 hat also im Vergleich gegenüber Januar um zwei volle Punkte abgenommen. Im Januar war bereits ein Rückschlag um 9,4 Punkte verzeichnet worden. Im einzelnen wurden folgende Entwicklungen ermittelt:

	März 1949	Febr. 1949	März 1948
Insgesamt	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Güterstahlfabrikation	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Bautätigkeit	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Baumwollverbrauch	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Förderung	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Beschäftigungsstand	*)	[illegible]	[illegible]
Frachttransporte	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Bankübertragungen	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Außenhandel	*)	[illegible]	[illegible]

*) Zahlen noch nicht verfügbar.

Nach Angaben des amerikanischen Amts für Arbeitsstatistik:

	1939 (in 1000)	1948 (in 1000)
Beschäftigte insgesamt	[illegible]	[illegible]
davon im Wehrdienst	[illegible]	[illegible]
In Zivilunternehmen Beschäftigte	[illegible]	[illegible]
davon in der Landwirtschaft	[illegible]	[illegible]
Selbständige oder im eigenen Betrieb Beschäftigte (außer Landwirtschaft)	[illegible]	[illegible]
Lohn- und Gehaltsempfänger (außer Landwirtschaft)	[illegible]	[illegible]
davon Industrie	[illegible]	[illegible]
Bergbau	[illegible]	[illegible]
Bauarbeiter	[illegible]	[illegible]
Transportwesen und öffentliche Betriebe	[illegible]	[illegible]
Handel	[illegible]	[illegible]
Finanzwesen	[illegible]	[illegible]
Dienstleistungsbetriebe	[illegible]	[illegible]
Staats- und Gemeindeangestellte	[illegible]	[illegible]

Für März 1949 wird die Zahl der Beschäftigten mit 57,65 Mill. und die der Arbeitslosen mit 3,17 Mill. angegeben.

Süddeutscher
Spinnweber-Verband G. m. b. H.
Stuttgart z. Zt. Wendlingen (Neckar)
Spinnereien
Webereien
Bleichereien
Färbereien
Druckerei

West-östliches Kräftepotential

Die Unterzeichnung des Atlantikpaktes durch die zwölf Signatarmächte, die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Kanada, Frankreich, Luxemburg, Belgien, die Niederlande, Italien, Portugal, Dänemark, Norwegen und Island, hat zwar den Riß, der die Welt in Westen und Osten scheidet deutlicher in Erscheinung treten lassen, doch gibt dieser Pakt einer friedliebenden Welt zweifellos ein erhöhtes Sicherheitsgefühl, denn es dürfte aggressiven Mächten schwerfallen, das Kräftepotential zu ignorieren, das in diesem Pakt seinen Ausdruck findet, und das nicht nur politische, sondern auch hohe wirtschaftliche Bedeutung hat. Schließlich ist der Atlantikpakt nur die Antwort auf den schon viel früher erfolgten Zusammenschluß der Ostblockstaaten der Sowjetunion, Ungarns, der Tschechoslowakei, Polens, Rumäniens und Bulgariens. Jugoslawien ist durch den Streit mit der Kominform aus diesem Bündnis praktisch ausgeschieden.

Den Atlantikpaktländern stehen in den Grundstoffindustrien, in der Eisen- und Stahlerzeugung sowie in der NE-Metallerzeugung Kraftquellen zur Verfügung, die den Ostblockstaaten heute und auf lange Zeit hinaus noch fehlen werden. Sie haben neben der politischen Bedeutung, wie schon erwähnt, auch eine rein wirtschaftliche Bedeutung, deren Wert sich in der kommenden Zeit bei einer engeren wirtschaftlichen Verflechtung, die ja durch den Marshallplan angestrebt wird, erweisen wird. Neben diesen beiden Mächtegruppierungen, die in weltanschaulicher Beziehung voneinander getrennt sind, steht die übrige Welt, die sich aus dem einen oder dem anderen Grund bisher noch nicht entschieden hat, die aber rohstoffwirtschaftlich ebenfalls ins Gewicht fällt, wobei es nicht zweifelhaft sein kann, wo im Fall eines Konfliktes Länder wie Australien, Südafrika, die lateinamerikanischen Länder und die restlichen westeuropäischen Staaten stehen werden, bzw. wem ihre Hilfsquellen zufließen werden. Das würde das Übergewicht der Atlantikpaktländer über die Ostblockstaaten in wirtschaftlicher Hinsicht noch bedeutend verstärken. Aber auch ohne diese Hilfe ist das wirtschaftliche Übergewicht der im Atlantikpakt zusammengeschlossenen Länder über die Ostblockstaaten in der Eisen- und Stahlerzeugung imponierend (in 1000 t):

1938	Atlantikpakt-Staaten	Ostblock-Staaten	Neutrale
Eisenerzförderung	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Roheisenerzeug.*)	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Rohstahlerzeug.*)	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Walzwerkerz.**)	[illegible]	[illegible]	[illegible]

*) 1947 **) 1948

Die kleinen Staaten des Ostblocks, deren wirtschaftliche Stärke vor dem Krieg auf landwirtschaftlichem Gebiet lag, hatten immer einen beträchtlichen Zuschußbedarf an Eisen- und Stahlerzeugnissen, Maschinen usw., und dieser Bedarf wird angesichts der Bestrebungen, die Industrie im Eiltempo aufzubauen, nach dem Krieg eher noch gewachsen sein. Die Sowjetunion hat zweifellos infolge ihrer Bemühungen, ihre Wirtschaft weiter zu industrialisieren und die Schäden des Krieges zu beseitigen, keinen Überschuß an Eisen und Stahl.

Von gleicher Bedeutung ist die Stärke der Atlantikpaktländer auf dem Gebiet der NE-Metallerzeugung. Das ergibt sich schon bei einem Vergleich für das Jahr 1938, der die ungewöhnliche Ausdehnung der Aluminiumerzeugung in den USA und in Kanada beispielsweise außer acht läßt, und auch die in den Kriegsjahren erreichten Höchsterzeugungen an Buntmetallen in den USA und zum Teil auch im englischen Weltreich nicht berücksichtigt. Besonders stark ist die Stellung der Atlantikpaktländer auf dem Gebiet der Kupfer- und Zinnerzeugung. Wenn bei Blei und Zink ein Defizit im ganzen 1938 vorhanden war, so wird dies reichlich durch die Erzeugung von Ländern ausgeglichen, die zwar dem Pakt noch nicht angehören, die aber wie Australien dem Verband des englischen Empire angehören, schon immer einen bedeutenden Blei- und Zinküberschuß hatten. Gerade die heute gewissermaßen noch als „neutral" zu bezeichnenden Gebiete der Erde verfügen über einen Überschuß an diesen beiden Metallen. Auf dem Gebiet der NE-Metalle lassen die Statistiken der Metallgesellschaft, Frankfurt am Main, für die Vorkriegszeit einen ziemlich genauen Einblick in die Erzeugungs- und Verbrauchsverhältnisse zu, die sehr eindeutig die Stärke der Atlantikpaktländer auf dem Gebiet der NE-Metallwirtschaft demonstrieren. Es ergibt sich danach für das Jahr 1938 folgendes Bild (in 1000 t):

	Atlantikpakt-Staaten	Ostblock-Staaten	Neutrale
Kupfer			
Bergw.-Erz.*)	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Hüttenerzeugung	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Rohkupferverbr.	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Raffinadek.-Erz.	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Raffinadek.-Verbr.	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Blei			
Bergw.-Erz.*)	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Hüttenerzeugung	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Verbrauch	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Zink			
Bergw.-Erz.*)	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Hüttenerzeugung	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Verbrauch	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Zinn			
Bergw.-Erz.*)	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Hüttenerzeugung	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Verbrauch	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Aluminium			
Bauxitförderung	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Hüttenerzeugung	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Verbrauch	[illegible]	[illegible]	[illegible]

*) Metallinhalt

Bei Kupfer ergab sich schon im Jahre 1938 sowohl in der Erzförderung, als auch in der Rohkupfergewinnung und in der Raffinadekupfererzeugung in den Ländern, die heute dem Atlantikpakt angehören, ein Überschuß, der damals zur Befriedigung des Kupferbedarfs der übrigen Welt diente. Hauptsächlich waren es die Vereinigten Staaten, Belgisch-Kongo, Rhodesien und Kanada, die diesen Überschuß stellten. In Blei hatten sowohl die Länder des heutigen Atlantikpaktes als auch des Ostblocks 1938 einen Zuschußbedarf, während Länder wie Australien, Mexiko, Jugoslawien und einige andere kleinere Gebiete den Bleiüberschuß der Welt stellten. Ähnlich lagen die Dinge beim Zink. Hier hatten die heutigen Atlantikpaktstaaten nur in der Bergwerkserzeugung einen Überschuß, während die heutigen Ostblockstaaten einen geringen Rohzinküberschuß hatten, der hauptsächlich auf Polen entfiel. Sowohl in der Erzförderung als auch in der Zinkhüttenerzeugung war in den Ländern, die heute außerhalb der beiden großen Mächtegruppen stehen, ein Überschuß vorhanden. In der Zinnerzeugung lag das Schwergewicht schon immer eindeutig im englischen und holländischen Kolonialreich in Ostasien. Daneben spielte Belgien mit den Vorkommen in Belgisch-Kongo und Bolivien, Nigerien, Siam, Französisch-Indochina und als Außenseiter des Zinnkartells China eine Rolle als Zinnproduzent. Obwohl die Vereinigten Staaten vor dem Krieg kein Zinn erzeugten, weil sie über keine eigenen Erzvorkommen verfügen, war im Bereich der heutigen Atlantikpaktstaaten ein Erzeugungsüberschuß vorhanden, während die heutigen Ostblockstaaten reine Zuschußgebiete waren. Außerhalb dieser beiden Gruppen war ein Erzüberschuß zu verzeichnen, der hauptsächlich in England und Deutschland verhüttet wurde. Selbst in Aluminium hatten die Atlantikpaktstaaten 1938 einen Erzeugungsüberschuß, so gering die Weltaluminiumerzeugung an sich auch war. Die übrige Welt war unterversorgt. Im einzelnen ergibt sich folgendes Bild:

Überschuß bzw. Zuschußbedarf (in 1000 t für 1938)

	Atlantikpakt-Staaten	Ostblock-Staaten	Neutrale
Kupfer			
Erz*)	+ [illegible]	— 1,6	— [illegible]
Rohkupfer	+ [illegible]	— [illegible]	— [illegible]
Raffinadekupfer	+ [illegible]	— [illegible]	— [illegible]
Blei			
Erz*)	— [illegible]	— [illegible]	+ [illegible]
Rohblei	— [illegible]	— [illegible]	— [illegible]
Zink			
Erz*)	+ [illegible]	— [illegible]	+ [illegible]
Rohzink	— [illegible]	+ [illegible]	+ [illegible]
Zinn			
Erz*)	— [illegible]	—	+ [illegible]
Rohzinn	+ [illegible]	— [illegible]	— [illegible]
Aluminium			
Rohaluminium	+ [illegible]	— [illegible]	— [illegible]

*) Metallinhalt

So eindrucksvoll diese Zahlen sind, so stellen sie doch nur einen Teil der tatsächlich latent vorhandenen Erzeugungskapazität dar. Während des letzten Krieges haben beispielsweise die USA allein im Jahre 1943 eine Rohkupferhüttenerzeugung von 1,2 Mill. t erreicht. Das waren 161% der Menge, die alle heute im Atlantikpakt zusammengeschlossenen Länder 1938 gewannen. Bei Blei waren 1942 immerhin mit 525 000 t rund 65%, bei Zink mit 850 000 t 107% und bei Aluminium mit 834 000 t sogar 290%. Dem haben die Ostblockstaaten, in denen sich der Krieg zum Teil abspielte, nichts Gleichwertiges entgegenzustellen, und die Tatsache, daß die Sowjetunion in den Kriegsjahren auf eine weitgehende Materialhilfe von seiten der Vereinigten Staaten und Englands angewiesen war, die auch Metalllieferungen umfaßte, läßt den Schluß zu, daß die Metallversorgung des Ostblocks noch auf lange Zeit prekär bleiben wird, wenn auch die Sowjetunion seit der Einstellung der Kampfhandlungen alle Anstrengungen gemacht hat, ihre Metallerzeugung zu forcieren.

Man braucht noch nicht einmal an die Leistungen der weiterverarbeitenden Industrien zu denken, für die eine entsprechende Rohstoffbasis überhaupt erst die Voraussetzung ist. Das in den Ländern des Atlantikpaktes und in ihren kolonialen Gebieten bzw. in den Gliedstaaten des britischen Empire zusammengeballte Rohstoffpotential allein müßte eigentlich ausreichen, jede aggressive Handlung zu unterbinden. Man kann zwar auf einer solchen Basis, wenn es nottut, eine entsprechende weiterverarbeitende Industrie aufbauen, doch ist das umgekehrte schwer vorstellbar.

Kunstfaserproduktion steigt

Der Geschäftsbericht des führenden italienischen Kunstseidenkonzerns, der Snia Viscosa in Mailand, für 1948 bringt folgende Angaben über die Kunstfaserwirtschaft der Welt.

Erzeugung	Kunstseide t	Zellwolle t
1938	[illegible]	[illegible]
1945	[illegible]	[illegible]
1946	[illegible]	[illegible]
1947	[illegible]	[illegible]
1948	[illegible]	[illegible]
Ausfuhr		
1938	[illegible]	[illegible]
1947	[illegible]	[illegible]
1948	[illegible]	[illegible]

Die Erneuerung der Anlagen ist in fast allen Produktionsländern in vollem Gange. In verschiedenen Ländern, namentlich in Ägypten, China, Kuba, Österreich und Polen, sind neue Werke entstanden; in Argentinien, China, Finnland, Indien, Kanada und Peru sind solche im Bau oder geplant. Über die Entwicklung in Westeuropa gibt der Bericht folgende Daten:

	Kunstseide 1937	Kunstseide 1947	Kunstseide 1948	Zellwolle 1937	Zellwolle 1947	Zellwolle 1948
Erzeugung	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Ausfuhr	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Einfuhr	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Verbrauch	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]

Der jährliche Kunstfaserverbrauch je Einwohner hat in den letzten zehn Jahren in den meisten Ländern — außer denen, die den Krieg verloren — zugenommen:

	Kunstfaserverbrauch je Einwohner in kg 1938	1948
Belgien	[illegible]	[illegible]
Deutschland	[illegible]	[illegible]
Frankreich	[illegible]	[illegible]
Großbritannien	[illegible]	[illegible]
Italien	[illegible]	[illegible]
Japan	[illegible]	[illegible]
Kanada	[illegible]	[illegible]
Schweiz	[illegible]	[illegible]
USA	[illegible]	[illegible]

Schließlich bietet der Snia Viscosa-Bericht eine vergleichende Übersicht über den Anteil der wichtigsten Spinnstoffe am gesamten Spinnstoffverbrauch der Welt:

Weltverbrauch	Baumwolle 1000 t	%	Wolle 1000 t	%	Seide 1000 t	%	Kunstfas. 1000 t	%
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
1947	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
1948	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]

Leipziger Messe
Seit 700 Jahren
universal u. international
28. August bis 2. Sept. 1949
Auskünfte erteilt die zuständige Industrie- und Handelskammer oder die Handwerkskammer

Frankreich: Die Eisenbahnen sind zu sanieren

Wie die meisten Eisenbahnen der Welt stehen auch die französischen in einem Existenzkampf. In Frankreich bestehen seit dem Jahre 1936 nur Staatsbahnen, da die Privatbahnen schon in diesem Jahre in den Besitz der Nationalen Eisenbahngesellschaft, die „Société Nationale des Chemins de Fer Français" (S.N.C.F.) übergeführt wurden. Nach dem Kriege verursachte die Wiederherstellung des Eisenbahnverkehrs ungeheure Schwierigkeiten, deren Überwindung gewaltige Anforderungen an die technische Leitung stellte. Es gelang, der Schwierigkeiten in verhältnismäßig kurzer Zeit Herr zu werden, und die Leistung der französischen Eisenbahnen übertrifft heute den Vorkriegsstand um ungefähr ein Drittel. Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit des Eisenbahnverkehrs sind vorbildlich.

Dieser günstigen Beurteilung der rein technischen Entwicklung ist bedauerlicherweise keine ebenso vorteilhafte im Hinblick auf den wirtschaftlichen Stand der so wichtigen Verkehrseinrichtung gegenüberzustellen. Um den Wiederaufbau rasch fortschreiten zu lassen, wurden der Eisenbahnverwaltung alle erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt. Auch bei der Zuteilung von Baumaterialien, bei den Importen und bei jeder anderen Gelegenheit genossen die Eisenbahnen jede mögliche Bevorzugung. Wie sich herausstellte, haben diese günstigen Voraussetzungen sich jedoch insofern ungünstig ausgewirkt, als sie ein überdimensioniertes Eisenbahnwesen entstehen ließen, das an Wirtschaftlichkeit zu wünschen übrig läßt. Die Defizite sind chronisch geworden und es ist jetzt zu einer nicht mehr abzuweisenden aber überaus schwierigen Aufgabe geworden, die Entwicklung wieder in gesunde Bahnen zurückzuführen. Die Inflation hat zwar dafür gesorgt, daß gewisse Belastungen — Aktien und Obligationen — der Eisenbahnen beträchtlich entwertet wurden und in der Betriebsrechnung kaum noch als nachteilig ins Gewicht fallend empfunden werden. Die Krise durch die die französischen Eisenbahnen hindurchzufinden haben, ist jedoch schon so schwer, daß ihnen allein hierdurch die Rentabilität noch nicht wieder sichergestellt werden konnte.

Die französische Regierung hat schon im Frühjahr 1948 einen Untersuchungsausschuß eingesetzt, der die Lage bei den Eisenbahnen prüfen und geeignete Verbesserungsvorschläge unterbreiten sollte. Das Ergebnis der Untersuchung liegt jetzt vor. Es werden von dem Ausschuß einschneidende Reformen vorgeschlagen. Sie betreffen die Statuten der S.N.C.F., die zwar kleinliche aber nicht sehr wirksame behördliche Kontrolle, die Organisation der Betriebsverwaltung und die Rechnungslegung. Nachdrücklich wird vor allem auf die allzu kostspielige Betriebsführung hingewiesen. Die Zahl der bei den Eisenbahnen Beschäftigten betrug

im Jahre 1929	508 000
1935	425 000
1938	500 000
1947	480 000

Nach Ansicht des Untersuchungsausschusses könnte dieser Personalstand um 80 000 herabgesetzt werden, ohne daß der Betrieb dadurch beeinträchtigt würde. Das Zuviel an Personal soll vor allem bei den reinen Verwaltungsbeamten, deren Zahl um 27,7% auf 45 000 gestiegen ist, festzustellen sein. Gegen früher nur 5700 Personen, die vor der Verstaatlichung in den Zentraldirektionen der alten Gesellschaften beschäftig, waren, sind in der Zentraldirektion zur Zeit 9500 Personen tätig.

Die Aufwendungen für das Personal verschlingen nicht weniger als 60% der gesamten Betriebsausgaben. Soziale Lasten und sonstige Aufwendungen zugunsten des Personals erreichen 63,3% der Ausgaben für Löhne und Gehälter, während sie in der Privatindustrie nur 43—50% betragen. Die Ruhegehälter belaufen sich auf 25% der Lohnsumme und stellen damit ebenfalls eine starke Belastung dar. Von dem Ausschuß wird ein entsprechender Abbau von Verwaltungsbeamten, Zurückhaltung bei Neueinstellungen und Hinaufsetzung des Pensionsalters von gegenwärtig 55 Jahren empfohlen.

Als weitere Ursachen der unzureichenden Wirtschaftlichkeit bezeichnet der Ausschuß mangelnde Zusammenarbeit zwischen den Eisenbahnen und den Transporteinrichtungen der Straße und unrentable Eisenbahnstrecken, die nicht mehr zu betreiben seien. Der internen Sanierung der S.N.C.F., die beseitigen soll, was sich wie bei anderen Staatsbetrieben so auch bei den Eisenbahnen als Fehlentwicklung erwiesen hat, soll sich eine Reorganisation der gesamten Verkehrswirtschaft anschließen. Die letzte Erhöhung der Eisenbahntarife hatte den Verkehr zum Teil auf die Straße abwandern lassen. Die dadurch verminderten Einnahmen der Eisenbahnen ließen ein bedeutendes Defizit entstehen und dieses vor allem veranlaßte die Regierung an durchgreifende Maßnahmen zu denken. Der Anfang wurde mit der Ernennung Pierre Tissiers, bisher Inhaber eines höheren Postens im Finanzministerium zum Präsidenten der S.N.C.F. gemacht. Schon soll sich aber der Generaldirektor Lemaître, an dessen Stelle ebenfalls ein neuer Mann gesetzt werden soll, geweigert haben, freiwillig zurückzutreten, was bereits zu Protesten einiger Gewerkschaften Anlaß geboten hat.

Ausfuhraufträge

Die französische Lokomotiv- und Waggon-Industrie hat zur Zeit einen ansehnlichen Bestand von Ausfuhraufträgen: 10 Lokomotiven für Ägypten, Lieferwerk: Soc. Alsacienne de Constr. Méc.; 90 Lokomotiven für Brasilien, Lieferwerk: Soc. Alsacienne de Constr. Méc.; 18 Waggons für Luxemburg, Lieferwerk: Dietrich; 6 Waggons für Luxemburg, Lieferwerk: Decauville; 10 Waggons für Spanien, Lieferwerk: Renault; 100 Waggons für Spanien, Lieferwerk: vier verschiedene Werke.

Rüstungsgutverwertung

Die Société Nationale de Vente des Surplus (SNVS) in Paris, das französische Gegenstück zur STEG, wird am 15. Oktober aufgelöst. Von den 2 Millionen t Gütern, darunter 120 000 Kraftfahrzeuge, vor allem amerikanischen Ursprungs, sind bereits 92 Prozent verkauft. Von den 85 Lägern wurden 76 geschlossen; im Oktober werden höchstens noch 5 in Betrieb sein.

Der Umsatz der SNVS wird bis zum Stichtag auf 73 Milliarden geschätzt. Der Erlös aus Ausfuhren war verhältnismäßig gering (1,3 Milliarden ffr). Der Gewinn für die Staatskasse wird sich wahrscheinlich auf 45% des Einkaufspreises belaufen. Die der Gesellschaft zugebilligte Provision von 10% wird nicht voll in Anspruch genommen.

Aufsteigendes Le Havre

Obwohl für die Beseitigung der Kriegsschäden in Le Havre erst wenig mehr als die Hälfte der für die Wiederherstellung nötigen Mittel ausgegeben wurde, hat der Umschlag bereits den Stand von 1938 übertroffen; Le Havre ist damit an die zweite Stelle der französischen Häfen hinter Marseille gerückt; es kann auch die neuen Großtanker von 26 000 dwt der Standard Oil aufnehmen.

Entwicklung des Umschlags:

	Monatsleistung Umschlag 1000 t	Jahresleistung Umschlag 1000 t	Verkehr 1000 NRT
Januar 1945	0,6	.	.
Juli 1945	122	.	.
Mai 1946	315	.	.
1947	618 (Okt.)	6 904	.
1948	—	11 307	17 371
davon Ein		7 700	8 771
Aus		3 607	8 600

Gezeitenkraftwerke

In Frankreich gewinnt der Bau von Gezeitenkraftwerken in den dafür günstigen Küsten- und Mündungsgebieten an Bedeutung. In trichterförmigen Buchten mit sanftem Küstenabfall, wo die Flutwelle besonders hoch ist, sind die besten Voraussetzungen gegeben. Der größte Nutzeffekt wird erreicht, wenn die Kraftmaschinen durch das während der Flut in das Staubecken einströmende und bei Ebbe ausströmende Wasser angetrieben werden; im allgemeinen kann man dabei ein Drittel der Naturenergie nutzbar machen. Ein Vorteil gegenüber der Energiegewinnung aus Flüssen ist, daß die jährliche Energiemenge, abgesehen von der täglichen Schwankung, konstant bleibt. Die wichtigsten französischen Projekte sind folgende:

	Höhe der Flutwelle m	Beckenoberfläche qkm	Jährliche Naturenergie Mill. kWh
Lorient	4,1	16	244
Brest	6,4	85	[illegible]
Aber-Benoît	7,4	3	119
Rance-Mündung	12,4	38	3 600
Arguenon-Lancieux	11,6	19	[illegible]
Rothéneuf	11,5	1	116
Mont Saint-Michel	12,0	500	50 000
Somme-Mündung	8,3	60	3 940

Wie hieraus ersichtlich, sind fast alle bretonischen Flußmündungen für die Anlage von Flutkraftwerken sehr geeignet. Als dringlich ist die Nutzbarmachung der Gezeitenkraft an der Mündung der Rance oberhalb von Dinan und Saint-Servan in Aussicht genommen; dort könnten 3 Prozent der französischen Gesamtproduktion erzeugt werden. Das zweite größere Vorhaben sieht einen 15 km langen Damm zwischen Cancale und der Inselgruppe Chausey in der Bucht von St. Michel vor, der ein Becken von 500 qkm schaffen würde. Hier sollen mit 3 Mill. kW installierter Leistung jährlich etwa 15 Milliarden kWh gewonnen werden, was etwa der gesamten französischen Wasserkraftausnutzung von heute entspricht. Dieses Vorhaben soll allerdings erst dann verwirklicht werden, wenn das Rance-Werk praktische Ergebnisse gezeitigt hat.

Abschluß der Alsthom

Die Société Générale de Constructions Electriques et Mécaniques „Alsthom" in Paris, gemeinsame Tochtergesellschaft der französischen Thomson-Houston und der Soc. Alsacienne de Constructions Mécaniques, die sich namentlich mit der Herstellung von Starkstrommaterial befaßt, weist für 1948 nach 340 Mill. ffr (1947: 125 Mill.) Abschreibungen einen Reingewinn von 156,8 Mill. ffr (83,8) aus; Dividendenvorschlag: 90 ffr (50) Dividende je Aktie. Das Aktienkapital wurde aus der Aufwertungsreserve unter Erhöhung des Aktien-Nennwertes von 475 auf 900 ffr auf 1112 Mill. ffr (586,9) erhöht.

Handelsverkehr mit Österreich

In Paris wurde ein Protokoll unterzeichnet, das eine erhebliche Ausweitung des Handelsverkehrs zwischen Österreich und Frankreich vorsieht. Die französische Ausfuhr nach Österreich soll auf etwa 8 Mrd. ffr gesteigert werden. Im Vordergrunde stehen landwirtschaftliche Erzeugnisse, Chemikalien, Fensterglas und Textilwaren, wogegen Österreich Papier, Stickstoffdünger und Spezialstahl liefert.

Gold, Diamanten, Blei

Im Jahre 1947 wurden in Französisch Äquatorialafrika 3182 kg Gold, 107 000 Karat Diamanten und 5200 t Blei gewonnen. Wie der Generalgouverneur ausführte, soll die Goldgewinnung im Zehnjahrprogramm auf 15 t gesteigert werden.

Finnlands passive Handelsbilanz

Warenverkehr mit Deutschland entspricht nicht dem Bedarf

Der durch den Krieg verursachte Kapazitätsverlust der wichtigen holzverarbeitenden Industrie einschließlich der Zellulose- und Zellwollfabriken betrug 150 000 stds Schnittholz, 40 000 cbm Sperrholz und 300 000 t Zellulose. Durch die Errichtung neuer und die Erweiterung vorhandener Betriebe wurde diese Einbuße weitgehend ausgeglichen. Die metallverarbeitende Industrie, die früher eine verhältnismäßig geringe Rolle spielte, ist bedeutend ausgebaut worden, teils um den Reparationsleistungen zu genügen, teils um den heimischen Markt besser zu versorgen. Die im Friedensvertrag auf 350 Mill. $ bemessene Wiedergutmachung ist heute bereits zu sieben Zehnteln durch Warenlieferungen erfüllt, und 1952 wird das Land voraussichtlich dieser Schuld ledig sein. Es verbleibt dann der Tilgungsdienst der rund 332 Mill. $ Auslandsanleihen, die namentlich die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Argentinien in den letzten Jahren gewährten. Die guten Preise, die Finnland in den ersten Jahren nach dem Kriege auf den europäischen und überseeischen Märkten für seine Hauptausfuhrgüter, Holzwaren, Zellulose und Papier erzielte, sind der wirtschaftlichen Entwicklung zustatten gekommen.

Auch auf dem Gebiete der Landwirtschaft sind, begünstigt durch die gute Ernte im letzten Jahr, höhere Erträge erreicht worden, so daß heute fast alle Nahrungsmittel frei, allerdings zu hohen Preisen, käuflich sind. Finnland konnte sogar wieder die ersten 2000 t Schweinefleisch und ansehnliche Mengen Käse ausführen, und wenn es noch keine Eier ausgeführt hat, so liegt dies nur an den gesunkenen Eierpreisen im Ausland.

Gegenwärtig ist eine gewisse Stockung im Absatz von Schnittholz, Sperrholz, Zellulose und Papier eingetreten, da die finnischen Preise für die heutige Weltmarktlage zu hoch sind; Großbritannien hat z.B. für die für Verschiffung 1949 abgeschlossenen 185 000 stds Schnittholz noch keine Festnotierungen bewilligt. Eine Devalvierung der Finnmark wird nicht erwogen, aber man ist sich in finnischen Wirtschaftskreisen durchaus der Gefahren bewußt, die dem Binnenmarkt von der Ausfuhrseite her drohen.

Die Ausfuhr erreichte 1948 einen Wert von 56,5 Mrd. Fmk bei einem Einfuhrwert von 66,4 Mrd. Fmk. Hauptausfuhrländer waren Großbritannien mit 28, die Sowjetunion (freie Ausfuhr) mit 15, die Vereinigten Staaten mit 10, die Niederlande mit 7 und Dänemark, Frankreich und Schweden mit je 5 bis 8 Prozent des Gesamtwertes. Die Einfuhr verteilte sich auf die wichtigsten Lieferländer wie folgt: Großbritannien 25, Sowjetunion 13, Vereinigte Staaten 13 und Dänemark, Polen, die Niederlande und Frankreich je 6 bis 8 Prozent.

Deutschlands Anteil an der Einfuhr — vor dem Kriege etwa 19 Prozent — betrug nur 0,6 Prozent und bei der Ausfuhr rund 0,9 Prozent, wobei allerdings nur die Westzonen statistisch erfaßt sind. Das erste Abkommen mit der Doppelzone, das 1947 abgeschlossen wurde, regelte einen Warenaustausch im Werte von 4 Mill. $ in beiden Richtungen; das für den diesjährigen Warenaustausch abgeschlossene Abkommen zwischen Finnland und den Westzonen legt Wertgrenzen von 9,6 Millionen Dollar für beide Partner fest. Die Einfuhrlizenzen wurden finnischerseits anfänglich großzügig erteilt, so daß heute bereits ein Saldo von etwa 4,5 Mill. $ zugunsten der Westzonen besteht. Die finnischen Gegenlieferungen sind etwas ins Stokken geraten; das liegt zum Teil an den finnischen Preisforderungen, ist aber auch, namentlich bei Holzerzeugnissen, jahreszeitlich bedingt. Leider besteht mit Finnland noch kein Schiffahrtsabkommen; so daß deutsche Schiffe erhöhte Abgaben bezahlen müssen.

Der Handelsvertrag mit der sowjetischen Besatzungszone sieht ebenfalls Wertgrenzen in Dollar vor, und zwar nach der Vereinbarung im vorigen Herbst insgesamt 6,5 Mill. $, doch werden darüber hinaus ansehnliche Geschäfte auf dem Kompensationswege abgewickelt.

Vertreter der finnischen Wirtschaft und ihrer Organisationen betonen, daß der jetzige Warenverkehr mit Deutschland dem tatsächlichen Bedarf nicht entspricht. Ein Rundgang durch die Finnische Messe zeigte indes, daß Finnland heute viele Waren, die es früher einführte, selber erzeugt; besonders auf dem Gebiet der Metallindustrie, die seit der Kapitulation ihre Kapazität um das Zweieinhalbfache erweitert hat. Im vergangenen Jahr war z.B. die Roheisenerzeugung um 69 000 t = 36 Prozent größer als im Jahr zuvor; die Gießereien lieferten 108 000 t = 43 Prozent, und die Herstellung von Walzwerkserzeugnissen war mit 603 000 t ein Viertel höher als im Jahre 1947.

Finnische Messe

Folgende Erzeugnisse, die Finnland vor dem Kriege hauptsächlich aus Deutschland bezogen hatte, fielen in den geschmackvoll ausgestatteten Messeständen der finnischen Hersteller besonders auf:

Akkumulatoren, Höhensonnen, Anlagen für Kraftstationen, Badewannen, Bäckereimaschinen, Bakelitartikel, Elektroinstallationsmaterial, Autozubehör, -ersatzteile und -werkzeuge, Bohrer und Bohrmaschinen, Feuerlöschgeräte, Schrauben, Muttern, Bolzen, Baumaschinen, Zentrifugen, Fahrradteile, Staubsauger, elektrische Apparate, Elektromaschinen, elektrische Uhren, Thermosflaschen, Fensterglas, Fräsmaschinen, Beschläge aller Art, Nähmaschinen (Fa. Tikakoski O/Y), künstliche Augen, Globen, Grammophonmechaniken, Schiffsrundfunkgeräte, Gießereimaschinen, Gardinen- und Möbelstoffe, Warmwasserbereiter, Haushaltsartikel aller Art, Labor- und Krankenhausartikel, feinmechanische Meß- und andere Instrumente, Knöpfe, Kompressoren, Kondensatoren, Müllereimaschinen, Ketten, Vervielfältigungsmaschinen, Elektromotoren über 30 PS, Lichtkopiermaschinen, Magnete, Mikrophone, Meßgeräte, plastische Massen und Bearbeitungsmaschinen dafür, Zahnräder, Rollenlager, Pumpen, Rundfunkgeräte (stark entwickelte Produktion), Radiatoren, Zeichenmaschinen und -tische, Reißstifte, Spiegelglas, Spritzpistolen, Sterilisatoren, Stahlkabel, technische und hygienische Gummiwaren aller Art, Fernsprechapparate und -zentralen, Druckknöpfe, Waschmaschinen, Wasser- und Gasarmaturen usw. Zum erstenmal wurden finnische Spinnerei- und Webereimaschinen, Tauchergeräte, gipsüberzogene Bauplatten und eine Spezialholzbearbeitungsmaschine gezeigt, die 18 Arbeitsgänge ausführen kann.

Manche dieser Erzeugnisse werden im Zusammenhang mit Reparationslieferungen hergestellt und können sich vielleicht späterhin nicht behaupten. Die Interessengemeinschaft der Metallwarenindustrie METEX in Helsinki betreibt jedoch schon jetzt eingehende Marktanalysen, um das Erzeugungsprogramm zu gegebener Zeit entsprechend umlegen zu können. Jedenfalls gibt es in Finnland noch gute Absatzmöglichkeiten für deutsche Spezialmaschinen, Chemikalien, Farben, Textilwaren, medizinische, optische und sonstige Apparate und Instrumente, ganz abgesehen von Kohle und Koks. Die verstärkte Industrialisierung hat eben auch hier einen vielseitigen neuen Bedarf geschaffen.

Wie das französische Außenministerium bekanntgab, wurde Anfang Mai in Paris ein neues Handelsabkommen mit Finnland unterzeichnet. Das Abkommen gilt für ein Jahr und sieht einen Warenaustausch von beiderseits 11 Milliarden ffr vor, was gegenüber dem vorhergehenden Abkommen eine Verdoppelung bedeutet.

Der feste Bezug

unserer interessanten Wochenzeitung

zum Monatsbezugspreis von nur DM. 2.—

bietet Ihnen die meisten Vorteile

Bitte senden Sie uns den Bestellschein als Drucksache oder auch unfrankiert zu.

Bitte hier ausschneiden!

An die „WIRTSCHAFTSREVUE" Karlsruhe
Karlsruher Büro Veilchenstraße 35

Bestellschein

Liefern Sie mir / uns die

„WIRTSCHAFTSREVUE"

Unabhängige Europäische Wochenschrift

ab ______ 1949 durch die Post / unter Streifband

zum Monatsbezugspreis von DM 2.—

zuzügl. Postzustellgebühr oder Porto

Name / Firma ______

Beruf / Branche ______

Ort und Straße ______

(Datum) ______ ______ (Unterschrift)

Afrika-Kupfer holt auf

Die afrikanische Kupferindustrie hat nicht, wie vielfach angenommen wurde, während des Krieges eine außergewöhnliche Konjunktur gehabt. In weit höherem Maße als Afrika ist der Kriegsboom der nordamerikanischen und südamerikanischen Kupfererzeugung zugute gekommen. Dafür erwies sich die afrikanische Erzeugung gegenüber dem Produktionsrückgang nach dem Krieg ziemlich widerstandsfähig, und jetzt scheint der Moment gekommen zu sein, wo die Chancen für das afrikanische Kupfer bei weichenden Kupferpreisen steigen. Die hohen Cu-Gehalte der afrikanischen Erze und die niedrigen Abbaukosten infolge der Verwendung von Eingeborenenarbeit verschaffen dem afrikanischen Kupfer am Weltmarkt eine außerordentlich starke Stellung auch in Zeiten niedriger Kupferpreise, die man für die kommenden Monate erwarten kann.

Afrika, das über ein gutes Drittel der bekannten Kupfererzreserven der Welt verfügt, die sich in Rhodesien und Belgisch-Kongo konzentrieren, hat vor dem ersten Weltkrieg kaum eine Rolle in der Weltkupferwirtschaft gespielt. Zwischen beiden Kriegen aber wurde das afrikanische Kupfer schon zu einem beachtlichen Faktor, und der letzte Krieg hat ihm unzweifelhaft die Möglichkeit verschafft, in Zukunft eine dominierende Stellung einzunehmen. Wie sich die afrikanische Kupfererzeugung in den beiden wichtigsten Erzeugungsgebieten in den Kriegsjahren entwickelt hat, zeigt die nachstehende Zusammenstellung: (in sh/t)

	Rhodesien	Belg.-Kongo
1938	242 000	138 000
1940	291 534	164 054
1941	258 417	178 757
1942	279 859	182 916
1943	276 855	172 898
1944	246 498	182 415
1945	215 579	176 600
1946	204 932	158 400
1947	220 000	168 000
1948	237 000	*

Es ist interessant, festzustellen, daß die Erzeugung in Belgisch-Kongo 1947 um rund 23% höher lag als 1938, während die Erzeugung in Rhodesien um etwa 2% darunter lag.

Kupferreiches Rhodesien

Rhodesien verfügt über die weitaus größten Kupferreserven Afrikas, die auf 650 Mill. t Erz mit einem Reinkupfergehalt von etwa 25 Mill. t geschätzt werden. Trotzdem hat Rhodesien erst nach dem ersten Weltkrieg angefangen, eine Rolle in der Kupfererzeugung zu spielen. 1930 wurden die ersten 7000 t Kupferinhalt gefördert. Von da ab stieg die Erzeugung aber steil an und erreichte 1938 einen Kupferinhalt von 216 300 t. Die rhodesischen Erze sind mit einem Cu-Gehalt von durchschnittlich 4% ebenso wie die kongolesischen Erze, die noch höhere Gehalte aufweisen, den nordamerikanischen Erzen weit überlegen. Abgesehen von den dadurch bedingten niedrigen Abbaukosten in der Erzförderung, wirkt sich die Erzeugung vom Erz bis zum Raffinadekupfer an Ort und Stelle kostensparend aus. Wenn die rhodesischen Erzeuger unter diesen Umständen keinen größeren Nutzen aus der Kriegskonjunktur ziehen konnten, so deshalb, weil die englische Regierung im Krieg die Ankäufe rhodesischen Kupfers eingeschränkt hatte. Vielleicht hat der Umstand, daß auch amerikanisches Kapital im rhodesischen Kupfererzbergbau über die im Jahre 1928 gegründete „Rhodesian Anglo-American Ltd.", eine Tochtergesellschaft der „Anglo-American Corporation of South Africa Ltd" tätig ist, bei diesem Entschluß der englischen Regierung eine Rolle gespielt. Diese amerikanische Gesellschaft hält bedeutende Anteile der englischen Kupfergesellschaften „Rhokana", „Nchanga", „Mufulira" und ist darüber hinaus auch an der „Rhodesia Broken Hill Development Co. Ltd", dem bekannten Blei-, Zink- und Vanadiumerzeuger, beteiligt. Es erfolgte aber trotzdem schon während des Krieges ein Ausbau der Anlagen im Hinblick auf die Nachkriegszeit, der nach Beendigung des Krieges, allerdings unter gewissen Nachkriegsschwierigkeiten, vor sich geht. Er läßt erwarten, daß sich die rhodesische Kupfererzeugung in der kommenden Zeit beträchtlich steigern wird.

Katanga-Kupfer

Das Katangagebiet in Belgisch-Kongo hat zwar schon vor dem ersten Weltkrieg Kupfer erzeugt, doch waren die Mengen — etwa 10 000 t im Jahr — sehr gering. Nach 1918 erfolgte jedoch ein schneller Anstieg der Produktion bis auf 120 000 im Jahre 1931. Eine neue Erzeugungsspitze wurde 1937 mit rund 166 000 t erreicht. In der folgenden Weltwirtschaftskrise ging die Erzeugung zwar zurück, doch hat der letzte Krieg der Erzeugung im Katanga-Gebiet einen neuen Auftrieb gegeben. Die Leistungsfähigkeit der Kupferhütten der „Union Minière du Haut Katanga" dürfte heute bei mindestens 200 000 t im Jahr liegen. Die Kongoerze sind noch reicher als die rhodesischen. Sie enthalten im Durchschnitt 6,41% Cu und der Gehalt steigt teilweise bis auf 12%. Die Erze können direkt auf Kupferstein verschmolzen werden, und selbst die ärmeren Erze sind im Vergleich zu den amerikanischen immer noch als sehr hochwertig zu bezeichnen. Sie werden im Schwimmverfahren angereichert und dann verschmolzen. Die Erzreserven des Katangagebietes werden auf rund 80 Mill. t mit einem Reinkupferinhalt von rund 5 Mill. t geschätzt. Von den 60 bekannten Vorkommen im Katangagebiet werden vorläufig erst 10 abgebaut, so daß eine sehr beträchtliche latente Förderkapazität vorhanden ist. Da die Erze zum großen Teil im Tagebau gewonnen werden, sind die Förderkosten außerordentlich niedrig.

Der deutsche Kunde fehlt

Seit dem Ende des Krieges fließt der größte Teil der belgischen Zinnerzeugung nach den Vereinigten Staaten und auch nach Kanada. Aber auch das belgische Kupfer hat seinen wichtigsten Markt, Deutschland, durch den Krieg verloren. Das Kongo-Uran geht gleichfalls nach den USA, die für alle diese Einfuhren nur mit Waren vom Luxusauto bis zum Nylonstrumpf zahlen. So bietet Belgien in der Nachkriegszeit das Bild eines reichen Landes, dem jedoch die Sorgen nicht erspart bleiben. Es werden allmählich Absatzsorgen, denn die Metallkonjunktur der Nachkriegszeit in den Vereinigten Staaten scheint sich ihrem Ende zu nähern. Unter diesen Umständen setzt Belgien alle Hoffnungen auf eine Wiederbelebung des Handels mit Deutschland unter dem Marshall-Plan, denn der belgische Franc gehört zu den harten Währungen, die in Europa knapp sind. Nicht zuletzt denkt man daran, sich ein sicheres Absatzgebiet für das ständig aus dem Kongogebiet hereinströmende Rohkupfer zu sichern, weil bei dem geringen Eigenbedarf des Mutterlandes der größte Teil der Erzeugung auf den Exportmarkt abgedrängt wird. Mehr noch als das rhodesische Kupfer, das den englischen Markt hat, ist das Katangakupfer auf die Sicherung eines Absatzmarktes angewiesen. Deutschland stand im Jahre 1939 bei einer belgischen Kupferausfuhr von 35 888 t mit 22 337 t an erster Stelle. Nach 1933 verlagerten sich die deutschen Einfuhren zwar nach Rhodesien, Chile, den USA und Kanada, doch bezog Deutschland im Jahre 1939 immerhin noch 45 863 t Kupfer aus Belgien und Belgisch-Kongo. Das waren rund 29% der belgischen Kupferausfuhr. Das gleiche gilt übrigens für Zinn. Die verständnisvolle Haltung der belgischen Regierung in der Grenzfrage war offenbar auch von dem Wunsch bestimmt, wirtschaftlich mit dem deutschen Nachbarn wieder in Kontakt zu kommen. Deutschland kann für die Folge sicher einen beträchtlichen Teil des belgischen Kupferüberschusses aufnehmen, selbst wenn, was zu erwarten ist, die Erzeugung in Belgisch-Kongo in der kommenden Zeit steigt.

Die afrikanische Gefahr

Zweifellos bilden die im Herzen Afrikas, in Rhodesien und im Katangagebiet lagernden größten zusammenhängenden Kupfererzreserven der Erde, die zudem mit außerordentlich niedrigen Kosten gewonnen werden können, eine große Gefahr für die amerikanische Kupferindustrie in dem Augenblick, wenn die Kupferpreise unter einen bestimmten Stand sinken. Die afrikanische Kupfererzeugung hatte 1932 rund 61% der nordamerikanischen betragen. Sie war bis 1938 auf 71,3% gestiegen. Wenn sie sich bis 1947 auf etwa 40% verringert hat, so war dies nur eine Folge der im Krieg außerordentlich gestiegenen subventionierten Erzeugung in USA, die sich in der Nachkriegszeit infolge des Kupferhungers in USA behaupten konnte. Entsprechend betrug der afrikanische Anteil an der Weltkupfererzeugung 1932 15,65%, 1938 18% und 1947 17,4%. Er hat sich also im Weltmaßstab einigermaßen behaupten können. Man kann annehmen, daß sich das amerikanische Kupferkapital in der kommenden Zeit noch mehr als bisher für das afrikanische Kupfer interessieren wird, besonders, wenn die Erzeugung steigt, und damit zu einer realen Gefahr für das nordamerikanische Kupfer am Weltmarkt wird, denn auch die amerikanische Produktionskapazität ist weitaus höher als der normale Bedarf der USA-Industrie. Die Rivalität zwischen dem USA-Kupfer und dem afrikanischen Kupfer wird erst dann deutlicher in Erscheinung treten, wenn die gegenwärtig überhöhten Preise der Vergangenheit angehören.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Deutsche Gesellschaften

Papier- und Zellstoffwerke AG.

Die Papier- u. Zellstoffwerke AG., Ettlingen-Maxau, legt die Berichte über die fünf letzten Geschäftsjahre bis 1947/48 vor. Das Zellstoffwerk Maxau erlitt 1945 erhebliche Schäden und mußte stillgelegt werden. Später wurden die Beschädigungen durch Artilleriebeschuß noch vergrößert. Die Wiederaufbauarbeiten setzten bereits Mitte 1945 wieder ein. Im November 1946 konnte die Fertigung wieder aufgenommen werden. Zunächst stand eine Teilkapazität von 38 Proz. zur Verfügung, die sich im letzten Geschäftsjahr noch steigerte. Bis 21. 3. 1948 wurden für den Wiederaufbau in Maxau 1,71 Mill. RM aufgewendet und voll aktiviert. Die Papierfabrik in Ettlingen kam nach dem Zusammenbruch in erster Linie wegen Kohlenmangel erst Ende des Jahres 1945 mit einer kleinen Produktion wieder in Betrieb. Bis Oktober 1946 wurde die Produktion auf 50 Proz. der Kapazitätsausnutzung und später weiter gesteigert.

Der Rohüberschuß betrug 1944/45 1,37 Mill., in den folgenden Jahren 0,32, sowie 0,87 und erhöhte sich 47/48 wieder auf 2,12 Mill. RM. Die letzte Dividende von 6 Proz. wurde 43/44 auf 4,2 Mill. Grundkapital verteilt. Durch den erstmaligen Gewinn in 1947/48 von 0,62 Mill. RM verminderte sich der Verlustvortrag aus den Vorjahren auf 0,18 Mill. RM. Die Bilanz zum 21. 3. 1948 verzeichnet (in Mill. RM) die Anlagen mit 3,96 (i. V. 2,43); Vorräte 1,89 (0,73); Wertpapiere 0,08 (unv.); Warenforderungen 0,32 (0,30); sonstige Forderungen einschl. Kriegsschäden 3,74 (3,17). Denen stehen (unv.) 3,36 Rücklagen für Ersatzbeschaffungen gegenüber, ferner (unv.) 0,03 Rücklagen, 1,21 (0,51) Wertberichtigungen u. Rückstellungen 0,38 (0,56), Warenschulden und 0,26 (0,16) Bankschulden. Bilanzsumme 9,86 (8,27).

Atlas AGO

Die Atlas AGO Chemische Fabrik AG in Mölkau bei Leipzig hat ihren Sitz nach Frankfurt/M. verlegt. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung und der Vertrieb chemischer und technischer Erzeugnisse insbesondere für die Schuhfabrikation. Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt 1 000 000 RM.

Westfälische Draht-Industrie

Die HV der Westfälisch. Draht-Industrie AG. in Hamm beschloß, den noch bis 1951 laufenden Interessengemeinschaftsvertrag mit der Fried. Krupp AG. in Essen vorzeitig zu lösen, so daß das Unternehmen seine völlige Selbständigkeit wieder erhält. Die Gesellschaft nutzt zur Zeit ihre Kapazität zu etwa zwei Dritteln; die bisher von der Demontage bedrohten Anlagen bleiben ihr erhalten.

Gebrüder Stollwerck AG.

Im Geschäftsjahr 1947/48 der Firma Gebrüder Stollwerck AG., Köln, konnte die gegen Ende des Vorjahres wieder aufgenommene Zuckerwarenfabrikation fortgeführt und gesteigert werden. Weitere Fabrikationsabteilungen konnten nach Wiederinstandsetzung in den Fabrikationsprozeß eingereiht werden. Daneben wurden Lohnaufträge ausgeführt. Die Herstellung von Schokolade und Schokoladeerzeugnissen war nicht möglich, da die hierfür benötigten Rohstoffe (Kakao) nicht zur Verfügung standen. Die Beseitigung von Kriegsschäden und die Überholung der maschinellen Anlagen konnte unter ständig sich steigernden Schwierigkeiten fortgesetzt werden.

Zum Jahresabschluß ist zu bemerken: In der Zusammensetzung der Bilanz sind nur unwesentliche Veränderungen eingetreten. Der „Zugang im Anlagevermögen" diente der Vervollkommnung der maschinellen Ausstattung. Abgeschrieben wurde neben den sonst gleichbleibenden Sätzen ein Betrag von 200 000 RM auf den Buchwert der Geschäftsgebäude. Mit dieser Sonderabsetzung wurde der Wertminderung an Grundstücken in stark zerstörter Gegend Rechnung getragen. Unter Beteiligungen stehen nur noch die deutschen Tochtergesellschaften, deren Geschäftsbetrieb auch im abgelaufenen Jahr ruhte. Aus weiterlaufenden Unkosten ergab sich ein Verlust von RM 5070,31 der von der Gesellschaft übernommen wurde. Die Vorräte sind im Zusammenhang mit der wieder anlaufenden Produktion wert- und mengenmäßig gestiegen. Sie entsprechen jedoch in keiner Weise den normalen Anforderungen des Betriebes. Die Zuteilung des alleinigen Rohstoffs Zucker erfolgt nur durch das Bezugscheinrücklaufverfahren. Die Warenforderungen wurden kurzfristig reguliert. Außenstände haben bei der Bilanzierung praktisch nicht bestanden. Konzernforderungen haben sich durch laufende Verrechnungen nur wenig verändert. Die Bankguthaben und Barbestände waren um 0,5 Mill. RM geringer als im Vorjahr, auf der andern Seite gingen die laufenden Verbindlichkeiten zurück. Bei den Verbindlichkeiten gegenüber Banken handelt es sich unverändert um die bekannten alten Stillhalte-Kredite in fremder Währung zu deren Ergänzung die noch nicht abgerechneten Zinsen und eine Kursdifferenz zurückgestellt sind. Darüber hinaus enthalten die Rückstellungen noch Beträge für Steuern und Kosten entsprechend den üblichen Erfordernissen. Die Verbindlichkeiten an Tochterunternehmen blieben unverändert. Die sonstigen Verbindlichkeiten sind zur Hauptsache Übergangsposten, die sich im laufenden Geschäftsbetrieb automatisch abwickeln. Wie in den Vorjahren sind in der Bilanz die Vermögenswerte gesondert ausgewiesen worden. Forderungen aus Kriegsschäden sind wie bisher.

In der Gewinn- und Verlustrechnung zeigen sich Veränderungen, bei den Zahlen, die durch die Produktionsentwicklung beeinflußt werden. Auf die in den Abschreibungen enthaltene Sonderabsetzung für Geschäftsgebäude ist bereits verwiesen. Die außerordentlichen Erträge ergaben sich aus Erstattungen und freigewordenen Rückstellungen.

Aus der Bilanz zum 30. Juni 1948: (in Mill. RM). Aktiva: Anlagevermögen 4,437, darunter: Maschinen mit 0,186; Werkzeuge u. Geschäftsausstattung 0,000; Beteiligungen 0,514; Umlaufvermögen 4,737. Darunter Roh-Hilfs- u. Betriebsstoffe 0,3; Halbfertige Erzeugnisse 0,06; Fertige Erzeugnisse 0,08; Geleistete Anzahlungen 0,002; Forderungen auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen 0,01; Forderungen an mit uns verbundene Unternehmen 0,14; Wertpapiere 0,02; Kasse, Bank 4,0; sonstige Forderungen 0,02; Ungewisse Werte: Anlagevermögen Berlin und Wien 0,4; Wertpapiere 1,7; Banken 0,01; Betriebsanlageguthaben 0,3; Rechnungsabgrenzung 0,1. Verlustvortrag aus 1946/47 2,1. — Gewinn 1947/48 0,18 = 1,98.

Passiva: Grundkapital 8,—; Rücklagen 3,5; Wertberichtigungen 1,4; Rückstellungen für ungewisse Schulden 0,4; Verbindlichkeiten 6,7; Rechnungsabgrenzung 0,004.

Aus der Gewinn- u. Verlustrechnung per 30. Juni 1948: Aufwendungen an Löhnen 0,8; Soziale Leistungen 0,1; Abschreibungen 0,3; Zinsen 0,03; vorwegpflichtige Steuern 0,5; Beiträge zu Berufsvertretungen 0,003; außerordentliche Aufwendungen 0,000; Erträge: vorwegpflichtiger Rohüberschuß 1,4; außerordentliche Erträge 0,8; Verlust 1,8.

Nach fünfjähriger Pause fand eine Generalversammlung statt. Der Vorsitzende erklärte, daß die Gesellschaft durch den Krieg erhebliche Schäden erlitten hat. Das Berliner Werk wurde enteignet und der Kölner Betrieb schwer beschädigt. Durch das Fehlen von Rohkakao wurde ein Ausweg durch die Herstellung von Zucker- und Süßwaren gefunden. Über die jüngste Entwicklung teilt der Vorstand mit, daß noch diesen Monat mit der Herstellung von Schokolade begonnen werden soll. Die Zuteilung von 3000 t Rohkakao reicht bei weitem nicht an das normale Maß heran, obwohl für die nächste Zeit eine weitere Zuteilung von 2000 t in Aussicht gestellt ist. Das laufende Geschäftsjahr wird einen Gewinn erbringen, der zur Abdeckung des Verlustes verwendet wird.

Vorstand: Dr. Eberhard Weißenfeld, Köln. Aufsichtsrat: Joh. Bapt. Rath, Köln, Vors.; Karl Oetker, Bielefeld, stellv. Vors.; Prof. Dr. August Adenauer, Gielsdorf b. Bonn; Dr. Hugo Henkel, Düsseldorf; Bernhard Sielericke, Köln; Rich. Stollwerck, Bad Godesberg.

Welt-Warenmärkte

Welt-Juteverbrauch auf Vorkriegsstand

Pakistan, das bedeutendste Juteland hat zur Verschiffung der Jute lediglich den Hafen Chittagong zur Verfügung, über den vor der Teilung Indiens nur ein Zehntel der Juteausfuhr ging, während neun Zehntel in Kalkutta verschifft wurden.

Die indischen Verarbeiter, die im Gebiet von Kalkutta und in Westbengalen ansässig sind, beziehen etwa 75 Prozent der benötigten Jute aus dem zu Pakistan gehörenden Ostbengalen, vor allem aus Mymensingh, Dacca und Faridpur. Die hier gezüchtete Jute ist besonders haltbar. Nur drei Zehntel des indischen Jutebedarfs werden aus heimischer Gewinnung gedeckt, und zwar vor allem aus Assam und Bihar. Die indische Jute ist weniger ergiebig als die pakistanische und hat einen hohen Bruchfädenanteil.

Amtliche pakistanische Ermittlungen beziffern den Welt-Juteverbrauch und den Anteil Pakistans an seiner Deckung wie folgt:

	Juteverbrauch in 1000 Ballen	davon aus Pakistan
1936/37	7060	4942
1937/38	7542	5209
1938/39	6565	4594
1939/40	7470	5228
1946/47	6075	4556
1947/48	6008	4536
1948/49	6667	5000

Großbritannien nimmt durchschnittlich ein Viertel der gesamten Juteausfuhr aus Pakistan und Indien auf. Dundee, das Hauptzentrum der Juteverarbeitung, hat einen jährlichen Bedarf von etwa 1 Million Ballen. Die Fabriken von Dundee erzeugen Gespinste, Gewebe, Bindfäden und Jutewaren wie Hessian, Säcke, Linoleumtuch, Decken, Teppiche u. Polsterunterlagen, namentlich für die Ausfuhr. Dazu bedarf es guter Qualitäten aus Ostbengalen. Im vorigen Jahr gingen 28 Prozent der Rohjuteverschiffungen aus Chittagong nach Großbritannien.

Die Vereinigten Staaten führten frühzeitig die fabrikmäßige Juteverarbeitung ein. Lange Zeit waren sie eins der führenden Verbraucherländer. Ihre Einfuhr unterlag größeren Schwankungen als die anderer Länder; sie betrug etwa 15—18 Prozent der Juteausfuhr Indiens (vor der Teilung). Die amerikanischen Verarbeiter sind auf Markengarne, Bindfäden und Seilerwaren spezialisiert; sie verarbeiten zumeist Jute aus Ostbengalen. 1948 gingen 22 Prozent der Juteausfuhr Chittagongs nach den Vereinigten Staaten.

In Deutschland belief sich die Juteeinfuhr während der letzten 20 Jahre vor dem Kriege auf jährlich 150 000 t, was etwa einem Fünftel der durchschnittlichen Juteausfuhr Indiens entsprach. Seit 1938 wurde in Deutschland Zelljute (für schwerere Gewebe) beigemischt, was eine bedeutende Einschränkung der deutschen Jutebezüge ermöglichte.

Frankreich hat seine Juteeinfuhr lange Zeit auf der gleichen Höhe gehalten; der Durchschnitt der Jahre vor dem Kriege betrug 79 000 t (= 12 Prozent der indischen Juteausfuhr vor der Teilung). Der größte Teil wird zur Herstellung von Säcken für die Landwirtschaft verwendet; daher werden hauptsächlich geringere Qualitäten verarbeitet. 1948 nahm Frankreich 11 Prozent der Juteausfuhr über Chittagong auf.

Auch Italien ist ein wichtiger Juteverbraucher. Vor dem Kriege betrug seine Juteeinfuhr im Durchschnitt 48 000 t im Jahre (= 7 Prozent der indischen Juteausfuhr). Italien verlangt im allgemeinen gute Qualitäten und kauft zu 70 Prozent ostbengalische Jute. Im vorigen Jahre machten die italienischen Jutebezüge 12 Prozent der Ausfuhr über Chittagong aus. Italien benötigt etwa 50 000 t im Jahr und bemüht sich daher um zusätzliche Zuteilungen.

Belgien bezog im Durchschnitt der Jahre vor dem Kriege jährlich 45 000 t Jute (= 7 Prozent der indischen Gesamtausfuhr), hauptsächlich Ware aus Ostbengalen. Im vergangenen Jahre gingen 14 Prozent der gesamten Juteausfuhr nach Belgien.

•

Die im Rosenstiel gezüchtete Jutepflanze erreicht eine Höhe bis zu 6½ m, gewöhnliche Jutepflanzen eine solche bis zu 3½ m.

Wolle

Der National Council of Wool Selling Brokers of Australia veröffentlicht für die ersten zehn Monate der diesjährigen australischen Wollsaison folgende Angaben:

	Juli—April 1948/49	1947/48
	in Ballen	
Anfall	3 190 000	2 880 000
Verkäufe	2 530 000	2 430 000
davon verladen	27 935	17 655
Verfügbar am 30. 4.	550 000	400 000
	Durchschnittspreise d je lb	
Schweißwolle	50,20	38,57
Gewaschene Wolle	82,78	81,32
Verkaufserlös (Mill. £A)	157,73	130,39

Wollnotierungen

New-York (in Dollarcents je lb)

Kammzüge Standard	19. 5.	23. 5.
Mai	157,0	—
Juli	154,5	155,5
Okt.	148,0	148,0
Dez.	142,5	144,5

Schweißwolle	19. 5.	23. 5.
Mai	117,0	—
Juli	117,5	116,5
Okt.	114,6	114,5
Dez.	112,0	112,0

Baumwolle

Vertreter der indischen Baumwollpflanzer, der Baumwollvereinigung und anderer interessierter Kreise hatten der Regierung empfohlen, neue Preise für Rohbaumwolle erst für das am 1. September beginnende Erntejahr, nicht für die laufende Saison und die vorhandenen Bestände festzusetzen. Eine Revision der Preise sei notwendig, ebenso eine Kontrolle des Baumwollmarktes im Hinblick auf Bekämpfung der Inflation.

Jetzt gab die Regierung bekannt, sie werde für die Saison 1949/50 keine wesentliche Preiserhöhung vornehmen, mit Ausnahme einiger Zugeständnisse zum Zwecke der Qualitätsverbesserung. Für 1949/50 wurden folgende Mindest- und Höchstpreise festgesetzt:

Sorte:	Mindestpr. (in Rupien je Candy)	Höchstpr. (in Rupien je Candy)
Jarilla	480	620
Broach	475	690
Surat	665	700
Cambodia	675	800
Carunganni	575	700
Dhollera	—	570
Bengal-Deshi	—	445
Nathia	—	460

Baumwolle-Notierungen

New York	21. Mai	27. Mai
Disp.	33,67	33,50
Juli	33,07	32,45
Oktober	29,13	28,97
Dezember	28,81	28,65
März 1950	28,76	28,66
Mai 1950	28,59	28,48
Juli 1950	27,75	27,73
Oktober 1950	25,65	25,54
November 1950	25,53	25,44

Getreide

Argentinien verkaufte gemäß einem Warenaustauschabkommen 600 000 t Weizen an Brasilien.

Das Dominion Bureau of Statistics veröffentlichte die zweite Anbauflächenschätzung Kanadas für Getreide:

	1949	1948
	in 1000 Acres	
Weizen	27 000	23 247
Hafer	10 000	11 200
Gerste	6 000	6 480
Leinsaat	484	1 934

Die Weizenernte in Uruguay hat in diesem Wirtschaftsjahr Spitzenerträge gebracht; das Gesamtergebnis wird auf 500 000 t geschätzt. Es ist vorgesehen, 100 000 t 70prozentiges Mehl auszuführen. Der Preis für Kleie, die sehr gefragt ist, wurde auf 10 $ je 100 kg, ab Mühle, festgesetzt.

Getreidenotierungen

Weizenpreise Chicago (in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 27,2 kg)

	21. Mai	28. Mai
Juli	190⅞	191⅛
September	193⅛	192⅛
Dezember	—	194⅝

Maispreise Chikago (in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 25,4 kg)

	21. Mai	28. Mai
Juli	133	127⅞
September	136	122
Dezember	—	115⅞

Haferpreise Winnipeg (in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 14,5 kg)

	21. Mai	28. Mai
Mai	79	76⅞
Juli	74⅞	72⅞
Oktober	—	68⅞

Roggenpreise Winnipeg (in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 25,4 kg)

	21. Mai	28. Mai
Mai	129⅞	127
Juli	130⅞	127⅞
Oktober	—	129

Gerstenpreise Winnipeg (in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 21,7 kg)

	21. Mai	28. Mai
Mai	118⅞	118⅞
Juli	119⅞	111⅞
Oktober	—	100⅞

Häute

Auf der neunten Stuttgarter Häute- und Fellversteigerung am 17. und 18. Mai wurden angeboten:

	Stück
Großviehhäute	31 473
Kalbfelle	47 436
Schaffelle	7 114
Roßhäute	1 211

Die Preise waren durchschnittlich ein Zehntel höher als beim freihändigen Verkauf in der vorangegangenen Woche, blieben aber zum Teil immer noch unter den Weltmarktpreisen. Die nächsten Versteigerungen in Stuttgart - Feuerbach werden am 14. und 15. Juni und am 12. und 13. Juli stattfinden.

Laut DENA wird bis auf weiteres von der Veröffentlichung der auf Versteigerungen oder unmittelbaren Verkäufen erzielten Durchschnittspreise abgesehen. Der bisherige Erzeugeranteil für Kalbfelle ist seit dem 16. Mai weggefallen.

Zucker

Der Rohzuckerertrag in Ägypten dürfte nach amtlicher Schätzung in diesem Jahr rund 15 000 t niedriger ausfallen als 1947/48. Im letzten Jahr übertraf die Erzeugung mit 222 505 t alle bisherigen Ergebnisse (17 Prozent mehr als 1946/47); in der gleichen Zeit wurden 199 000 t gegen 180 000 t raffinierter Zucker hergestellt. Auch bei der Ausfuhr wird mit einem Rückgang gerechnet, falls die Regierung die Angleichung der Preise an den Weltmarkt nicht gestattet. Ägyptischer Zucker wird zur Zeit mit 150 $ je t bewertet. Die Ausfuhrgenehmigung wird von der Bezahlung in Dollars abhängig gemacht. Die Vorräte am Ende der letzten Saison wurden mit 102 372 t beziffert (davon 83 121 t Rohzucker), gegen 69 843 t (56 963 t) Ende 1946/47.

Zuckernotierungen

New York (Mittelkurse) ($ cts je lb)

Kontrakt Nr. 5	19. 5.	23. 5.
Mai	5,55	5,57
Juli	5,43½	5,44
September	5,44	5,46½
Dezember	5,53	5,54

Kontrakt Nr. 4 (Weltkontrakt)	19. 5.	23. 5.
Juli	4,03½	4,07
Sept.	4,09½	4,05
März 50	3,64	3,65
Mai 50	3,63	3,64
Juli 50	3,63	3,64

Kaffee

Obwohl die Kaffee-Ausfuhr aus Belgisch Kongo 1948 geringer war als 1947, steht Kaffee hinter Baumwolle und Palmöl an dritter Stelle der Ausfuhrliste. Ausgeführt wurden 30 540 t gegen 37 350 Tonnen im Jahre zuvor. Wertmäßig war ein Rückgang von 625 auf 474 Mill. bfr zu verzeichnen. Nach dem Kriege hat sich im Absatz eine Wandlung vollzogen. Während vor dem Kriege Belgien neun Zehntel abnahm, gehen jetzt fast zwei Drittel in andere Länder:

	Ausfuhr*)	dav. n. Belgien
	t	
1937	18 184	17 900
1939	24 918	22 157
1945	33 288	13 843
1946	37 534	15 157
1947	37 342	17 707
1948	30 543	16 428

*) Einschließlich Ruanda-Urundi.

Kaffeenotierungen

New York (Dollarcents je lb)

Kaffee Santos D-Kontrakt	19. 5.	23. 5.
Mai	31,90	31,73
Juli	31,50	31,36
September	31,01	30,74
Dezember	30,09	30,01
März	30,05	19,75

Santos S-Kontrakt	19. 5.	23. 5.
Mai	27,04	26,87
Juli	26,18	25,98
September	24,94	24,66
Dezember	24,05	23,67
März	23,13	22,87

Kautschuk

Auf der Generalversammlung der britischen Rubber Growers' Association Inc. berichtete der Vorsitzende, daß der Kautschukpreis im vorigen Jahr außergewöhnlich beständig war und im Durchschnitt für ribbed smoked sheet Nr. 1 in Singapur 42,14 Cents betrug. Dieser von den Vereinigten Staaten maßgebend beeinflußte Stand stelle allerdings die Pflanzer nicht zufrieden. Die Vereinigten Staaten verbrauchten 55 Prozent des gesamten Weltbedarfs und besäßen eine Kunstkautschukindustrie mit einer Kapazität von nahezu 1 Million t im Jahr. Für gewisse Gummiwaren, besonders Reifen, sei in den USA eine anteilige Verwendung von Kunstkautschuk gesetzlich vorgeschrieben, wodurch der Absatz von schätzungsweise 225 000 t Kunstkautschuk im Jahr gesichert sei.

Um besser über die internationale Kautschuklage zu unterrichten, beschloß die Association die Bildung eines Propaganda-Ausschusses (Public Relations Committee). Dabei wies der Berichterstatter darauf hin, daß die Rubber Growers' Association, obwohl sie die größte Vereinigung der Kautschukpflanzer in der Welt sei, nicht zur Internationalen Kautschukstudiengruppe hinzugezogen werde. Verschiedene Vorstellungen beim britischen Kolonialministerium seien bisher erfolglos geblieben.

Kautschuk-Notierungen

New York (Mittelkurse) ($ cts je lb)

Standard Contract	19. 5.	20. 5.	23. 5.
Mai	17,65	17,55	17,35

Nr. 1 RSS Contract	19. 5.	20. 5.	23. 5.
spot	18,00	17¾	17¾
Mai	17,80	17,80	17,60
Juli	17,85	17,75	17,77½
September	17,77½	17,63	17,71½
Dezember	17,60	17,47	17,32½

London (Mittelk.) (d je lb. cif Europa-Häfen)

Nr. 1 RSS	19. 5.	20. 5.	23. 5.
Mai	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Mai/Juni	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Juni/Juli	[illegible]	[illegible]	[illegible]

Erdöl

Die Preisermäßigungen am amerikanischen Erdölmarkt beschränkten sich in letzter Zeit auf schwere Ölsorten, doch wird angenommen, daß trotz der Bemühungen, das Angebot mit der Nachfrage in Einklang zu bringen, in den wichtigsten Erzeugergebieten auch die Preise für Öle höherer Gravitation nachgeben werden. In Kreisen der Ölindustrie wird betont, daß die Raffinerieerlöse stetig gefallen, aber die Gesamterlöse aus den Fertigerzeugnissen in den letzten sechs Monaten scharf zurückgegangen sind. Die Ver-

6% Anleihe der Deutschen Reichsbahn im Vereinigten Wirtschaftsgebiet von 1949

rückzahlbar zum Nennwert am 1. Juli 1959

Zeichnungsangebot

Zum Zwecke des Wiederaufbaues der Deutschen Reichsbahn im Vereinigten Wirtschaftsgebiet begibt die Deutsche Reichsbahn im Vereinigten Wirtschaftsgebiet

eine 6% Anleihe, rückzahlbar zum Nennwert am 1. Juli 1959.

Die Deutsche Reichsbahn im Vereinigten Wirtschaftsgebiet ist nach § 2 des Gesetzes über den Aufbau der Verwaltung für Verkehr vom 12. 9. 1948 — WiGBl S. 95 — ein Sondervermögen der rechtsfähigen Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes mit eigener Wirtschafts- und Rechnungsführung. Die Rechtsfähigkeit der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes ergibt sich aus Art. XII der Proklamation Nr. 7 (Amerikanisches Kontrollgebiet) / Verordnung Nr. 126 (Britisches Kontrollgebiet) der Militärregierung Deutschland. Die Ausgabe vorstehender Reichsbahnanleihe erfolgt im Einvernehmen mit dem Direktor der Verwaltung für Finanzen und dem Direktor der Verwaltung für Verkehr gemäß § 8 des Reichsbahngesetzes vom 4. 7. 1939 (RGBl I S. 1205) in Verbindung mit §§ 2 und 8 des Gesetzes über den Aufbau der Verwaltung für Verkehr vom 12. 9. 1948. Für den Schuldendienst dieser Reichsbahnanleihe (Verzinsung und Tilgung) haftet das Sondervermögen „Deutsche Reichsbahn im Vereinigten Wirtschaftsgebiet".

Bei der Deutschen Reichsbahn im Vereinigten Wirtschaftsgebiet ist seit dem Zusammenbruch 1945 eine stetige Aufwärtsentwicklung eingetreten. Die Zahl der beförderten Personen ist z. Z. doppelt so hoch wie vor dem Kriege; der Güterverkehr hat nahezu wieder den Stand von 1936 erreicht. Mit fortschreitender Durchführung des Marshall-Planes sind mit Sicherheit weitere größere Anforderungen an den Betriebsapparat der Reichsbahn zu erwarten, so daß die noch vorhandenen Kriegsschäden beschleunigt beseitigt und Maßnahmen für eine weitere Verbesserung der Bahnanlagen und Fahrzeuge getroffen werden müssen. Die Rentabilität der beabsichtigten Investitionen und damit auch der Schuldendienst für die Anleihe sind durch die zu erwartende Steigerung der Verkehrseinnahmen gewährleistet.

Auf Grund besonderer Abmachungen wird die Betriebsvereinigung der Südwestdeutschen Eisenbahnen an dem Anleiheerlös im Rahmen der in den Ländern der französischen Besatzungszone anfallenden Zeichnungen beteiligt werden.

Die Anleihe ist in Stücken zu 100, 500, 1 000, 10 000 DM ausgefertigt. Für große Zeichnungen sind zugleich Stücke auf durch 100 000 teilbare Beträge vorgesehen. Für Zeichnungen aus Guthaben auf Anlagekonten werden auch Zertifikate über 20 DM ausgefertigt. Sämtliche Stücke lauten auf den Inhaber.

Die Anleihe wird vom 1. Juli 1949 an mit jährlich 6 vom Hundert in halbjährlichen Teilen am 1. Juli und 2. Januar jedes Jahres verzinst. Der erste Zinsschein wird am 2. Januar 1950 fällig.

Die vorzeitige Rückzahlung der Anleihe oder eines Teiles hiervon zum Nennwert, jedoch nicht vor dem 1. Juli 1954, bleibt vorbehalten.

Die Rückzahlung des Kapitals erfolgt bei Fälligkeit gegen Rückgabe der Anleihestücke bei der Schuldenkasse des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, sämtlichen Niederlassungen der Landeszentralbanken, bei der Deutschen Verkehrs-Kredit-Bank Aktiengesellschaft in Frankfurt a. M. und ihren Zweigniederlassungen und bei den sonst von der Deutschen Reichsbahn zu bezeichnenden Stellen. Die Auszahlung der Zinsen geschieht jeweils gegen Rückgabe der Zinsscheine durch die gleichen Stellen sowie durch die Generalkasse der Deutschen Reichsbahn in Offenbach (Main) und durch die Hauptkassen der Reichsbahndirektionen im Vereinigten Wirtschaftsgebiet.

Jedem Anleihestück sind 20 halbjährliche Zinsscheine Nr. 1—20 für die Zeit bis einschließlich 1. Juli 1959 beigegeben.

Die Zertifikate, die über 20 DM lauten, werden ohne Zinsscheine ausgegeben. Die auf sie entfallenden Zinsen werden dem Inhaber des Zertifikats am Rückzahlungstermin der Anleihe für ihre gesamte Laufzeit gezahlt. Sie können jederzeit durch Erwerb weiterer Zertifikate in ein Stück zu 100 DM mit Zinsanspruch vom Beginn der Laufzeit der Anleihe an umgetauscht werden.

Für die Stücke und die Zinsscheine gelten die Vorschriften der §§ 793—804 des Bürgerlichen Gesetzbuches mit der Maßgabe, daß bei Verlust von Zinsscheinen der Anspruch aus § 804 Abs. 1 S. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuches ausgeschlossen ist.

Sämtliche die Anleihe betreffenden Bekanntmachungen werden im Öffentlichen Anzeiger für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet mit Wirkung für jeden Inhaber veröffentlicht.

Die Anleihe ist als verbriefte Forderung gegen die Deutsche Reichsbahn nach § 1807 Ziffer 2 BGB in Verbindung mit § 8 Abs. 3 des Reichsbahngesetzes vom 4. 7. 1939 (RGBl. I S. 1205) **mündelsicher**.

Die Bestimmungen über **steuerbegünstigtes Sparen** lt. Verordnung zur Änderung der Lohnsteuerdurchführungs-Bestimmungen vom 16. Oktober 1948 (§ 20 Pos. 2 bb) finden auch auf diese Anleihe Anwendung.

Die Einführung der 6% Anleihe der Deutschen Reichsbahn von 1949 an den Börsen im Vereinigten Wirtschaftsgebiet wird alsbald nach Erscheinen der Stücke veranlaßt werden. Zertifikate unterliegen einer besonderen Kursnotiz, in welcher der in ihnen enthaltene Zinsanspruch Berücksichtigung finden wird.

Die Anleihe kann nach der Börseneinführung im Lombardverkehr der Landeszentralbanken zum Höchstsatz von 75% des Kurswertes beliehen werden.

Die 6% Anleihe der Deutschen Reichsbahn wird im Auftrage der Deutschen Reichsbahn bei allen Kreditinstituten zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt. Die Zeichnung kann erfolgen:

1. aus frei verfügbaren Mitteln
2. aus Guthaben auf Anlagekonten. Diese sind auf Grund der Dritten Durchführungsverordnung zum Vierten Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens — Gesetz Nr. 65 der Militärregierung — (Festkontogesetz) vom 5. Mai d. J. für die Zwecke der Zeichnung freigegeben worden. Die aus Guthaben auf Anlagekonten gezeichneten Beträge bleiben ein Jahr gesperrt.

Den Erwerbern der Anleihe wird zur Wahl gestellt, statt der Ausfertigung von Schatzanweisungen der Anleihe (effektive Stücke)

entweder

die Eintragung des zugeteilten Betrages in das bei der Schuldenverwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes geführte Reichsbahnschuldbuch auf ihren eigenen Namen oder den einer Wertpapiersammelbank

oder

die Einlegung in ein Sammeldepot bei einer Wertpapiersammelbank zu beantragen.

Durch die Einlegung in ein Sammeldepot bei einer Wertpapiersammelbank oder die Eintragung in das Reichsbahnschuldbuch auf den eigenen Namen oder den einer Wertpapiersammelbank wird die Ausfertigung effektiver Stücke vermieden. Das Eigentumsrecht bleibt dem jeweiligen Inhaber in Form des Miteigentumsrechts am Sammeldepot erhalten.

Bei der Zeichnung aus Guthaben auf Anlagekonten werden die Beträge für die Dauer ihrer Sperre in das Reichsbahnschuldbuch auf den Namen einer Wertpapiersammelbank eingetragen. Nach Ablauf der Sperre wird hinsichtlich der Verfügung über die Schatzanweisungen der Anleihe gemäß dem Antrag des Zeichners verfahren.

Der Mindestzeichnungsbetrag aus Guthaben auf Anlagekonten beträgt 20 DM; Zeichnungen sind nur in durch 20 teilbaren Beträgen möglich. Zuzahlungen zur Abrundung von Zeichnungsbeträgen auf 20 DM oder einem Vielfachen davon sind bis zum Nennbetrage von jeweils 100 DM zulässig. Die durch Zuzahlung aus freien Mitteln gezeichneten Schatzanweisungen unterliegen gleichfalls der einjährigen Sperre. Auf den Anlagekonten danach noch verbleibende Spitzenbeträge von weniger als 5 DM werden gemäß der Dritten Durchführungsverordnung zum Vierten Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens — Gesetz Nr. 65 der Militärregierung — (Festkontogesetz) auf freies Konto übertragen.

Zeichnungen aus Guthaben auf Anlagekonten können nur bei den diese Konten führenden Geldinstituten angebracht werden.

Zeichnungen aus Guthaben auf Anlagekonten bei Postscheck- und Postsparkassenämtern sind während der Zeichnungsfrist bei den Ämtern, welche die Anlagekonten führen, anzubringen.

Die Reichsbahnanleihe wird zu den nachstehenden Bedingungen aufgelegt:

Zeichnungsbedingungen

1. Der Zeichnungspreis beträgt 100% spesenfrei. Börsenumsatzsteuer ist nicht zu entrichten.
2. Zeichnungen werden in der Zeit

   vom 30. Mai bis zum 25. Juni 1949

   bei sämtlichen Niederlassungen der Landeszentralbanken, den Banken, Sparkassen und Kreditgenossenschaften entgegengenommen. Zeichnungen aus Guthaben auf Anlagekonten nehmen auch die Postscheckämter und Postsparkassenämter an.
   Früherer Schluß der Zeichnungen bleibt vorbehalten.
3. Die Zuteilung erfolgt baldmöglichst nach Ablauf der Zeichnungsfrist.
4. Die Bezahlung der zugeteilten Anleihe hat am 30. Juni 1949 bei derjenigen Stelle, die die Zeichnungen entgegengenommen hat, zu erfolgen. Die Zeichner effektiver Stücke erhalten zunächst (nicht übertragbare) Kassenquittungen, gegen deren Rückgabe später die Stücke durch die Zeichnungsstellen ausgegeben werden.
5. Die Lieferung der 6% Schatzanweisungen erfolgt baldmöglichst.

Offenbach (Main), Frankfurt (Main), den 16. Mai 1949

Deutsche Reichsbahn im Vereinigten Wirtschaftsgebiet Hauptverwaltung
Dr. Busch

Bank deutscher Länder

Anmerkung: Alle Banken, Girozentralen und genossenschaftlichen Zentralkassen wollen sich an die für ihren Bezirk zuständige Landeszentralbank zwecks Entgegennahme einer Werbeliste über die Durchführung des Zeichnungsgeschäfts wenden. Die Sparkassen und Kreditgenossenschaften werden durch ihre Zentralstellen bedient.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

billigung der Heizöle habe die Steigerung der Benzinpreise mehr als ausgeglichen. Infolgedessen hätten sich die Gewinnspannen bei den Raffinerien im Durchschnitt stark verringert.

*

Da die amerikanische Industrie gegenwärtig nur noch wasserweißes Benzin von 41 bis 43 Baumé verarbeitet, ist im Gebiet der Golfküste die Herstellung anderer Benzinsorten eingestellt worden; sie soll nur für Sonderaufträge wieder aufgenommen werden. Von der Notierung der Benzinsorten Water-White 44 Baumé und Prime-White 41 bis 43 Baumé wird demzufolge in New Orleans abgesehen.

*

Australische und amerikanische Erdölsachverständige rechnen damit, daß in den nächsten zwölf Monaten in Westaustralien Erdölfunde gemacht werden. Es handelt sich um ein Gebiet von 5000 Quadratmeilen an der Küste des Exmouth Gulf, ungefähr 1100 km nördlich Perth. Hauptinteressent ist die Ampol Petroleum Ltd., die für die Erdölsuche in Westaustralien bereits 45 000 £A ausgegeben hat. Die Kosten der Erschließung werden auf insgesamt 1 Mill. £A veranschlagt. — Seit 1939 ist der Erdölverbrauch in Australien von jährlich 344 Mill. gallon auf 408 Mill. (1948) gewachsen.

*

Die ANIC (Azienda Nazionale Idrogenazione Combustibili) errichtete jetzt gemeinsam mit der Standard Oil Co. of New Jersey eine neue Gesellschaft, die „ESSO-ANIC", deren Anfangskapital von 30 Mill. Lire später auf 18 Milliarden Lire erhöht werden soll. Beide Gesellschaften sind an dem neuen Unternehmen je zur Hälfte beteiligt. Die Raffinerien in Livorno und Bari werden mit Barmitteln der Standard Oil ausgebaut. Die Rechte des italienischen Staates an der ANIC werden durch Zahlung von 7,25 Milliarden Lire, zum Teil in bar, zum Teil in Obligationen, abgegolten.

*

Die Erdölförderung und Ausfuhr Venezuelas betrug:

	1948	1947	Zunahme
	in 1000 barrel		%
Förderung	490 016	434 905	13
Raffinierung	43 513	36 895	18
Ausfuhr	437 700	396 516	10
Ausfuhr Raff. Erdölprodukte	31 381	27 160	16

Metalle

Die Metallmärkte werden weiterhin von der Haltung der Käufer beeinflußt, womit eine grundlegende Veränderung eingetreten ist. Das Gewicht der Käufermeinung wird in der kommenden Zeit noch mehr in die Wagschale fallen als bisher. So hat die grundsätzliche Zurückhaltung der englischen Verbraucher bei einem gegen die Weltmarktpreise für Metalle stark überhöhten englischen Preisstand das englische Versorgungsministerium gezwungen, die Metallpreise weiter zu senken. Es bleibt abzuwarten, ob diese neuerliche Preissenkung die Verbraucher veranlassen wird, in den Markt zurückzukehren. Es bestehen gewisse Gründe dafür, daß dies nicht so schnell der Fall sein wird. Das Bestreben der englischen Industrie geht immer noch dahin, die Wiedereröffnung der Londoner Metallbörse zu erreichen. Tritt diese alte Institution wieder in ihre Funktionen, so ist damit zu rechnen, daß ein zuverlässigerer Maßstab für den Wert der Metalle, als dies bisher der Fall war, die Marktentwicklung regeln wird. Der Markt wird dann wieder dem Gesetz von Angebot und Nachfrage unterliegen.

Kupfer: Am amerikanischen Kupfermarkt ist die bis dahin zu beobachtende Einigkeit der Erzeuger nicht mehr vorhanden. Verschiedene Preise werden verlangt, und die Gefahr eines drohenden Streiks bei der Kennecott hängt über dem Markt. Die Preiszugeständnisse an den Verbraucher werden von den amerikanischen Gesellschaften nur noch zögernd gemacht, und sie haben allen Grund, weitere Preiseinbrüche zu fürchten, denn die amerikanischen Gruben haben die höchsten Selbstkosten in der Weltkupferwirtschaft, und ihre Konkurrenzfähigkeit bei einem gegenwärtig nicht aufgeschützten Binnenmarkt müßte am ehesten erlahmen. Eine gewisse Stütze gibt ihnen der auch nach der Herabsetzung immer noch überhöhte englische Preis, der noch um rund 30 £ je t über dem amerikanischen liegt. Neue Impulse für den Kupfermarkt werden, wenn nicht alles trügt, in der kommenden Zeit eher von London als von New-York ausgehen. Der amerikanische Preis ist loco Mittelwesten mit 18,50 cts je lb unverändert. Im Freiverkehr notiert Elektrolytkupfer loco Connecticut-Tal 18,00 cts und für Export fas New York 18,00 cts je lb. Die englische Kupfernotierung ist um 10 £ auf 130 £ je t gesenkt worden, doch wurde best selected Kupfer, das keiner Preisbildung unterliegt, mit 118 £ je t notiert, während Kathodenkupfer selbst unter 130 £ nicht abzusetzen war. Der deutsche Preis wurde auf 146,50 DM für 100 kg gesenkt.

Zinn: Oberflächlich gesehen, erscheint der Zinnmarkt immer noch stetig, doch macht sich hier allmählich auch die Zurückhaltung der Verbraucher stärker bemerkbar. So wird berichtet, daß wahrscheinlich einige Länder ihre Zuteilungen für das erste Halbjahr nicht in voller Höhe abnehmen werden. Die Zinnverarbeiter sind seit einiger Zeit in Erwartung einer Preisanpassung mit Neukäufen sehr vorsichtig, und die Periode des Kaufens um jeden Preis ist auch hier vorüber. Sie halten ihre Vorräte so gering wie möglich, weil das Angebot außerordentlich reichlich geworden ist. Die Preisgarantie, die das englische Versorgungsministerium den Erzeugern gegeben hat, läuft nur noch bis zum Ende Juni, und es sollte nicht überraschen, wenn die Pläne für eine zwischenstaatliche Kontrolle der Weltzinnwirtschaft demnächst wieder stärker in Erscheinung treten werden. Die Erzeuger behaupten zwar, daß die gegenwärtigen Preise angesichts der gestiegenen Selbstkosten in der Nachkriegszeit gerechtfertigt seien, doch kann es keinem Zweifel unterliegen, daß eine freie Zinnwirtschaft sehr bald den Beweis dafür erbringen würde, daß man Zinn auch unter diesen Rekordpreisen wirtschaftlich erzeugen kann. Vielleicht ist es ein erstes Anzeichen für einen Tendenzumschwung auch am Zinnmarkt, daß, wie aus London berichtet wird, Zinn auf dem Kontinent in der Qualität von Straits-Zinn mit 583 £ je t fob Rotterdam angeboten ist. Der amerikanische Preis beträgt unverändert 1,03 Dollar je lb, die englische Notierung 569 £ je t.

Blei: Die letzte Herabsetzung des amerikanischen Bleipreises auf 14 cts je lb war offenbar eine Folge von Offerten, die auf Ersuchen der amerikanischen Regierung mit 14½ cts je lb frei Dock Yokohama abgegeben wurden, was etwa 13½ cts je lb auf der New Yorker Basis entspricht. Wie verlautete, war das angebotene Blei deutscher Herkunft. Es wurde von der Continental Oil Company of New York angeboten, und soll nach einem Bericht aus der britischen Besatzungszone in Deutschland stammen. Weiterhin haben aber Belgien, Deutschland, Jugoslawien und Mexiko Blei am Weltmarkt angeboten, so daß es den Anschein hat, als wenn die internationale Bleiknappheit, die seit dem Ende des Krieges den Markt beherrschte, überwunden ist. Der kanadische Bleipreis ist auf 13½ cts je lb für Lieferung Montreal-Toronto gesenkt worden. Die deutsche Notierung beträgt gegenwärtig 103 DM je 100 kg. Die englische Notierung für Inlandsblei wurde von 107 £ 10 sh auf 96 £ 10 sh herabgesetzt und für Auslandsblei von 106 £ auf 95 £ je t.

Zink: Die amerikanischen Zinkpreise sind nach der letzten Herabsetzung zwar unverändert geblieben, doch ist der Unterton des Marktes weiter unsicher. Die Zurückhaltung der englischen Verbraucher hat nun auch eine Reduzierung des englischen Zinkpreises erzwungen. Er wird jedoch immer noch als zu hoch empfunden, wie dies auch bei Kupfer und Blei der Fall ist. Der deutsche Zinkpreis ist gleichfalls herabgesetzt worden und beträgt gegenwärtig 106 DM je 100 kg. Die englische Notierung beträgt jetzt für Inlands- und Auslandzink 85 £ je t gegen vorher 101 £. In USA werden loco East St. Louis und für Prime Western 12,00 cts je lb und für Elektrolytzink 13,00 bis 13,25 cts je lb notiert.

Nickel: Eine Ausnahme macht der Nickelmarkt. Es ist wahrscheinlich der maßvollen Preispolitik der International Nickel Co of Canada zu danken, daß die Nickelnachfrage in der Welt bemerkenswert stetig ist. Die Nickelausfuhr Kanadas hat sich in der letzten Zeit erhöht, und auch die Produktion bewegt sich in aufsteigender Linie. Der amerikanische Preis beläuft sich auf 40 cts je lb und die englische Notierung auf 234 £ je t.

Erze

Die seit Wochen schwache Tendenz der Metallmärkte hat bisher auf die Erzmärkte noch wenig zurückgewirkt, obwohl auch hier die Käufer zurückhaltender geworden sind. Der Handel scheint vorerst wenig geneigt, Preiskonzessionen zu machen. Immerhin könnte es infolge eines Zurückgehens in der industriellen Aktivität in den großen Industrieländern, infolge von Währungsschwierigkeiten, verbunden mit einer schärferen staatlichen Beaufsichtigung der Einfuhr in manchen Ländern, auf die Dauer auch zu Preisrückgängen an den Erzmärkten kommen.

Wolframerz ist in guter Qualität zwischen 197 sh 6 d und 115 sh je Einheit WO_3 angeboten. Der Markt ist lustlos. Weitere Erfolge der kommunistischen Truppen in China werden auf den Markt wenig Einfluß haben, da der größte Teil der Erzeugung in der letzten Zeit ohnehin nach der Sowjetunion ging.

Antimonerz: Die englischen Hütten zeigen wenig Neigung zu neuen Erzkäufen, obwohl die kommunistischen Truppen in China weitere Erfolge erzielen. Es ist hier der gleiche Fall wie beim Wolframerz. In zunehmendem Maße ist das chinesische Antimonerz in der letzten Zeit nach der Sowjetunion gegangen, so daß eine völlige Abschneidung der chinesischen Zufuhren die Hütten wenig beunruhigt. Man rechnet auch mit keinen Preissteigerungen, und bei den gegenwärtigen Preisen für 60prozentige südliche Erze von 26 bis 27 sh je Einheit Metall finden sich kaum Käufer.

Rutil: Der Markt hat das Gleichgewicht wiedergefunden, nachdem in der letzten Zeit billige Offerten vorherrschten. Australisches Rutil mit 97½ TiO_2 notiert 32 bis 33 £ je t cif. Die Produzenten hatten sich auf einen Preis von 33½ £ geeinigt, der aber nicht zu halten war.

In- und Auslandsbörsen

FRANKFURT: leicht abbröckelnd

Bei geringer Umsatztätigkeit waren die Kurse in der abgelaufenen Woche im allgemeinen behauptet. In Erwartung eines günstigen Ergebnisses der Interzonenverhandlungen war eine größere Nachfrage nach Ostwerten zu beobachten. Es notierten: AEG 10,62 (11,25), BMW 17,12 (17,50), Bemberg 40 (39), Contigummi 30,12 (32,50), Daimler unverändert 22, Gutehoffnungshütte 33,75 (34,50), Mannesmann St. 16 (14,50), RWE 37 (39), Siemens St. 13,75 (13), Ver. Stahlwerke 13,75 (14,25). Von Banken notierten Deutsche Bank und Dresdner Bank unverändert 4,50, während Commerzbank von 6,50 auf 6 nachgab. Von Festverzinslichen notierten 4½ Frankfurter, 4½ Rhein. Hypotheken und 4½ Südd. Boden unverändert 7,37, wogegen 4½ Dt. Centralboden von 3,50 auf 3 und 4½ Meininger Hypotheken von 6,63 auf 6,50 zurückgingen. 4½ ½ Krupp notierten unverändert 5,50.

MÜNCHEN: unregelmäßig

Bei etwas freundlicherer Grundstimmung am Wochenschluß war die Kursentwicklung jedoch unregelmäßig, wobei auch die bekanntgegebene Diskontermäßigung ohne Einfluß blieb. Pfandbriefe waren gefragt, doch lag kein größeres Angebot vor. Ostwerte konnten eine leichte Besserung erzielen. Es notierten: AEG 11 (11,37), BMW 16,75 (18), Bemberg 40 (39), Contigummi 31,20 (32,00), Daimler 21,50 (21,75), Gutehoffnungshütte 30 (30,50), Mannesmann St. 16,25 (16,50), RWE 39 (38,50), Siemens St. 18 (16,62), Ver. Stahlwerke 14 (14,75). Banken gaben durchwegs etwas nach. Von Festverzinslichen notierten 4½ Frankfurter Hypotheken und 4½ Rhein. Hypotheken unverändert 7,25, ebenso Meininger Hypotheken 6,62, 4½ ½ Krupp gingen unverändert mit 5,75 um.

HAMBURG: zurückhaltend

Bei starker Zurückhaltung und geringem Geschäft war die Kursentwicklung uneinheitlich. Die Herabsetzung des Diskontsatzes blieb ohne Einfluß. Der Pfandbriefmarkt zeigte am Wochenschluß stärkeres Interesse, wobei Hamburger Hypothekenbank bevorzugt war. Bankwerte zogen leicht an. Festverzinsliche blieben fast unverändert. Es notierten: AEG 10,75 (11,50), BMW 18 (18,50), Contigummi 30 (32,50), Daimler 21,50 (22), Gutehoffnungshütte unverändert 34, RWE 37 (38), Siemens St. 17,50 (18), Ver. Stahlwerke 14,50 (14,75), 4½ Dt. Centralboden unverändert 3, desgleichen 4½ Frankfurter u. 4½ Rhein. Hypotheken je 7, 4½ Meininger Hypotheken 6,50, 4½ ½ Krupp gingen von 5,75 auf 5,50 leicht zurück.

DÜSSELDORF: uneinheitlich

Bei starker Zurückhaltung und ruhigem Geschäft war die Kursentwicklung in der abgelaufenen Woche uneinheitlich, wobei besonders Montanwerte schwächer lagen. Am Rentenmarkt bestand wenig Nachfrage. Am Kuxenmarkt bröckelten Werte der Michel-Gruppe leicht ab, Vesta von 525 auf 475, Leonhard von 510 auf 475 und Wintershall von 3000 auf 2600. U. a. notierten: AEG 10,50 (11,50), BMW 18 (17,75), Contigummi unverändert 33, Daimler 22 (22,50), Gutehoffnungshütte unverändert 34,50, Mannesmann St. 15,25 (16,00), RWE 37 (38), Siemens St. unverändert 18, Ver. Stahlwerke 13,75 (14,75). Banken notierten unverändert 6,50. Von Festverzinslichen notierten unverändert 4½ Dt. Centralboden mit 3,25, 4½ Rhein. Hypotheken mit 7,25, wogegen 4½ Frankfurter Hypotheken von 7,12 auf 7,25 leicht anzogen. 4½ ½ Krupp gingen unverändert mit 5,50 um.

ZÜRICH: ruhig

Obwohl in der abgelaufenen Woche im allgemeinen ruhige Stimmung vorherrschte, machte sich doch eine allgemeine Unsicherheit bemerkbar, wobei die Entwicklung der internationalen Lage und vor allem die weitere Entwicklung in Berlin starken Einfluß ausübten. Es traten größere Kursverluste ein, denen aber keine allzugroße Bedeutung zukam, da die Umsätze gering blieben. Schweizer Goldgeränderte konnten ihren ziemlich hohen Kurs behaupten. Auch die amerikanischen Werte, die anfangs noch festlagen, gingen später etwas zurück.

LONDON: zurückhaltend

Die Grundstimmung war in der abgelaufenen Woche zurückhaltend und unsicher. Auch die ungeklärten Verhältnisse in Berlin dürften dazu beigetragen haben. Am Markt für britische Staatspapiere herrschte ebenfalls lustlose Tendenz. Die deutschen Anleihen wurden durch die Berliner Verhältnisse ungünstig beeinflußt. Infolge der Preisfestigung für Kupfer auf dem amerikanischen Markt zogen die Kupferwerte etwas an. Südafrikanische Goldminen, die wenig gefragt waren, erlitten Kurseinbußen.

Ausfuhr-Abrechnung

Frankfurt. Die Bank Deutscher Länder rechnet ab 20. Mai sämtliche Deviseneingänge aus Waren- und Dienstleistungsausfuhren in den Westzonen jeweils nach Eingang der Gutschriftsanzeige ihres Korrespondenten ab. Das bisherige Verfahren, bei dem die Außenhandelsbanken den DM-Gegenwert mit Devisenabrechnung über die Landeszentralbanken einzogen, gilt nur noch für den Kauf von Schecks und Tratten sowie Reisezahlungsmitteln. Von der einheitlichen Abrechnung ausgenommen bleiben die Zahlungen für die British Military Port and Shipping Branch-Kontrakte und die England Water Transport-Kontrakte, für die der Gegenwert unmittelbar bei der Bank Deutscher Länder anzufordern ist.

Anlagekonten

Frankfurt. Der Beschluß des Zentralbankrates vom 24. Mai, wonach Guthaben auf Anlagekonten als Sichteinlagen behandelt werden sollten, hat sich als undurchführbar erwiesen und wurde daher wieder aufgehoben. Diese Guthaben werden auch in Zukunft wie bisher als befristete Einlagen behandelt. Um die Umwandlung der Anlagekonten in Mittel für den Kapitalmarkt zu erleichtern, und um eine Aufsplitterung in kleine Zeichnungsbeträge zu vermeiden, kann der Inhaber von mehreren Anlagekonten seine Guthaben bei einem Geldinstitut zur Zeichnung zusammenziehen.

Berliner Wechselkurs

Berlin. Infolge des großen Ostmarkenangebotes, das auf die unterschiedliche Preisgestaltung in den Westsektoren und im Ostsektor zurückgeführt wird, handeln die Berliner Wechselstuben in dieser Woche die Westmark mit 4,50 Ostmark im Ankauf und 4,70 Ostmark im Verkauf. Die Parität für 100 Ostmark stellt sich somit auf 21,30 bzw. 22,30 Westmark.

Privatbanken in Westberlin

Berlin. In den Westsektoren wurden nun die ersten beiden Privatbanken, die Firmen Ernst Decot und Leysing, zugelassen. Nach einer Erklärung des stellvertretenden Leiters der Berliner Zentralbank, Martin Groppler, ist nach Pfingsten mit weiteren Zulassungen zu rechnen. Diese Privatbanken werden in allen Zweigen des Bankgeschäftes tätig sein. Das Mindestkapital für Privatbanken wurde mit 100 000 DM festgesetzt.

Währungs-Kontrollausschuß

Berlin. Die britische Militärregierung hat die Bildung eines Währungs-Kontrollausschusses für die drei Berliner Westsektoren bekanntgegeben, der dem Berliner Magistrat untersteht. Die Anordnung tritt am 1. Juni in Kraft.

Neue Wechselstuben

Frankfurt. Am 1. Juni wurden am Bahnhof Ludwigsstadt und am Hauptbahnhof in Hof staatlich konzessionierte Wechselstuben eröffnet, in denen Interzonenreisende Ost- und Westmark zum amtlichen Kurs mit einem geringen Aufschlag umwechseln können.

Diskontermäßigung in Finnland

Helsinki. Die Bank von Finnland ermäßigt ab 1. Juli ihre Zinssätze um 1 Prozent. Die niedrigste Diskontrate wird 5,75% betragen. Die Spareinlagen bei den finnischen Sparkassen sind im 1. Vierteljahr 1949 um 216 Mill. auf 9904 Mill. Fmk gestiegen.

Neue schwedische Staatsanleihe

Stockholm. Die schwedische Schuldenverwaltung hat zwei Staatsanleihen von je 150 Mill. K mit 5- und 10jähriger Laufzeit und 1,5 und 2,75% Verzinsung zur Zeichnung aufgelegt.

Notenkurse in Zürich am 31. 5. 1949

1 $ USA	382½/386½
1 £ England	12,00/12,35
100 Fr Frankreich	1,09/1,13
100 bfrs Belgien	8,55/8,60
100 Hfl Holland	100/103
100 Kr Norwegen	47,50/52,50
100 Kr Schweden	69/74
100 Kr Dänemark	52/57
100 Sch Österreich	13,25/13,75
100 Kr Tschechoslowakei	1,30/1,60
100 Esc Portugal	14,60/14,90
100 Ptas Spanien	10,40/10,65
100 £ Türkei	0,60/1
100 Pes Argentinien	37/42
1 £ Israel	10,50/11,50
100 DM	**61/63**

Täglicher Luftfracht-Dienst nach 77 Städten in USA

AOA Spezialisten im Luftverkehr nach USA

Auskunft durch Ihren Spediteur oder American Overseas Airlines

Fracht-Abteilungen: Frankfurt, Taunus-Strasse 52; Berlin, Flughafen Tempelhof

Seltene Gelegenheit! Perser Teppiche

Trassp. Zeichenpapier, Zeichenkarton, Millimeterpapier ...

Schamotte in Stücken und gemahlen

Telefon 53 und 134

VANILLIN

170 Jahre Bembé-Parkett bewährter, guter Fußboden. Bembé-Parkett-Fabrik Jucker & Co. K.-G., Bad Mergentheim, Fernsprecher 404, 215

Bei Auftragserteilungen bitten wir den Anzeigentext mit Schreibmaschine oder in gut lesbarer Schrift abzufassen. Für fehlerhafte oder schlecht lesbare Manuskripte kann keine Verantwortung übernommen werden.

Nimm Hetzel Uhrmacherhaus. Gegründet 1891. Werk I Stuttgart-Obertürkheim, Werk II Alpirsbach/Schwarzwald

Hamburger Liniierungs- und Adressen-Nachweis, Hamburg 11, Postfach 1148

Mahn-Selbstklebe-Postkarten ... 14,40

Wochenendhaus

Vertreter

Mit Anspannung aller Kräfte stellt die M·A·N die technischen Erfahrungen von mehr als einem Jahrhundert und das hohe fachliche Können ihrer Ingenieure und Arbeiter in den Dienst des Aufbaues einer friedlichen Wirtschaft. M.A.N.-Erzeugnisse sind weltbekannt.

Dieselmotoren, Dampfkraftanlagen, Gasturbinenanlagen, Krane und Förderanlagen, Dieselfahrzeuge für Last- und Personenverkehr, Eisenbahnwagen, Stahlbrücken, Stahlhochbauten, Stahlwasserbauten, Behälterbauten, Wärme-Austauschgeräte und -Apparate, Luftförderungsanlagen, Werkstoffprüfmaschinen, Druckmaschinen

Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg A.G. Werke in Augsburg, Nürnberg, Gustavsburg

INTERZONENHANDEL über ALWEKO

Gesellschaft für Warenverkehr m. b. H. Berlin-Wilmersdorf · Fehrbelliner Platz 3 · (Brit. Sektor)

Zweigniederlassung Frankfurt/M.-Süd, Cranachstrasse 19

Unsere Spezialerfahrung u. Zusammenarbeit mit maßgebenden Stellen Groß-Berlins eröffnet westlichen Firmen Aussicht auf Großumsätze im Ost-Westverkehr ohne Währungs- und Verrechnungsschwierigkeiten.

Büromöbel, Stühle, Tische und Gefolgschaftsschränke sofort lieferbar. L. Weip & Co., Bremen, Postfach 716

Breitwagen-Schreibmaschine

Diesel-Raupen

Zahlungen in der Ostzone prompt und zuverlässig durch E. Schimmelpfeng & Co. Berlin W 15, Konstanzerstraße 43

Ihr Auslieferungslager für Sachsen

RUDI KRAUSS · (10b) Oelsnitz (Vogtl.)

„Schwarzer-Trocken" Der gute Fruchtsekt preisgünstig zu beziehen durch Schwarzer Früchteverwertung GmbH, Rastatt, Tel. 2865

Schwarzer-Rastatt

„Schwarzer-Apfelsaft" naturrein, alkoholfrei, erfrischend

Apfel-Pekta für die Hausfrau, Marmelade, Confiture, Gelee in 5 Minuten fertig

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg